

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pro Nummer 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 85 Pf., halbjährlich 1.50 Mark, jährlich 3.00 Mark, einschließlich Post- und Porto. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Wochensonderausgabe 10 Pf. Post-Abonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Zeilenbreite oder deren Raum 40 Pf., für beständige und gewerkschaftliche Zeilen- und Besondere-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 4. August 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

„Disciplin“ gegen Deffentlichkeit.

Die außerordentliche Häufung des Ausschusses der Deffentlichkeit in Militärgerichts-Prozessen, insbesondere in dem mit dem Forbachfall in engstem Zusammenhang stehenden Verfahren wegen Reineids und Mißhandlung gegen den Oberleutnant Witte, hat auch in bürgerlichen Kreisen Aufsehen erregt. Die Deffentlichkeit kann nach § 283 der Militär-Strafprozess-Ordnung durch Gerichtsbeschluß ausgeschlossen werden, wenn sie eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Staatssicherheit, oder eine Gefährdung militärischer Interessen, oder eine Gefährdung der Sittlichkeit besorgen läßt. Ferner ist dem Kaiser die Befugnis beigelegt, Vorschriften darüber zu erlassen, unter welchen Voraussetzungen das Gericht die Deffentlichkeit der Verhandlung wegen Gefährdung der Disciplin auszuschließen hat. Solche Vorschrift ist unter dem 28. Dezember 1899 ergangen. In derselben heißt es: „die Disciplin verlangt, daß auch im gerichtlichen Verfahren das Ansehen der Kommandogewalt, der militärischen Einrichtungen, Verordnungen und Gebrauche erhalten, der Sinn für die unbedingte Unterordnung des Untergebenen unter den Vorgesetzten jeden Grades gewahrt und dem berechtigten Ehrgefühl aller Beteiligten, insbesondere des Offizierstandes, Rechnung getragen wird. Sobald dieser Grundsatz gefährdet ist, sei es nach dem Gegenstand der Anklage, nach den Einzelheiten des zur Verhandlung kommenden Falles, nach der Persönlichkeit des Angeklagten oder der Zeugen, nach zeitlichen oder örtlichen besonderen Verhältnissen, ist die Deffentlichkeit auszuschließen.“ Im Forbacher Witte-Prozess wurde vom Gericht der wiederholte Antrag des Anklagevertreters auf Ausschluß der Deffentlichkeit vom Gericht abgelehnt.

Im Reichstage sprach seine Freude hierüber der Centrums-Abgeordnete Dr. Schaedler am 10. Dezember 1903 aus. Ihm schenkte an demselben Tage der Reichskanzler mit folgenden Worten: „Ich stimme dem Herrn Abgeordneten Schaedler darin zu, daß die rückhaltlose Ausdehnung solcher Vorgänge nützlich ist, nicht nur, weil in der Deffentlichkeit ein heilsames Korrektiv liegt, sondern auch weil es ein gutes Zeichen für eine Institution ist, wenn nichts verheimlicht und verheimlicht wird; und das ist in diesem Falle nicht geschehen.“ Am so auffälliger war die Verabschiedung mehrerer höherer Offiziere, die im Witte-Prozess als Zeugen oder Richter mitgewirkt haben. Der Abgeordnete Dr. Gradnauer brachte die Verabschiedung insbesondere des Gerichtsherrn General v. Zippelskirch, des Oberstleutnants Weisel und des Majors Hirsch in der Reichstags-Sitzung vom 11. Mai 1904 zur Sprache. Er warf die Frage auf, weshalb diese Offiziere verabschiedet sind, ob wegen Nichtauschlusses der Deffentlichkeit und ob etwa eine geheime Order ergangen sei, die die Deffentlichkeit noch mehr beschränke. Der Departementsdirektor von Ballet des Vares bebauerte eine Mitteilung hierüber nicht machen zu können, „da das Recht zur Einstellung und zur Verabschiedung der Offiziere lediglich der Krone kompetent und das Kriegsministerium bei der Verabschiedung nicht mitwirkt.“

Ist dem preussischen Kriegsministerium bekannt, ob aus Anlaß des Forbach-Falles durch Vermittelung des geheimen Militärkabinetts folgende Order an den kommandierenden General des 18. Armeekorps unter dem 1. Dezember 1903 ergangen ist, die in auffälligem Widerspruch zu der am 10. Dezember vom Reichskanzler dargelegten oben citierten Ansicht steht?

Ich habe mit Befremden aus den in der Presse enthaltenen Berichten über die in Metz stattgehabte kriegsgerichtliche Hauptverhandlung gegen den Leutnant Witte im Trainbataillon 16 erfahren, daß das Kriegsgericht unter Außerachtlassung meiner Order vom 28. Dezember 1899, deren Voraussetzungen vollkommen gegeben waren, und entgegen dem wiederholten Antrage des Vertreters der Anklage von dem Ausschluß der Deffentlichkeit in einem Umfange Abstand genommen hat, der nicht verhehlt werden konnte, die allgemeine Aufmerksamkeit in noch erhöhtem Maße auf die ohnehin schon so bedauerlichen Vorkommnisse in Forbach zu lenken und das Ansehen meiner Armee und im besonderen des Offiziercorps in weiten Kreisen des In- und Auslandes zu beeinträchtigen. Ich spreche den Mitgliedern des Kriegsgerichts mein ernstes Mißfallen aus, daß sie Weisung in der Verordnung vom 28. Dezember 1899 zum Ausdruck gebrachten Willensmeinung direkt zuwidergehandelt und es nicht verstanden haben, die Interessen ihres Standes besser zu wahren. Ich beauftrage Sie, den Mitgliedern des Spruchgerichts dies unter entsprechender Erklärung persönlich zu eröffnen. Den übrigen Offizieren, Sanitätsoffizieren, Kriegsgerichtsräten ist diese Order in vertraulicher Weise zur Kenntnis zu bringen und für die Folge alljährlich einmal ins Gedächtnis zu rufen.

Dieser Erlaß ist allen Armeekorps bekannt gegeben. Der Schlüssel zu dem immer stärkeren Ausschluß der Deffentlichkeit in Militärgerichtsverfahren ist so leicht zu finden. Das Centrum hat der Möglichkeit solchen Ausschlusses der Deffentlichkeit bei Verurteilung der Militär-Strafprozess-Ordnung zugestimmt. Kamme der Kriegsminister Herr v. Einem diese Order, so ist seine in der Sitzung vom 11. Dezember 1903 abgegebene Würdigung begründet:

Es mag vermessen klingen; aber ich will an dieser Stelle mich verhalten: ein zweites Forbach ist in der preussischen Armee nicht möglich.

Durch Ausschluß der Deffentlichkeit wird freilich nur die Enthüllung über Vorgänge, wie sie im Witte-Prozess aufgedeckt wurden, erschwert, derartige Vorgänge selbst können durch die Gewißheit des Ausschlusses der Deffentlichkeit aus den Verhandlungen lediglich erleichtert werden. Volle Deffentlichkeit liegt unter allen Umständen im Interesse des Wohls der Allgemeinheit,

der Gerechtigkeit und des Fortschritts. Antikulturelle Zustände betragen die Deffentlichkeit nicht — Rußland hat geheimes Verfahren.

Der § 283 der Militär-Strafprozess-Ordnung läßt Kabinetts-orders zur Beseitigung der Deffentlichkeit wegen Gefährdung der „Disciplin“ zu. Die dieserhalb erlassene Order hat dazu geführt, selbst für den Prozeß Witte, dessen Einzelheiten ja bereits durch den Witte-Prozess bekannt geworden waren, die Deffentlichkeit auszuschließen. Der behnbare Begriff der „Gefährdung der Disciplin“ schafft die rechtliche Grundlage für den Ausschluß der Deffentlichkeit. Wird die Deffentlichkeit auf Grund dieser Vorschrift ausgeschlossen, so läßt sich der Schluß nicht abweisen: es muß etwas faul sein im Staate der Disciplin. Die Praxis hat nahezu zu einer völligen Beseitigung der Deffentlichkeit militärgerichtlicher Verhandlungen geführt. Damit hat die Praxis das vernichtendste Urteil über die Disciplin im deutschen Heere und über das Militärsystem selbst unbewußt gefällt, das Schäden zeitigt, die das Licht der Deffentlichkeit nicht einmal zwecks Vorbeuge gegen Wiederholung ähnlicher Vorfälle vertragen.

Die Kämpfe bei Haiticheng und Liaujang.

Auch die heute vorliegenden Nachrichten beweisen, daß die Russen überall Niederlagen erlitten haben und die Konzentration der Japaner gegen die russischen Hauptstellungen nunmehr energisch vor sich geht. Ein klares Bild der Vorgänge vermag man sich freilich einstweilen nicht zu machen, da die russischen Meldungen sich durch die bekannte Ungenauigkeit und Schönfärberei auszeichnen, während es andererseits die Japaner auch für vorteilhaft halten, nur nackte Berichte als geschehene Ereignisse zu bringen, ohne über beabsichtigte Truppenbewegungen Andeutungen zu machen. Alles deutet aber darauf hin, daß die Japaner immer mehr gegen das russische Centrum vordringen, so daß die Russen schwerlich noch entscheidenden Kämpfen auszuweichen vermögen. Es muß sich also in den nächsten Tagen herausstellen, ob Ruropatkins Armee stark genug ist, den japanischen Hauptangriff zurückzuweisen oder ob die lange Reihe der russischen Niederlagen durch die Vernichtung der Hauptarmee besiegelt wird. Das Letztere ist das Wahrscheinlichere.

Die neuesten Meldungen lauten:

Petersburg, 2. August. Ein Telegramm Ruropatkins an den Kaiser besagt: Am 1. August zog sich die Ost-Abteilung unserer Truppen, die die vorderste Stellung im Janselinpah innehatte, auf dem Wege nach Mandchuanien zurück. In der Richtung auf Saimatzi—Liaujang gaben unsere Truppen ihre vordersten Stellungen auf und zogen sich nach einem hartnäckigen Kampf zurück, wobei sie schwere Verluste erlitten. Ich hoffe, daß auf der Hauptstellung die Truppen auch gegen einen stärkeren Feind erfolgreich gekämpft haben. Anseheinend hat Ruropi in den letzten Tagen zum Vorstoß gegen die Linie Saimatzi—Liaujang alle Truppen zusammengezogen, die gemäß ihrer Aufstellung bei Werschu und Saofira anseheinend auf dem rechten Ufer des Laidsche verwendet werden sollten. Am selben Tage war eine Unentschiedenheit des Feindes auf der Südfront zu bemerken. Aufklärungstruppen berichteten, daß drei Divisionen des Feindes versuchten, unsere linken Flügel, der bei Haiticheng stand, zu umgehen. Die Ostabteilung hatte an diesem Tage keinen Kampf zu bestehen. Auf der Linie Saimatzi—Liaujang begann der Feind, anseheinend in geringer Stärke, den Vormarsch gegen den rechten Flügel unserer Kohhut.

Tokio, 3. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Am letzten Sonnabend und Sonntag fand bei Zomutscheng ein heftiges Gefecht statt. Der Ort wurde von den Japanern genommen und die Russen nach Haiticheng zurückgetrieben. Letztere ließen 1500 Tote auf dem Schlachtfelde und verloren 6 Geschütze. Die Verluste der Japaner betragen etwa 400 Mann.

Die Russen hatten eine Reihe von Anhöhen nördlich von Zomutscheng besetzt, die im Laufe des Monats stark besetzt waren, und die Japaner die nach Süden hin gelegenen Hügel. Der Angriff begann am Sonnabend. Am Sonntag früh bedrängten die Russen, die ihre Artillerie auf 21 Geschütze verstärkt hatten, stark den linken japanischen Flügel. Nachdem die Japaner jedoch Verstärkungen erlangt hatten, trieben sie die Russen nach Norden hin zurück. Der rechte japanische Flügel war einem heftigen Feuer ausgesetzt und wurde zum Halten gezwungen. Gegen Abend waren die Russen mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Die Artillerie hinderte die Japaner daran, die Russen zu verfolgen, die sich in der Nacht nach Haiticheng zurückzogen.

Tokio, 3. August. (Amtliche Meldung.) Von der Armee, die den Angriff auf Zomutscheng unternahm, wird berichtet, daß der Angriff am 30. Juli begann. Der Feind hatte stark verchanzte Stellungen auf den Höhen um Zomutscheng eingenommen, das 15 Meilen südöstlich von Haiticheng liegt.

Am 31. Juli entspann sich ein heftiger Kampf, der den ganzen Tag über anhielt. Der linke Flügel der Japaner vertrieb den vor ihm stehenden Feind aus seinen Stellungen und drohte der Hauptmacht des Feindes in den Rücken zu fallen, der dadurch gezwungen wurde, sich während der Nacht auf Haiticheng zurückzuziehen. Die feindlichen Truppen standen unter Befehl des Generalmajors Aljezsch und setzten sich aus zwei Divisionen Infanterie mit sechs Batterien zusammen. Die Japaner erbeuteten sechs Feldgeschütze und nahmen eine Anzahl Russen gefangen. Ihre Verluste betragen 300 Mann, während der Feind 150 Tote auf dem Felde ließ.

Es ist einstweilen nicht festzustellen, ob die Differenz in den beiden Meldungen — einmal 1500 russische Tote, einmal nur 150 — auf einem Versehen beruht, resp. welche Meldung richtig ist.

Die Verluste Ruropis.

Tokio, 3. August. Nach einem Bericht des Generals Ruropi sind bei Pangtuling und Kufukinhu auf Seite der Japaner 6 Offiziere gefallen, 16 wurden verwundet. Ferner verloren die Japaner 900 Mann an Toden und Verwundeten.

Ruropatkin bezifferte die Verluste der Kellerschen Truppen auf 500 Mann, jedenfalls viel zu niedrig!

Ein Sturm auf Port Arthur.

Während eine gestrige Meldung aus Tokio einen neuerlichen erheblichen Erfolg meldete, liegt heute folgende Meldung aus Tschifu vor:

Tschifu, 3. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der dreitägige Sturm der Japaner, der hartnäckig gegen die inneren Verteidigungswerke im Norden und Osten von Port Arthur gerichtet wurde, ist erfolglos geblieben. Dschunken, die hier aus Port Arthur eingetroffen sind, berichten darüber: Am 26. Juli vor Tagesanbruch begannen die Japaner von Kowlan aus den Angriff gegen die Küstenforts. Die russischen Vorposten wurden zurückgetrieben. Admiral Togo beschloß gleichzeitig die Forts aus weiter Entfernung. Das Feuer der Forts zwang die Schiffe, sich in sicherer Entfernung zu halten und machte so das Zusammenwirken der japanischen Schiffe und Landtruppen unwirksam. Am Morgen des folgenden Tages verließ die russische Flotte den Hafen unter dem Schutze der Batterien auf dem Goldenen Hügel. Sie eröffnete aber kein Feuer auf die Japaner und zog sich halb auf ihren Ankerplatz zurück. Der Angriff im Norden von Port Arthur erfolgte am 27. Juli. Der linke Flügel der Japaner rückte gegen die Russen bei Schühiling vor, wurde aber zurückgeschlagen. Die Dschunken blieben, nachdem sie Port Arthur verlassen hatten, noch drei Tage lang in der Nähe der Stadt, hörten aber kein Feuer mehr. Die russischen Lazarette in Port Arthur sind überfüllt. Tausende Verwundeter sind in den Geschäft- und Wohnhäusern von Chinesen untergebracht, die ihre Häuser dazu hergeben mußten. Krankenpfleger pflegen die Verwundeten in den Privathäusern, die ärztlicher Aufsicht unterstellt sind. In jedem Fall darf

Der Fall von Port Arthur bestimmt

für die nächste Zeit erwartet werden. In Petersburg selbst haben sich die leitenden Kreise bereits mit dieser zu erwartenden Thatsache vertraut gemacht. Man giebt der Festung nicht mehr acht Tage Widerstandsfähigkeit gegen den belagernden Feind.

Eine Bestätigung dieser Erwartung bietet die Thatsache, daß in einigen großen Berliner Bankinstituten bereits infolge der erhaltenen Informationen das Bestreben hervortritt, möglichst unauffällig russische Werte loszuwerden. Man beschränkt einen starken Kursrückgang der russischen Renten- und Eisenbahnwerte auf dem deutschen Markt nach dem Fall von Port Arthur und sucht deshalb diese Werte vorher abzustößen. Daraus erklärt sich auch der schon gestern erfolgte Kursrückgang der 3/4prozentigen Goldanleihe und verschiedener russischer Eisenbahnprioritäten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. August.

Die Unriede gegen das Wahlrecht.

Nach dem „Hamburgischen Correspondent“ finden sich nun mehrere andre Blätter, welche gleichfalls mehr oder minder Sicheres über die von uns zur Sprache gebrachte Parteiführer-Konferenz gegen das Reichstags-Wahlrecht vernommen haben.

Die „Berliner Zeitung“ bemerkt:

„Von dem Plan, den Reichstag schließlich nur noch aus Delegierten der Landtage zusammenzusetzen, ist uns nichts bekannt. Sonst können wir die Mitteilungen des „Vorwärts“ in vollem Umfang bekämpfen. Und zwar rühren unsere Informationen aus einer Quelle her, die ihrer Natur nach mit der des „Vorwärts“ nicht identisch sein kann.“

Junächst wird abzuwarten sein, was die an den Besprechungen beteiligten Parteiführer zu der Sache äußern werden. Ob insbesondere wohl Herr Spahn in der Lage sein wird, zu bestritten, daß in seiner Gegenwart derartige Besprechungen stattgefunden haben?

Auch die freisinnige „Dresdener Zeitung“ sagt:

„Der „Vorwärts“ will wissen, daß vor einiger Zeit Führer großer Parteien zusammengekommen sind, um zu beraten, wie wichtige politische Entscheidungen“ in Scene gesetzt werden könnten. Das Reichstags-Wahlrecht habe einen wesentlichen Gegenstand dieser Beratungen gebildet. Davon haben auch wir gehört, doch verlaute nichts darüber, welche Parteien an den Beratungen beteiligt gewesen sind, ob die Regierung darum weiß und wohin die Reihe gehen soll.“

Diese letzten Fragen haben wir mittlerweile in unserer gestrigen Nummer hinreichend aufgeklärt.

Der Centrums-Presse ist noch immer nicht die nötige Erleuchtung geworden. Nur in der „Märkischen Volkszeitung“ findet sich in einem Artikel, der sich gegen neue „Kartell“-Bestrebungen wendet, die Bemerkung:

„Ein Kartell der „Kardoff-Mehrheit“ mit der Aufgabe, die Socialdemokratie durch Ausnahmemaßregeln zu bekämpfen, ist von vornherein ausgeschlossen. Das Centrum würde jedenfalls nicht mitthun, auch gegen das Reichstags-Wahlrecht nicht. . . . Wir wissen nicht, ob der Abg. Dr. Spahn sich an irgend einer Konferenz beteiligt hat, die dem socialdemokratischen Blatte die „Unterlage“ für seine Sensation bieten mußte, aber das wissen wir, daß das Centrum und Dr. Spahn nichts mit Kartellplänen, Ausnahmemaßregeln und Vorstößen gegen das Reichstags-Wahlrecht zu thun haben.“

Überhaupt und weil einige andre Blätter unsere Ausführungen über Dr. Spahn mißverstanden haben, sei bemerkt, daß wir den Abgeordneten Dr. Spahn nicht beschuldigt haben, den von uns aufgedeckten Plänen zuzustimmen zu haben. Wir haben lediglich die Centrums-Presse aufgefordert, Grundung bei Herrn Dr. Spahn einzuziehen, da er Bescheid weiß. Wir meinen, Herr Dr. Spahn darf sich nicht hinter die Vertraulichkeit jener Konferenz verstecken, da es die für das öffentliche Wohl des Landes wichtigste Angelegenheit gilt.

Ergänzlich ist eine Notiz, welche die parteioffizielle „National-liberale Korrespondenz“ veröffentlicht:

Wir fühlen begreiflicherweise durchaus weder Reizung noch Spott, den schätzenswerten Schild über Herrn Spahn gegen socialdemokratische Verdächtigungen zu halten. Aber diesen unsinnigen Gerüchten von Ausnahmegesetzen usw. gegenüber möchten wir doch bemerken, daß diese sensationellen Mitteilungen genau in derselben Form bereits in diesem Winter auftraten und sich ebenfalls auf Herrn Spahn als den Mäker für die Vorbesprechungen zuflüchteten. Wie damals, so können wir heute erklären: weder seitens der Regierung noch von den politischen Parteien ist jetzt von einem Ausnahmegesetz gegen die Socialdemokratie die Rede; insonderheit lehnt die nationalliberale Partei ein solches nach wie vor ab.

Wirklich: von einem „Ausnahmegesetz“ war jetzt nicht die Rede. Vor allem nicht im „Vorwärts“. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ spricht laut gegen „unsinnige Gerüchte“, die überhaupt nicht existieren, und schweigt über die wirklich festgestellten Thatsachen.

Ein arbeitender Regierungsrat.

Ganz oben bei Hofe werden strebsame Verwaltungsdirektoren und selbst Minister ermuntert, über den Ocean zu fahren ins gelobte Land der Nocebeck und Wanderlust, wo Specken zugleich deutsche und amerikanische Weltpolitik leistet und wo die Reitungschwierigkeiten gleich kommandierenden Generalen gelten. Allerdings ist Vermünftiges noch nicht offenbar geworden, was die Strebsamen aus den Vereinigten Staaten heimgebracht hätten; wir fürchten, daß die Reise-Erregungschaften des Herrn v. Reinbohen sich nicht über die irgend eines beliebigen Amerikafahrers erhoben haben.

Da hat ein preussischer Regierungsrat einmal Grundlichere vollbringen wollen. Regierungsrat Kolb wollte nicht nur Amerika entdecken, sondern in einem Atemzuge zugleich die andre Nation, die ihm bis dahin fremd gewesen, er wollte zugleich die Arbeit entdecken.

Die bürgerlichen Zeitungen lobten nun recht überschwänglich das Wäglein, daß Regierungsrat Kolb über seine Erlebnisse in den Vereinigten Staaten (soeben veröffentlicht hat). Ein preussischer Regierungsrat als „Arbeiter in Amerika“ — wach' außerordentliches Ereignis! Und ebenso außerordentlich — der Regierungsrat ist zu dem Schluss gelangt: „Manche Wünsche unserer Arbeiterklasse, die ich vordem verständnislos überhörte, halte ich heute für ernstlich diskutabel.“

Und aber drängt sich die Frage auf, warum der Regierungsrat, wenn er die Arbeiter-Wahrheit entdecken wollte, so weit gehen zu sollen meinte. Warum ging er in die fremdartigen und besonders gearieteten Arbeiterverhältnisse von Chicago und San Francisco? Warum blieb er nicht in der Heimat, um die neue Welt zu finden? Ohne Zweifel ist es weit leichter für einen preussischen Beamten, der zeitweilig in den engen Anschauungen seiner gesellschaftlichen Sphäre gefestigt hat, im eignen Lande zu lernen, aber wenn er die zweifach fremde Welt aufsucht: das fremde Leben der Arbeiter inmitten des fremden politischen und socialen Milieus der Vereinigten Staaten. In der Hälfte der Zeit hätte der Suchende, dessen ehrliches Wollen offenbar erscheint, vielfach wahre und gründlichere Erkenntnisse schöpfen können. So aber haben seine Bemühungen nur zu höchst unvollkommenem, fragwürdigem Stückwerk geführt.

Freilich, der preussische Regierungsrat erzählt den Grund, warum er die Arbeiter jenseits des Oceans aufgesucht hat. Er sei nicht unparteiisch an seinen Plan gegangen, sondern mit vorgefaßter An- und Absicht: „Fremd, ablehnend stand ich der modernen Arbeiterbewegung gegenüber. Wegen sie und gegen die, welche ihr Vordrängen wollte ich Material gewinnen im Umgang mit dem ihr gleichfalls abholden, socialpolitisch indifferenten Proletariat der Vereinigten Staaten.“ Dieser Amerikafahrer ging also von der bezeichnend lässlichen Annahme aus, als sei das Proletariat in den Vereinigten Staaten schlechthin der Arbeiterbewegung abhold und socialpolitisch indifferent. Man könnte nun meinen, daß die Belehrung, die er erfahren und die der Sinn seiner Schrift sein soll, aus seinen Erlebnissen in der großen Gewerkschaftsbewegung der Vereinigten Staaten erwachsen sei; daß er erfahren, wie falsch die Voraussetzung seiner weiten Reise und daß er etwa auch Kenntnis genommen, aus welchen Gründen die Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten vielfach abweicht von der europäischen Arbeiterbewegung. Davon ist jedoch keine Rede, er hat so gut wie nichts beobachtet von dem großen Organismus der amerikanischen Gewerkschaften. Er hat zumeist Arbeiter kennen gelernt, die unter der Gewerkschaftsbewegung stehen, und seine Belehrung besteht in allen in darin, daß er die alleraltbernsten kapitalistischen Vorurteile überwand, als könne jeder, der arbeiten will, jeden Moment Arbeit finden, und als sei es nur Faulheit, die gegen beliebige Länge der Arbeitszeit protestiert! Es ist ungemein charakteristisch für die socialpolitische Höhe der Kreise des Regierungsrates Kolb, daß sie solcher Belehrung noch heute bedürfen und daß monatlang in Amerika als Arbeiter arbeiten müssen. Er hätte zudem gründlicher und zugleich bequemer in die Psychologie der Unorganisierten eindringen können, wenn er sie hierzulande studiert hätte; noch wertvollerer Ertrag wäre zu erreichen, wenn einer der Geheimräte, die Gesetzentwürfe zum Schutze von „Arbeitswilligen“ fabrizieren, unter die mit Bewußtsein „Arbeitswilligen“, unter die „socialpolitisch indifferenten“ und „der modernen Arbeiterbewegung abholden“ als Arbeiter sich mischen wollte. Jeder würde belehrt werden wie Regierungsrat Kolb belehrt wurde.

Aber selbst der überaus dürftige Ausschnitt der amerikanischen Arbeiterverhältnisse, die der Regierungsrat im Arbeiterkittel erlebt hat, ist von ihm nicht gründlich erforscht und nicht zu einheitlich beschreibender Darstellung gebracht worden. Einige Blätter haben die Schrift gar mit Götters „3 Monate Fabrikarbeiter“ zu vergleichen gewagt. Sie ist aber mit Götters Arbeit, die damals in ihrer Art eine neue Bahn öffnete, weder litterarisch noch socialpolitisch im allergeringsten vergleichbar. Kolb vermag es nirgends irgendwie tiefer in das Dasein der Arbeiter einzuführen; ungeordnet trägt er allerlei Einzelbeobachtungen vor, die fast nie Gewißheit geben, ob sie allgemeine Erscheinungen wieder spiegeln und ob es sich um mehr als Zufälligkeiten handelt. Dazu kommt, daß der Verfasser allerlei andre Beobachtungen über amerikanische Sitten und Gebräuche einstreut, die mit dem Arbeiterleben unmittelbar nichts zu thun haben. Das Buch des Regierungsrats gewährt weder litterarische noch socialpolitische Befriedigung.

Was ehrenwert und lobenswert bleibt, das ist die Thatsache an sich, daß der preussische Regierungsrat den Arbeiterkittel auf mehrere Monate angezogen und unter persönlich widrigen Umständen bei seinem Unternehmen stand hielt. In Chicago, so erzählt er, entschloß er sich zum Versuch, Arbeiter zu sein. Er mußte erfahren, wie unangenehm schwer es ist, überhaupt Arbeit zu finden. Obwohl er zu jeder Handlung bereit war und kein Mittel unversucht ließ, dauerte es sechs Wochen, bis er Arbeit fand. Einen Monat war er dann in einer Brauerei als Hilfsarbeiter thätig, wurde aber wieder entlassen. Am nicht wieder lange Zeit arbeitslos zu verbringen, nahm er dann Empfehlungen zu Hilfe, die ihm Stellung in einer Fahrradfabrik verschafften. Dort hat er drei Monate im Montieraal am Schraubstock gestanden. Schließlich verlebte er einen Monat in einer Arbeiterherberge San Francisco;

gearbeitet habe ich dort nicht mehr, die Energie war mir ausgegangen.“

Der vernünftige Regierungsrat hat in Chicago die grimme Not der Arbeitslosen erlebt. Er sah, wie das hittere Elend einen jungen Menschen von Stufe zu Stufe sinken läßt, bis er im Sumpf des Jubelertums erstickt, und es dämmert ihm die Erkenntnis: „... so schaut man voll Abscheu auf solche niedrige Befinnung als auf ein ungediegenes Käselein und vergißt, daß wer den Brannen stopfen will, die Quelle suchen muß“. Er lernte einen in Deutschland mehrfach schwerer Verstraften kennen, der drüben sich als Kleiner durchschlägt, und dessen „Herz, sah er gleich unter Sünden und Jöllnern überströmte von Barmherzigkeit und himmlischer Menschensiebe“. Er erkannte, daß ebenso die Arbeitslosigkeit ein sociales Problem, nicht eine persönliche Schuld ist: „Wie oft hatte ich früher, wenn ich einen gefunden Mann betteln sah, mit moralischer Entrüstung gefragt: Warum arbeitet der Lump nicht? Jetzt wachte ich's. In der Theorie sieht sich's eben anders an als in der Praxis, und selbst mit den unerfreulichsten Kategorien der Nationalökonomie hantiert sich's am Studiertisch noch ganz ertäglich.“

In der Brauerei erfuhr er die Ueberanstrengungen der Arbeiter. „Noch heute, erzählt er, denke ich mit Nüchternheiten zurück an das Hantieren mit nassen Bierfässern und schweren Flaschenkästen. Unter diesen Ästien waren viele alte Gespöck mit Glaspfistern, Holzspießeln und Rägeln. Schon nach acht Tagen waren meine Hände bedeckt mit blutigen Wunden und Rissen. Im Kreuz, war ich steif, in Gang und Haltung plump und schwerfällig geworden.“ Er schildert, wie die überlange Arbeitszeit auch das Bedürfnis nach Reinlichkeit ersticht: „Es ging mir wie's im Wanderver zu gehen pflegt nach einer Reihe Regenwäuel. Zuerst meint man umzukommen im Schmutz und ist sich selbst zum Ekel, um dann, ins Unvermeidliche sich schickend, schließlich mit Stauern zu merken, mit wie wenig Seife der Mensch im Grunde auskommen kann.“

Im Montieraal hatte er die stets sich wiederholenden Manipulationen am Borderrad des Viechkes zu vollführen. Er erlebte die Marter dieses „freudlosen, Sinn und Gemüt ausdörrenden ewigen Einerlei einer Beschäftigung, welche im monotonen Spiel weniger Muskel besteht“. Er erkennt die Notwendigkeit der Verkürzung der industriellen Arbeit.

In diesen persönlichen Erkenntnissen und ihrer Aussprache hat die Schrift des Regierungsrates Kolb ihren Wert. Man sollte dafür sorgen, daß alle an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten Beteiligten Gelegenheit zu solchen Erkenntnissen erhalten. Minister und Geheimräte und Parlamentarier, die einmal einige Monate das Leben des Lohnarbeiters führen, werden schnell von der unangenehmen Verständnislosigkeit und Gefühllosigkeit geheilt, die sie wider die „Begehrlichkeit“ und „Mühseligkeit“ der Arbeiter erfüllt. Wenn die Schrift des arbeitenden Regierungsrates die Selbstprüfung der Rüksichtigen und Vorurteilsvollen ein wenig fördert, so hat sie einen guten Dienst gethan, so wenig sie auch den Anspruch auf eine socialpolitisch ernsthafte Studie zu erheben vermag.

Deutsches Reich.

Hausagrarische Weltanschauung.

Fast kirchlicher noch als in den Köpfen der feudalen Könige und Tyrannten malt sich in den Köpfen der städtischen Hausagrarier das wirtschaftliche Gerübe, das sie umgibt. Das beweist aufs neue die Denkschrift über die Lage des städtischen Haus- und Grundbesitzes, die der Verbandsdirektor der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands, der bekannte Dresdener Stadtrat, Baumeister und Antisemit Hartwig zu dem gestern in Dresden eröffneten und von ungefähr 200 Delegierten besuchten 28. Verbandstage dieser Vereine verfaßt hat. Lange genug, verläßt er, hätten sich die Hausbesitzer in Staat und Gemeinde als Stiefkinder behandeln lassen und geduldig ihren Unmut ertragen; nun aber forderten sie ihr Recht: volle Berücksichtigung ihrer Forderungen in den Parlamenten und von den Regierungen.

„Man vergißt“, erklärt der Verfasser pathetisch, „daß Millionen von Vermögern von den städtischen Hausbesitzern bei niedergehenden Erwerbsverhältnissen verloren werden; man vergißt, daß diese Summen auch dem allgemeinen Volkswohlstande entgegen, man übersteht, daß oft hunderte schuldlos zu Grunde gehen, aber man sieht nicht das Ungleichmäßige und Widerprüchsvolle, was in dieser Gleichgültigkeit liegt im Verhältnis zu der sonst allenthalben betätigten Fürsorge, dem wirtschaftlichen Leben der Nation Aufschwung zu verleihen, das einzelne Individuum durch sorgfältigere Schulbildung erwerbsfähiger zu machen. Man läßt Hunderte von Existenzen gleichgültig und gefühllos zu Grunde gehen, denen nichts Liebliches nachgehört werden kann, und giebt auf der andern Seite mit vollen Händen, um Dinge und Leistungen von oft recht zweifelhaftem Wert zu erhalten und zu fördern. Es ist eine stülische Notwendigkeit, eine Forderung der Vernunft und Gerechtigkeit, wenn wir heute, wo wir die Schwelle des zweiten Vierteljahrhunderts überschreiten, mit Nachdruck verlangen: Auch wir wollen in den Parlamenten und bei der Regierung beachtet und mit unserem berechtigten Verlangen gehört werden. Hierzu gehört der Eintritt in eine energische, zielbewusste, unablässige Agitationsarbeit, welche dabei einengen muß, der Regierung und den Parlamenten die Wichtigkeit des städtischen Hausbesitzes und die Schädigung, die das Nationalvermögen erleidet, wenn man den städtischen Hausbesitz in Niedergang kommen läßt, so lebhaft und in so hellem Lichte vor Augen zu führen, daß wir in Zukunft nicht mehr so vergessen werden, wie jetzt.“

Und nach diesem Appell an das hausagrarische Gerechtigkeitsgefühl folgt dann eine lange Klage über die vielen Neubauten, durch welche die Mietpreise gedrückt werden, das Kaufschwundwesen, die leichte Erlangung von zweiten Hypotheken und die sittliche Verderbtheit der Bauhandwerker, die für „Paulöwen“ arbeiten. Erst dann, wenn ein oder mehrere Jahre lang gar keine Spekulationsbauten errichtet würden, könne es besser werden. Besonders aber lehrt sich die Wut des Herrn Verbandsdirektors gegen die Spar- und Bauvereine. Daß die Thätigkeit dieser Vereine, wie dies z. B. der vom Landgerichtsdirektor Dr. Veder in Dresden geleitete, bekunde, auch zu einer Zeit fortgesetzt werde, wo Kleinwohnungen massenhaft — in Dresden 3000 bis 3500 — zu billigen Preisen leer ständen, sei eine Rücksichtslosigkeit gegen den nothleidenden Hausbesitzerstand, für welche nicht nur jede Entschuldigung, sondern auch jede Erklärung durch hinreichende Gründe fehle. Dieses Geschrei nach Baugenossenschaften sei einer förmlichen geistigen Epidemie entsprungen.

„Hätte man sich klaren Blick bewahrt“, meint Herr Hartwig, „so würde man gefunden haben: Die bauliche Verschönerung der Wohnungen ist — dank der seit 30 Jahren sehr regsamem Thätigkeit der Baupolizei — in dem Zustande, in dem sie fröhlich aus den Händen der Bauleute hervorgegangen sind, ziemlich gut und gemüßlich berechneten zeitgemäßen Ansprüchen. Wo Mißstände herrschen, wo die Wohnung feucht, verschimmelt, unwohnlich und verlottert ist, ist es in erster Linie der Mieter beziehungsweise die Bewohnerschaft, die daran schuld hat. Und wenn man diese zu besserem Thun erzieht, sind schon 90 Proz. aller Beschwerden beseitigt. Die Ueberfüllung der Wohnungen ist in den meisten Fällen im Verhältnis zu den jetzt bestehenden, hochgestiegenen Löhnen wiederum nur auf ein Verschulden der Mieter

zurückzuführen. Denn, wenn eine ganze Familie, darunter viele, in welchen oft die erwachsenen Kinder soviel verdienen, wie das Haupt der Familie, nur täglich 10 oder gar 20 Pf. vom Genuß an alkoholischen Getränken und vom Raub und Tand absteigen und dafür der Ausgabe für die Wohnung zulegen würde, dann hätte man eine Wohnung ohne Ueberfüllung. Man rühte sich also, wenn man vernünftig operieren wollte, an die Adresse der Mieter wenden...“

Zum Glück werden die Herren mit ihren politischen Bestrebungen kaum Erfolg haben, denn überall, wo bisher das Hausagrarierthum in den staatlichen und städtischen Körperschaften eine Macht erlangt hat, sind die Wohnungsverhältnisse die allererbärmlichsten. Ihre Spuren schreiden.

Die „Post“ für Gedankenfreiheit!

Das Erstaufrichtige ist wahr geworden. Die „Post“ wendet sich entkräftet gegen die Censur mißliebiger Schriften in den Bahnhofs-Buchhandlungen. Sie erklärt:

Es wird uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt, daß die von uns besprochene Arminius-Vroschüre über den „Mißbrauch des Reichstags-Wahlrechts durch die Socialdemokratie“ bisher vom Bahnhofs-Buchhandel nicht zu kaufen gewesen ist. Auf unsere Erkundigung erfahren wir, daß der Wächter der Bahnhofs-Buchhandlungen, Herr Stille in Berlin, den Vertrieb rundweg abgelehnt hat. Bei dem Charakter der Vroschüre, die als Motto und zur Kennzeichnung ihrer Tendenz einen Ausdruck des Herrn Reichsanzlers aus dessen Herrenhausbude an der Spitze trägt, halten wir es für völlig ausgeschlossen, daß der Bahnhofs-Buchhändler von einer zuständigen Behörde zu seiner Maßregel veranlaßt worden ist.

Herr Stille scheint sich überhaupt in besonderen Fällen in der Rolle des politischen Censors aufzuspielen. Wir erinnern z. B. an die überzogene Thatsache, daß seiner Zeit in den Zeitungen Beschwerde darüber erhoben war, die gegen die Socialdemokratie gerichtete Dezentredede des Herrn Reichsanzlers wäre im Bahnhofs-Buchhandel nicht zu haben gewesen. Dem Mangel wurde damals wohl bald abgeholfen. Auch im jetzt vorliegenden Falle wird Herr Stille sich wohl veranlaßt sehen, so schnell wie möglich sich auf das ihm überwiesene Thätigkeitsgebiet zurückzugeben. Der Bahnhofs-Buchhändler soll seinen Geschäften nachgehen, aber nicht den politischen Censur spielen.

Wenn der Wächter der Bahnhofs-Buchhandlungen das „Arminius“-Traktätchen nicht in sein Geschäft aufnimmt, so offenbar, weil er nicht annehmen kann, daß die Sudelschrift, trotz der anreißerischen Reklame, die für sie gemacht wird, Abzug und geschäftlichen Nutzen verpricht. Kosibar aber ist der Jörn der „Post“ wider die Unterdrückung der literarischen Agitation gegen das Reichstags-Wahlrecht und die Socialdemokratie. Ferner wird seit jeher auf den Bahnhöfen ein ungeheurer Terrorismus gegen freirechtliche Schriften und Zeitungen geübt; vom „Vorwärts“ gänzlich zu schweigen, die „Zukunft“, mehrere der bekannten Montagblätter, der „Simplicissimus“ sind verboten, desgleichen alle Vroschüren und Bücher oppositioneller Tendenz. Dieser Terrorismus hatte natürlich stets allen Verfall der „Post“, die das Ziel verfolgt, daß alle nicht „gutgeheimten“ Vroschüren auf der Eisenbahn durch die ausschließliche Vektüre „staatsbehaltender“ Blätter totgelangweilt werden müssen. Jetzt, da ein albernbes Pamphlet gegen das deutsche Grundrecht nicht in den Bahnhofs-Buchhandlungen ausliegt, jammert die „Post“ über unstatthafte Censur. Ein selten reizvolles Bild.

Zum § 175 ...

Ueber den Prozeß gegen Graf Nikolaus Büdler, von dessen Ausgang wir bereits telegraphisch berichtet haben, wird uns unterm 2. August aus Halle noch mitgeteilt: Der Angeklagte, der dem § 175 zum Opfer fiel, ist ein Bruder des bekannten „Dreißigjährigen“ und schon lange wurden die krankhaften Neigungen des Mannes in internen Kreisen besprochen. Graf Büdler wurde in glänzender Uniform von dem Major Bollenhauer aus dem Arrestlokal vorgeführt, und nahm neben der Anklagebank auf einem Stuhl Platz. Den Vorsitz führte der Oberst Förstner v. d. Hölle. Schon vor der Feststellung der Personalien des Grafen wurde von seinem Verteidiger der Ausschluß der Öffentlichkeit beantragt. Der Verhandlungsführer hielt es aber für notwendig, erst die Personalien des Herrn Grafen festzustellen, wogegen auch der Ankläger nichts einzuwenden hatte. Major a. D. Büdler ist 1854 in Brandenburg geboren; er hat die Kriegsschule besucht und sich, wie gesagt wurde, bisher tadellos geführt. Sein Vater war gleichfalls Major. Als Zeugen bzw. Zeuginnen waren Militärurkchen, Kellnerburischen, Kellner, sein Anführer, sein früheres Kammerfräulein, Bertha Rechner, und eine Hotelbesitzerin geladen. Der Verhandlungsführer verteidigte die Zeugen recht energisch vor dem Meineide und wies u. a. darauf hin, daß sie im Falle eines Meineides das so wichtige Wahlrecht und andre Rechte verlieren könnten. Nach fünfzehntägiger geheimer Sitzung wurde Graf Büdler zu sechs Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt; seine Festnahme wurde vorläufig aufrecht erhalten. In der Wittagpause wurde der Angeklagte mit einer Droschke in Begleitung des Majors nach dem Arrestlokal gefahren, und nachts um die zwölfte Stunde wurde er wiederum unter Aufsicht des Majors abgeführt. Der Ausschluß erfolgte wegen Sittengefährdung; auch die Urteilsbegründung war nicht öffentlich.

Prinzessinnenmacher Mirbach.

Satanas Lücke läßt nicht nach. Stets tödtlicher heßt sie den frommen Erbauer zahlreicher Kirchen. Nicht nur die schlimme „agitatorische Presse“, die der Kaiserin Oberhofmeister so oft in ihrer Schenlichkeit niedergebrennt, ist vom Satanas besessen, in den unmagtorischen Blättern werden die Ehehe herbeigeschleppt, auf denen der fromme Dulder elend verbrannt werden soll.

Mirbach ohne Ende! Ein neues Stück — und noch ein Stück — bringt das biedere Blatt der Leipziger Nationalliberalen. Das „Leipziger Tageblatt“ veröffentlicht folgenden Prozeßbericht:

Am 1. August hatte sich der vierte Civilsenat des höchsten Gerichtshofes auch mit der Person des jetzt oft genannten Oberhofmeisters Freiherrn v. Mirbach in Berlin zu beschäftigen.

Dem 1875 geborenen Prinzen Friedrich Marie zu Sahn-Wittgenstein-Sahn, Sohn des Grafen Alexander v. Hagenburg, älteren Fürsten zu Sahn-Wittgenstein-Sahn, waren vom Oberlandesgericht Hamm der Freiherr von Mirbach in Berlin sowie der Generalmajor und Adjutant Freiherr Ernst von Hoininger genannt von Hüne, in Ulm und der Staatsminister Henzig in Göttingen als Pfleger bestellt, um sein aus Kapitalien, aus mehreren in Frankreich und Rußland belegenen Gütern und dem Gute Canale in Jöhrien bestehendes mütterliches Vermögen zu verwalten und ihn gegenüber seinem Vater zu vertreten. Nachdem der Prinz volljährig geworden war, verlangte er von den Pflegern Abrechnung und Herausgabe seines mütterlichen Vermögens. Die Pfleger erklärten, zu dieser Rechnungslegung nicht verpflichtet zu sein, weil sie gar nicht in den Besitz des Vermögens gelangt seien. Auch habe der Prinz bei Beendigung der Pflegschaft vom dem Vermögensverwalter Advokat Baillache in Paris am 8. Februar 1897 Rechnungslegung erhalten. Der Prinz beschwert über den Mangel und das Landgericht Dortmund hatte im Jahre 1899 dem Klageanspruch gemäß erkannt.

Gegen dieses Urteil legten die verklagten Pfleger beim Oberlandesgericht Hamm Verufung ein, welche aber im Prozeßtermin zurückgenommen wurde unter der Angabe, daß die Parteien einen Vergleich geschlossen hätten. Der Prozeßvertreter des Prinzen ließ aber die Verklagten zu einem neuen Termin laden unter der Angabe, daß der Vergleich nicht rechtsgültig zustande gekommen sei, und erzielte in diesem Termin durch das Nichterscheinen der Gegner

*) Regierungsrat Kolb: Als Arbeiter in Amerika, Berlin, Verlag der Hofbuchhandlung Karl Siegismund.

ein Verfallurteil, wodurch diese des Rechtsmittels der Berufung verlustig erklärt sind, und das erste Urteil bestätigt wurde.

Darauf hatte der Prinz im Wege der Zwangsvollstreckung beantragt: Die Schuldner zur Rechnungslegung und Herausgabe des käuflichen Vermögens bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1500 M. anzuhalten.

Kunmehr erhoben die Pfleger Klage dahingehend, „diese Zwangsvollstreckung für unzulässig zu erklären“, und diese Klage bildete den Gegenstand der jetzigen Reichsgerichts-Verhandlung.

Die Unzulässigkeit wurde damit begründet, daß der Prinz am 28. September 1890 eine Verzichtserklärung abgegeben habe und dadurch der damals in der Berufungsinstanz jagende Anspruch verglichen worden sei. Der Verklagte habe auch ein arglistiges Verhalten gezeigt, insofern er, nachdem infolge jener Verzichtserklärung die Berufung zurückgenommen war, die formelle Rechtskraft des landgerichtlichen Urteils benutzte, um es zur Vollstreckung zu bringen. Das Landgericht Dortmund hat die Begründung der Klage aus § 707 der Civilprozeß-Ordnung verneint und die Klage abgewiesen. Der verklagte Prinz hatte jenen Verzicht auch als rechtsunwirksam bezeichnet, weil er das Schriftstück erst unterschrieben habe, nachdem ihm der Freiherr v. Mirbach versprochen habe, daß ihm über sein mütterliches Vermögen Rechnung gelegt und ihm dieses Vermögen herausgegeben werde, sowie daß für seine damalige Braut eine Standeserhöhung erwirkt werden solle. Diese Bedingungen sind sämtlich unerfüllt geblieben.

Gegen dieses Urteil legten die Kläger beim Oberlandesgericht Hamm Berufung ein, welche sich auf den schon im ersten Prozeß geltend gemachten Einwand stützte, daß die Kläger gar nicht zur Rechnungslegung verpflichtet seien. Die vom Verklagten angeführten Bedingungen bezüglich der Verzichtserklärung wurden bestritten. Das Berufungsgericht hat das Urteil dahin abgeändert, daß die Klage abzuweisen sei, wenn der verklagte Prinz folgende Eide leistet:

„Ich schwöre usw., daß mir im September 1890 vor der Unterzeichnung des Schriftstückes vom 28. September 1890 (der vorerwähnte Vergleich) eine mir vollständig verständliche, einheitlich gefaßte schriftliche Schuldrechnung des Rechtsanwalts Bailheche in Paris über mein mütterliches Vermögen nicht gelegt worden ist, in welcher der Vermögensstand zur Zeit der Verdingung der über mich geführten Pflegschaft vollständig dargestellt war, so wahr usw.“

„Ich schwöre ferner, daß ich den Verzicht vom 28. September 1890 erst dann unterschrieben habe, nachdem mir der Freiherr von Mirbach zugesagt hatte, daß mir über mein mütterliches Vermögen Rechnung gelegt, daß mir mein mütterliches Vermögen von meinen Pflegern herausgegeben, und daß die Standeserhöhung meiner damaligen Braut zur Prinzessin von dem Freiherrn v. Mirbach erwirkt werden solle, so wahr usw.“

Der Prinz ergriff das Rechtsmittel der Revision beim Reichsgericht, welches dieselbe für begründet ansah und dahin erkannte:

„Daß das Urteil des Oberlandesgerichts Hamm aufgehoben wird, und die Berufung gegen das Urteil des Landgerichts Dortmund zurückgewiesen ist.“

Damit tritt nun das erst erwähnte Verfallurteil in Kraft und es muß die verlangte Rechnungslegung sowie Herausgabe des Vermögens bei Vermeidung der Zwangsvollstreckung erfolgen.

Aus den umfangreichen Gründen des reichsgerichtlichen Urteils ist zu erwähnen:

„Daß mit Recht der erstinstanzliche Richter die Begründung der Klage, aus dem angeführten Verzicht, verneint und das dem Verklagten zur Last gelegte arglistige Verhalten nicht vorliegt. Auf die von dem Berufungsrichter normierten Eide kommt es nach der prozessualen Lage gar nicht an. Ein Beweis, daß der Verklagte seine Behauptungen wider besseres Wissen aufstellte, ist von den Klägern nicht erbracht worden.“

Soweit der Prozeßbericht.

Der Jurist sagt: auf die Eide kommt es nicht an. Es wäre aber doch recht wertvoll gewesen, wenn sie geschworen worden wären. Denn wenn die leider nicht beschworene Aussage des Prinz Sagn-Wittgenstein-Sagn auf Wahrheit beruht, so hat in diesem Falle Frhr. v. Mirbach sich unterfangen, Unabwendigkeit der Krone Preußens bei seinen persönlichen Geschäften als Verbotobjekt zu benutzen.

Freiherr v. Mirbach hat Recht! In seiner so wie so unheilbaren Situation auch noch die Affaire Sagn-Wittgenstein-Sagn, in der das höchst persönliche Moment eine so gewichtige Rolle spielt. Hier kann nicht mit „edlen Motiven“ operiert und entschuldigt werden, hier handelt es sich um persönliche Geschäfte. Ob das nun wohl das Maß zum Ueberlaufen bringt?

Freiherr v. Mirbach hat nun die Aufgabe, glaubhaft zu machen, daß er dies Angebot, die Braut seines früheren Pflegerbefehlsheren zur Prinzessin machen zu wollen, nicht gethan hat. Kann er diesen Beweis ebensowenig erbringen, wie er die Auffklärung, warum er 325 000 M. des Conto K quittiert hat, ohne die Summe zu erhalten, nicht erbracht hat, so werden die weiteren interessanten Schlüsse auf die Frage zu ziehen sein: Wie man Prinzessin wird? Die Frage tritt neben die andre Frage: Für welche Verdienste man in Mirbach-Preußen Titel und Orden erhält?

Der Kriegsminister der Ungesetzlichkeit.

München, 3. August. In der heutigen Plenarsitzung der Kammer der Reichsräte führte Kriegsminister v. Aßch, nachdem Fürst Löwenstein-Rosenberg das Duell vom Standpunkte gläubiger Katholiken streng verurteilt hatte, unter anderem aus, er achte die Anshaltungen des Vorgesetzten hoch, müsse aber, wie er jederzeit gethan, vom Standpunkte des Offiziers aus auf andrem Boden stehen. Der Kriegsminister legte sodann die Angelegenheit betr. die Anfrage des Abg. Heim in der Abgeordnetenkammer ausführlich dar, wobei er die Behauptung aufrecht erhielt, daß ein Verlaß nicht ergangen sei, der zum Duell zwingt.

Nach weiterer Debatte, in der sich Graf Preysing abfällig darüber ausdrückte, daß Abgeordnete sich an Offiziere heranzuwenden, um sie zur Pflichtverletzung zu veranlassen, wurde schließlich der Militäretat genehmigt.

Nach dem Kriegsminister v. Aßch ist der Standpunkt des Offiziers weder mit der Grundforderung der Religion, noch mit dem Staatsgesetz in Uebereinstimmung zu bringen. Das ist der Stand, der angeblich in besonderem Maße „Religion und Ordnung“ schlingen soll!

Recht hat Herr v. Aßch, wenn er sagt, daß sein Geheimverlaß nicht zum Duell „zwingt“. Der Geheimverlaß empfiehlt nur das Duell und sagt den Offizieren, daß sie im Falle der Nichtbefolgung des Verlasses den Offizierbrod ausliefern werden. Weiter nichts.

Die Haltung des bairischen Kriegsministers v. Aßch hat ihr Gutes. Dieser Kriegsminister hat — allerdings erst nach Aufdeckung seiner geheimen Erloßbethätigung — sich offen zur privilegierten Ungesetzlichkeit des Offizierkorps bekant. An andern hohen und sehr hohen Militärstellen denkt man genau so wie Herr v. Aßch, aber man verdirbt vor den Parlamenten seine wahre Ansicht.

Auch hat die Socialdemokratie im Reichstage wiederholt nachgewiesen, daß gerade die kaiserliche Kabinetsorder über die Behandlung der Duellforderungen vor den militärischen Ehrengerichten die Folge herbeiführt, daß nach wie vor in Offizierskreisen das Duell in gewissen Fällen als gestattet und als Ehrensache gilt. Das Duell wird erst beseitigt, wenn strengere Strafen gegen die Gesetzwärter verhängt werden, als es jetzt zu geschehen

pflegt, und wenn das Strafgesetz selbst, das jetzt den Duellmord durch besonders milde Strafe privilegiert, verschärft wird. —

Von der schlesisch-russischen Grenze wird uns geschrieben: Vom Elend in Russland melden ober-schlesische bürgerliche Blätter fortwährend haarsträubende Einzelheiten. In Gensiochau, dem berühmten russischen Wallfahrtsort in der Nähe der schlesischen Grenze entstand dieser Tage eine Feuersbrunst, die mehr wie 20 Gebäude einäscherte. Das Feuer sollen beschäftigungslose Arbeiter angezündet haben, weil sie hofften, beim Wiederaufbau der Häuser Arbeit zu finden. Die Not im Grenzgebiet ist unbeschreiblich. Der gefährlichste Mangel zwingt eine Fabrik nach der andern zur Betriebsstilllegung, andererseits steigen die Lebensmittelpreise ins Ungeheure, wozu neben der Verfühlung großer Mengen derselben nach Ostasien auch die anhaltende Dürre viel beiträgt. Russische Händler laufen jetzt auf den ober-schlesischen Märkten alle zu erlangenden Lebensmitteln, während früher die russischen Händler den ober-schlesischen Markt mit Nahrungsmitteln versorgten. Dieser Wandel der Dinge hat die Preise der Lebensmittel besonders im ober-schlesischen Industriegebiet ganz bedeutend verteuert. —

Kanzlers Nachfolger. Der „Kölnischen Volkszeitung“ zufolge ist zum Nachfolger des Bischofs v. Anzer als apostolischer Vikar von Säckhausen der Vater August Henninghaus, vom Missionshaus in Stegl ernannt worden. Er wirkt gegenwärtig als Lehrer am Missionseminar in Penthoufu und war lange Zeit die rechte Hand des Bischofs v. Anzer. —

Ausland.

Gewaltthaten in Finnland.

Es wird uns aus Helsingfors berichtet: Die russischen Schergen haben ihr Verbrechen, den Vater Eugen Schaumanns auf sein Ehrenwort, Finnland nicht zu verlassen, aus dem Gefängnis zu entlassen, getrieben. Senator Schaumann wurde in der Nacht zum 29. Juli, also einige Stunden nach Pechwets Tod, von Helsingfors nach Petersburg verschickt. Am 27. Juli hatte sich seine Frau wie gewöhnlich an den Gendarmenchef gewandt, um ihren Mann zu besuchen. Das wurde ihr verweigert und von dem früheren Generalgouverneur Turbin erhielt sie die Mitteilung, daß eine Wendung im Schicksal ihres Mannes bevorstehe. Frau Schaumann benachrichtigte nun ihre auf dem Lande weilenden Kinder, damit sie womöglich von ihrem Vater Abschied nehmen könnten. Als sie aber am 29. morgens mit ihren Kindern kam, um die Erlaubnis zum Besuch des Vaters zu erwirken, war er in der Nacht bereits verstorben. Von Turbin war nur die Auffklärung zu erhalten, daß von Pechwets das angeordnet habe und daß sein letzter heiliger Wunsch erfüllt werden mußte.

Als kürzlich die drei Universitätslehrer deportiert wurden, geschah es, wie behauptet wurde, um Sobrioff's letzten heiligen Willen zu erfüllen. Nun ist es Pechwets Geist, der nach Rache schreit. Welchem Schicksal Schaumann entgegengeht, weiß man nicht, aber das weiß man, daß er vollkommen unschuldig an der That seines Sohnes ist. Frau Schaumann ist am 29. Juli abends nach Petersburg gereist, um Gerechtigkeit für ihren Gatten zu fordern. Bereits vor dem hatte sie, am 26. Juli, eine Beschwerdeschrift an den Procurator des finnischen Senats eingereicht, worin sie gegen die ganze Behandlung, die ihr Mann zu erdulden hatte, protestierte.

Auch der Magister Gummerus, der Blumen auf das Grab Eugen Schaumanns niedergelegt hatte, ist nach Russland verschickt worden und zwar am 27. Juli. Am 28. machte der Universitätsdirektor einen Versuch beim Gouverneuramt, um seine Freilassung zu erwirken, selbstverständlich vergeblich.

Auch der Redakteur des socialdemokratischen Helsingfors Blattes „Arbetaren“, Drodila, ist nach dem Innern Russlands geschickt worden, da man seinen bisherigen Verhaftungsort nicht für sicher genug hielt. —

Frankreich.

Die französischen Generalratswahlen.

Paris, 2. August. (Fig. Ver.) Es war die alle drei Jahre fällige Halberneuerungswahl der Departementräte. Die administrativen Befugnisse dieser Räte (Verteilung der direkten Steuern und öffentliches Unterrichts- und Gesundheitswesen) sind im centralistischen Frankreich so gering, daß das Schwergewicht des Wahlkampfes von jeher auf dem allgemein politischen Gebiete lag. In den siebenzig und achtzig Jahren kämpften um die Generalräte Monarchisten und Republikaner; später, nach dem Zurückdrängen der Monarchisten so ziemlich auf der ganzen Linie, begann das stetige Vordringen der Radikalen gegen die Bourgeoisrepublikaner und ihre liberal-monarchistischen Bundesgenossen. Die socialistische Wahlfaktion auf diesem Gebiete beginnt in nennenswertem Umfang erst in den Generalratswahlen von 1895 und teilt die Geschicke der socialistischen Wahlfaktion und Bewegung überhaupt. Kurz, die Departementwahlen sind ein Abklatsch der Parlamentswahlen, mit dem Unterschiede, daß sie die jeweilige parteipolitische Situation etwas langsamer und gedämpfter widerspiegeln als die rein politischen Wahlen.

Das jeglichem Wahlkampf innewohnende Interesse einer Kraftprobe ist nicht das einzige, was die Parteien in den Kampf um die Departementräte treibt. Es fällt außerdem ins Gewicht einmal der Umstand, daß die Mitglieder des Generalrats senatorische Wähler sind, und zwar solche, deren Stimmen nicht nur gezählt, sondern auch gezogen werden. Andernteils haben sich die Generalräte, dem centralistisch ängstlichen Gesetz zum Trotz, die Befugnis politischer „Wünsche“ angeeignet, die sie zu einem immer mehr maßgebenden Organ der öffentlichen Meinung des Landes erhoben hat. Ihre verfassungsmäßigen Befugnisse eines Landesparlamentes für den Fall eines Staatsstreiches in Paris gehören freilich in das Reich der Phantasie, der ausgeklügelten „unnützen Vorsicht“, sie mögen aber immerhin an ihrem Teil das Prestige eines Generalratsmitgliedes erhöhen.

Dieses Prestige geht übrigens klar genug hervor aus der großen Beliebtheit des Generalratsmandats bei den Deputierten und Senatoren. Diesmal laudibierten für die Generalräte 55 Senatoren und 130 Deputierte. Das Cabinet Combes hat aus seiner Mitte sechs Kandidaten geliefert, die sämtlich wiedergewählt wurden, darunter der Ministerpräsident selbst, der bisherige Vorsitzende des Departementrates der Charente-Inférieure, und General André, bisheriges Mitglied des Rates seines heimlichen Departements Côte-d'Or (Dijon).

Die diesjährigen Wahlen trugen einen besonders scharf ausgesprochenen politischen Charakter entsprechend der Verschärfung der parteipolitischen Kämpfe. Die reaktionäre Opposition wird nicht müde, das Urteil des „Landes“ gegen die ministerielle Politik als Schwurzeugen aufzurufen. Sie hat auch das meiste gethan, die Departementwahlen zu einer politischen Kraftprobe zu gestalten. Zudem spielte der Wahlkampf unmittelbar nach den Dekreten betreffend Schließung der Kongregationshäuser und mitten im Konflikt mit dem Vatikan, während die Wahlhandlung erst 24 Stunden nach der Verkündung des Bruches mit dem Vatikan stattfand. Das „Land“ und der Reaktion hatte also die beste Gelegenheit, die Drohungen seiner treuen reaktionären Wortführer endlich einmal wahr zu machen.

Aber nein! Das Land ist unverbesserlich. Er steht der Reaktion treu zur Seite nur in den fleißigeren Prophezeiungen der Leit-

artikel und in den zornigen Floskeln der Parlamentäre. In der Zahlenprache der Stimmzettel aber verleugnet es die Reaktion hartnäckig, ohne Erbarmen.

Das Wahlergebnis bedeutet eine viel härtere Niederlage der Liberalen, der Nationalisten und Radikalen als die neufrüheren Gemeindefürer. Nach der amtlichen Statistik wurden gewählt: 841 Ministerielle und 467 Antiministerielle. Die Ministeriellen gewannen 125 und verlor 42 Sitze, macht einen ministeriellen Reingewinn von 83 Sitzen. Es stehen noch aus 46 Ergebnisse und es kommt zu 95 Stimmwahlen.

Die Opposition sucht sich freilich auch über diese Niederlage zu trösten und noch mehr ihre Anhänger zu täuschen nach der üblichen Methode: sie bezweifelt die Richtigkeit der amtlichen Zahlen, was in diesem Falle einfach lächerlich ist. So offenkundig ist der Erfolg der Linksparteien im ganzen wie im einzelnen.

Die socialistischen Wahlergebnisse lassen sich zur Stunde noch nicht zahlenmäßig zusammenfassen. Im ganzen scheinen sie günstig zu sein.

Ueber die gleichzeitig stattgefundene Halberneuerungswahl der Bezirksräte fehlen noch die Angaben.

Holland.

Haag, 3. August. Bei den Wahlen zur Ersten Kammer wurden gewählt: 29 Antiliberalen, 18 Liberalen, die Wahl von drei Mitgliedern ist vertagt. Vor der Auflösung setzte sich die Kammer zusammen aus 27 Liberalen und 23 Antiliberalen.

Der Ausfall der Wahl bedeutet einen vollständigen Sieg des liberalen Ministeriums Ruypers über den Liberalismus. —

England.

London, 2. August. Unterhaus. Bei der Erörterung des Nachtragscredits für das Verteidigungswesen betonte im Laufe der Debatte Premierminister Balfour die verwickelte Natur dieses Problems. Die Reichsverteidigung sei komplizierter als die Verteidigung Deutschlands. Diese sei nicht Vorbildlich für England, da Deutschland hauptsächlich auf sein Heer vertraue. Der Verteidigungs-Ausschuß habe auch die Verteidigung Indiens zu berücksichtigen. Gegenüber den Erklärungen mehrerer Redner, daß Indien außerhalb der praktischen militärischen Probleme wegen der Transport-schwierigkeiten liege, gab Balfour zu, daß dem so sei, aber gegenüber Russland, dem einzigen möglichen Feinde Englands in jenem Welttheile, könne England nicht gestatten, daß jene Länder, die zwischen englischen Gebieten und Russland liegen, allmählich von diesem ausgefressen würden. Es gab eine Zeit, erklärte der Premierminister, wo eine Invasion Indiens ein Gespenst lächerlicher Art war. Aber das Russland, das wir damals fürchteten, ist jetzt verdrängt von dem heutigen Russland. Russland hat bereits eine Eisenbahn, die direkt nach der Grenze Afghanistans fährt, und ist im Begriff, eine zweite Eisenbahn zu bauen. Das ist am wenigsten erwartete, ist ein Zusammenstoß mit Russland, aber jede Nation, die an eine andre Macht grenzt, muß annehmen, daß sie sich zu irgend einer Zeit mit dem Nachbar im Kriege befinden kann.

Norwegen.

Die Unionsfrage und die Socialdemokratie.

Die durch die letzten Storkingswahlen zur Macht gelangte Sammlingspartei, die auch den Kampf gegen die aufstrebende Arbeiterpartei betreibt, zeigt sich, im Gegensatz zu den Parteien in andern Ländern, nicht besonders national und patriotisch und steht der Unionsfrage, der Forderung nach eignen Konsulaten, eignen Gesandtschaften, eigener Verwaltung der äußeren Angelegenheiten Norwegens ziemlich gleichgültig gegenüber. Der jetzige Staatsminister Hagerup hat dieser Tage einem schwedischen Politiker erklärt: „So viel hat Norwegen gelitten und gelernt durch den Konsulatskrieg, daß es gewiß nicht Lust haben wird, sich von neuem auf irgend einen Unionsstreit einzulassen. In irgend einem gewaltthätigen Kampf wird es wohl nicht kommen, denn derartig ist die Stimmung nicht in Norwegen.“ — Daß die hyperpatriotischen Politiker in Schweden, die am liebsten Norwegen keinerlei Selbständigkeit zugehen möchten, nach solchen Aussprüchen glauben müssen, nun leichtes Spiel mit dem „Grundervolk“ zu haben, ist selbstverständlich. Unter diesen Umständen ist es die norwegische Arbeiterpartei, die nun den Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes zu führen berufen ist. Bereits im Juli des Jahres 1892 wurde bei einer Demonstration der Arbeiterpartei in Kristiania eine Fahne getragen mit der Aufschrift: „Das Wohl der Bruder-völker“ — dies ist die Unionsdevise, die auch die Schwedischen wie norwegischen Wägen ziert — „fordert die Auflösung der Union.“ Die Arbeiterpartei erhob diese Forderung hauptsächlich deswegen, weil die Unionsstreitigkeiten in beiden Ländern zu nordpatriotischer Verheerung des Volkes dienten und die Arbeiterbewegung lähmten, den Kulturfortschritt hemmten. Unser norwegisches Bruderorgan „Social-Demokraten“ hat nun dieser Tage in mehreren Leitartikeln seine Stellung zur Unionsfrage klargelegt und äußerte sich unter anderem so: „Ist es die Stimmung von 1892, die die norwegischen Arbeiter heute noch befeuert? Vielleicht. Doch glauben wir, daß wir ihren Wunsch und Willen genau treffen, wenn wir unser Unionsprogramm heute so formulieren: „Vor dem 17. Mai 1914 (dem Hundertjahrstag der norwegischen Verfassung) muß Norwegens volle und unverkürzte Selbständigkeit innerhalb der Union durchgeführt sein oder wir feiern den Tag außerhalb der Union.“

Die Landesversammlung der Partei hat noch keine Veranlassung gehabt, unser staatspolitisches Programm für die kommenden Wahlen festzusetzen, aber nach der Meinung, die wir von den Männern der Partei und von der Vergangenheit der Partei haben, zweifeln wir nicht daran, daß unser unionspolitischer Programmpunkt fast diese Form erhalten wird. 400 Jahre lang nach den Bürgerkriegen haben die Dänen in Norwegen geherrscht. 100 Jahre lang haben wir nun gegen die Uebergriffe der Großschweden gekämpft. Länger als ein halbes Jahrtausend kann ein Volk nicht unter Vormundschaft stehen, sonst verdient es niemals seine Selbständigkeit zu erhalten. Nun mag es biegen oder brechen. 90 Jahre lang haben die Bürgerparteien den Kampf geführt, unterstützt von den Arbeitern. In den nächsten 10 Jahren müssen die Arbeiter selbst die Leitung übernehmen.

Die Arbeiterpartei wird diesen Kampf jedoch nicht führen wie ihn die Linkspartei geführt hat mit militärischen Rüstungen und Grenzbesetzungen, die dem Lande in den letzten neun Jahren 150 Millionen Kronen gekostet haben und in Schweden zu nicht minder kostspieligen Gegenrüstungen Veranlassung gaben. „Unsere Partei“, schreibt „Social-Demokraten“ weiter, „wird zunächst ein Zusammenarbeiten mit unserer schwedischen Bruderpartei anbahnen; wir wollen Arbeiter-Meetings von norwegischen und schwedischen Brüdern veranstalten. Und von diesen Meetings soll eine Agitation ausgehen, so heftig, so anfeuernd, so gerecht, daß sie Wiederhall findet in ganz Scandinavien.“

Stockhols „Social-Demokraten“ begrüßt die Artikel des Bruderorgans in Kristiania mit großer Sympathie. Für jeden, der die Bestimmung der aufgeregten Arbeiter kennt, ist es selbstverständlich, daß die schwedische Arbeiterpartei den norwegischen Brüdern in keiner Weise die nationale Selbständigkeit mißgönnt oder vorenthalten will. Das Wirken unserer norwegischen Parteigenossen für die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes wird wiederum beweisen, daß die Socialdemokratie der sicherste Hort für Freiheit und Vaterland, für die „höchsten Güter“ der Nationen ist. —

Gewerkchaftliches.

Ein verkehrter „freundlicher“ Hinweis.

In der „Zeit am Montag“ druckt Herr Karl Schmidt einen Brief ab, den wir bei Retourierung eines Manuskriptes dem Einsender desselben beilegen. Unseren Lesern wird der Streit um die Wohlthätigkeit der Firma Mosse noch bekannt sein. Wir hatten gegenüber Mitteilungen der „Welt am Montag“ und veranlaßt gesehen, diese Wohlthätigkeit ins rechte Licht zu setzen. Wir hatten darauf hingewiesen, daß die Firma Mosse diese „Wohlthätigkeit“ in rellamehafter Weise ausbeutet, um für ihr Geschäft Propaganda zu machen, daß sie aber die nächstliegenden sozialen Pflichten gegen in Not gerathene Arbeiter nicht oder nur mangelhaft erfüllt und das, was sie an anderen Beschäftigten gleicher Art als nachahmenswert hinstellt, selber nicht durchführt.

Die Affaire hatte einen gewissen Abschluß dadurch erfahren, daß zwischen der Firma Mosse und dem Arbeiterschuß eine Aussprache stattfand, die zu Zugeständnissen an die Arbeiter und zu einer nach unserer Meinung allerdings recht nichtsfolgenden Erklärung des Arbeiterschußes im „Vorwärts“ führte. In diesem Stadium ging uns von einer Seite, die uns völlig unbekannt war, noch ein Beitrag zu, den wir zunächst unserer Mappe einverleiben wollten, dann aber auf Ansuchen des Einsenders demselben wieder zustellten.

Herr Schmidt meint, wir wären irgend einer fürchterlichen Intrigue zum Opfer gefallen, irgend ein Mittelsmann habe belästigend auf die Redaktion des „Vorwärts“ eingewirkt. Das ist nicht der Fall und damit verlieren alle Kombinationen, in die er sich verliert, ihren Wert.

Auf unser Redaktion hat lediglich, ohne jede Vermittelung, eine Unterredung mit Herr Dr. K. von der „Welt am Montag“ stattgefunden, die zu einer von beiden Seiten gebilligten Erklärung führte, durch welche der Polemik zwischen der „Welt am Montag“ und uns die Bitterkeit genommen werden sollte. Das ist kein Geheimnis, sondern von uns selbst bekannt gegeben.

Für uns war die Angelegenheit mit Rücksendung des Manuskriptes erledigt. Herr Schmidt hält sie nicht dafür! Nun gut. Wer hindert ihn denn, statt eines redaktionellen Absagebriefes aus dem Bureau des „Vorwärts“ das von diesem abgelehnte geheimnisvolle Manuskript selbst abzurufen? Die Bescheidenheit, mit der er uns überläßt, gegen Mißstände, Ungehörigkeiten und Korruption zu kämpfen, zielt zwar Herrn Schmidt, aber warum will er nicht versuchen, ohne dieselbe in Bezug auf die Belämpfung der Korruption weiter zu kommen als der „Vorwärts“?

Berlin und Umgegend.

Zum Glaserstreik ist mitzuteilen, daß seit gestern wieder vier Firmen bewilligt haben. Dagegen sind nur zwei Firmen dem letzten Beschluß der Innungsversammlung, die Unterschriften wieder zurückzugeben, nachgekommen. Jedenfalls dürfte der Innungsvorstand jetzt einsehen, daß auch hier die Verhältnisse stärker sind als die Wünsche und Beschlüsse einer Innungsversammlung. Am heutigen Donnerstag, vormittags 11 Uhr, wird mit den bewilligten Firmen der neue Tarif vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts festgelegt. Alle diejenigen Firmeneinhaber, die nicht auf dem Einigungsamt erscheinen wollen, werden als vertragsbrüchig behandelt. Wie wenig die Meister mit den paar Arbeitswilligen anfangen können, zeigt ein Vorfall bei der Firma E. Schmidt (Inhaber Fleißner). Zwei Arbeitswillige der Firma waren gestern mit einigen Hilfsarbeitern damit beschäftigt, in einem Schulstuhlausgang eine große Schaufensterfront einzusetzen. Die ungeübten Leute ließen die Scheibe fallen, so daß sie zertrümmerte, wobei ein Arbeitswilliger erheblich an der Hand verletzt wurde. — Mittlerweile geflossen sich die Innungsführer in ebenso thörichte wie statutenwidrige Maßnahmen gegen die Mitglieder des Gesellenausschusses. So wurde diesen die ihnen statutenmäßig zustehende Kontrolle des Innungsnachweises kurzerhand verweigert. Der Arbeiternachweis der Innung ist daher für alle Glaserfirmen streng gesperrt. Sämtliche Bauarbeiten, werden nochmals auf die Arbeitsberechtigungskarten hingewiesen, deren Inhaber unbedingt eine rote Kontrollmarke geklebt haben müssen, widrigenfalls die Karte ungültig ist.

Ueber den Formerkreis bei der Firma Schwarzkopff bringen die „Berliner Neuzeit Nachrichten“ in ihrer Dienstnummer eine Erklärung der Firma, die zweifellos darauf berechnet ist, der Öffentlichkeit gegenüber den Formern die alleinige und ausschließliche Schuld an dem Streik aufzubalden und den Streik selbst als gänzlich ungerechtfertigt erscheinen zu lassen. Jene Erklärung der Firma Schwarzkopff ist aus dem Scharfmacherorgan denn auch sofort in andre arbeitereindliche Blätter übergegangen und von diesen mit Behagen gegen die organisierte Arbeiterschaft ausgeschlachtet worden. In dem Erguß der Firma werden die Darstellungen des „Vorwärts“ über die Ursachen des Streiks als unzutreffend bezeichnet und wie folgt „richtig“ gestellt: 1. Der Formerkreis sei wegen wiederholter Nachlässigkeiten in der Arbeit entlassen worden. Tags zuvor habe G. unter der falschen Angabe, krank zu sein, die Arbeitsstätte in ordnungswidriger Weise verlassen; damit sei die Nachsicht seiner Vorgesetzten mit ihm erschöpft gewesen. 2. Dem Verlangen einer dreigliedrigen Kommission, den Entlassenen, der von seinen Kollegen als wegen seiner Kommissionstätigkeit gemachregelt betrachtet wurde, wieder einzustellen, habe die Betriebsleitung in Anbetracht der für die Entlassung maßgebend gewesenen Gründe „selbstverständlich“ nicht entsprechen können. Wörtlich heißt es: „Die Mitglieder der Deputation gestanden zwar zu, daß die Betriebsleitung mit dieser Entlassung vollständig im Recht gewesen wäre, erklärten aber, daß es auf ihre persönliche Meinung nicht anläme.“ 3. Hierdurch werde bewiesen, daß es sich auch in diesem Falle wieder um ein planmäßiges Vorgehen „außenstehender Agitatoren“ handelt, die nur das gute Verhältnis zwischen der Firma und ihren Arbeitern zu fördern trachteten, denn schon seit Monaten seien der Betriebsleitung Andeutungen über einen beabsichtigten Streik zu Ohren gekommen. Verhandlungen über andere Gegenstände als die Wiedereinstellung des Entlassenen, insbesondere über „angenehme Mißstände“ hätten im Zusammenhang mit dem Vorerwähnten auch „überhaupt nicht stattgefunden“. Daß die Unzufriedenheit nur „von außen“ in die Arbeiterschaft getragen sei und „künstlich gemäht“ werde, beweise auch der Umstand, daß die Kommission der Streikenden eine Verhandlung vor dem Ausschuss des Verbandes Berliner Metallindustriellen ohne gleichzeitige Hinzuziehung eines Vertreters des Metallarbeiter-Verbandes abgelehnt habe.

Wir vorstehenden Erklärungen stellt die Firma Schwarzkopff teils die Wahrheit direkt auf den Kopf, teils beweist sie eine Rückständigkeit der Anschauungen, wie sie eben nur bei Firmen des Rühmänner-Ringes noch anzutreffen ist. Hier die wahrheitsgetreue Erweiterung auf die falsche Sachdarstellung der Firma: Der entlassene Formerkreis H. war seit etwa einem halben Jahre in dem Betriebe tätig und als durchaus tüchtiger Arbeiter bekannt. Nur einmal — und zwar schon vor Wochen — ist ihm durch eigene Unvorsichtigkeit ein Stück Arbeit mißraten, wie es schließlich auch dem Besten mal passieren kann. Wäre der Mann damals entlassen worden, so hätte, obwohl die Entlassung eine ungewöhnliche Härte gewesen wäre, niemand seiner Kollegen etwas dagegen einwenden können. Nun war H. aber Mitglied der von den Formern gewählten Beschwerdekommision und in dieser Eigenschaft wiederholt bei dem Meister S. a. d. wegen Abstellung der im „Vorwärts“ bereits mehrfach erwähnten, ganz erheblichen Mißstände mit vorfellig geworden. Dadurch hatte er sich bei dem Meister offenbar mißliebiger gemacht, weshalb er auch Arbeiten bekam, bei denen nichts zu verdienen war. Dies war auch der Grund, weshalb er am 26. Juli den Meister um Erlaubnis fragte, nach Hause gehen zu dürfen, damit ihm ein besserer Arbeitsplatz eingerichtet würde, so wie es ihm vom Meister versprochen war. Der Meister gab ihm darauf auch anstandslos den Passierschein — und das nennt die Firma ordnungswidriges Verlassen der Arbeitsstätte. Da sich H. aber auch an jenem Tage körperlich unwohl fühlte, so ließ er sich beim Verlassen der Fabrik auch gleich einen Krankenschein geben. Sein Unwohlsein legte sich aber wieder,

und am andern Morgen war er pünktlich an seinem Arbeitsplatz. Gatte H. Krankheit simulieren wollen, so brauchte er doch nur zu Hause zu bleiben. Er bekam dann ganz unmotiviert und unerwartet seine Entlassung. Von einer erschöpften Nachsicht seiner Vorgesetzten mit ihm kann also gar keine Rede sein; es handelt sich hier um nichts anderes als um eine direkte Maßregelung. Gänzlich un-wahr ist es, daß die Deputation die Entlassung ihres Kollegen als zu Recht geschehen bezeichnet und erklärt haben soll, auf ihre persönliche Meinung käme es nicht an. Ebenso un-wahr ist die Behauptung der Firma, daß bei der Verhandlung über die Wiedereinstellung des Entlassenen über angebliche Mißstände nicht gesprochen worden sei. Die Deputation hat dem Direktor Klipp und Klar gesagt, an sich sei es ja jederzeit das gute Recht der Firma, einen mißliebigen Arbeiter zu entlassen. So wie hier aber die Sache läge, könnten es die Formern mit ihrer Ehre nicht vereinbaren, einen Kollegen stillschweigend entlassen zu sehen, der sich nichts hatte zu Schulden kommen lassen, sondern nur dem Meister wegen seiner Kommissionstätigkeit unlieb war. Trotzdem wäre es wegen der Entlassung des H. nicht zum Ausstände gekommen, weil es gar nicht den Gepflogenheiten einer heutigen Gewerkschaft entspricht, eines Einzelnen wegen in einem ganzen Betriebe die Arbeit niederzulegen. Doch hier kam der lange gegebene Unmut über die schroffe Ablehnung der Betriebsleitung, die vielen Uebelstände zu beseitigen, mit der Entlassung zusammen zum Ausdruck.

Gerade bei der Verhandlung um die Wiedereinstellung des Gemachregelten war es der Direktor Bachmeyer, der nach stattgefundener Aussprache die Gewährung eines rechtzeitigen Freierabends — eine der Hauptforderungen der Formern — strikte ablehnte. Und dabei soll über Mißstände nicht gesprochen worden sein! Wenn die Betriebsleitung schon seit Monaten von Streikgerüchten gehört hat, so ist das durchaus erklärlich. Seit Jahren datieren die Mißstände in dem Schwarzkopffischen „Sibirien“; seit Monaten bemühten sich die Formern, dem Meister begreiflich zu machen, daß es so auf die Dauer nicht weiter gehen könne. Es wurde aber eher schlimmer als besser. Da wurde dem Meister schon vor längerer Zeit offen und ehrlich ins Gesicht gesagt, er dürfe sich nicht wundern, wenn die Formern eines guten Tages den Rock anziehen und die Arbeit verlassen würden. Der Meister aber verhöhrte die Formern, indem er sie mehrmals aufforderte, „doch mal zu zeigen, was sie für Kerle seien“. Und nun sie es gezeigt haben, nun jammert die Firma und sucht die Schuld an dem Ausstände durch die Wahrheit nicht entsprechende Forderungen den Streikenden in die Schuhe zu schieben. Damit erledigt sich auch die den Rühmännern so besonders geläufige Nebenart von den außenstehenden Agitatoren, die das „gute Verhältnis“ zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stören wollen. Die „außenstehenden Agitatoren“ thun als Beauftragte ihrer Organisation nichts anderes, als was die Rühmänner, Meyling und Konforten als Vertrauensleute der Metallindustriellen im Interesse ihrer Vereinerung auch thun, nur mit dem Unterschiede, daß letztere als „außenstehende“ Scharfmacher sich anmaßen, unter Regierung der Arbeiterbetreuer, lediglich von einem detaillierten bornierten Herrenstandpunkte ausgehend, den Arbeitern Frieden diktieren zu können. Daß die Kommission der Streikenden unter solchen Umständen auf eine „Verhandlung“ mit den „Herren aus der Gartenstraße“ verzichtete, war einfach selbstverständlich.

Vielleicht hatte die „Sachdarstellung“ der Firma Schwarzkopff in den „Berliner Neuzeit Nachrichten“ gar den Zweck, die von den Rühmännern erwogene allgemeine Aussperrung der Öffentlichkeit schmackhaft zu machen. Auf diese Weise soll es indessen nicht gelingen.

Streik bei der Firma Orenstein u. Koppel in Spandau. Gestern früh haben bei obiger Firma 350 Schlosser, Dreher, Schmiede, Tischler usw. die Arbeit niedergelegt. Die Ursache lag in den überaus schlechten Löhnen, der fast unbegrenzten Ausdehnung der Arbeitszeit, unwürdiger Behandlung und den mangelhaften sanitären Einrichtungen. Gefordert wurden von den einzelnen Arbeiterkategorien Stundenlöhne von 33—50 Pf.; hieraus allein läßt sich schon ein genügender Rückschluß auf die bisherigen Lohnverhältnisse ziehen. Die Firma machte zwar geringfügige Zugeständnisse in Bezug auf Lohnerhöhung, und zwar von 1—3 Pf. für die schlechtest bezahlten Arbeiter. Ueberstunden wollte sie nur mit 10 Pf. Aufschlag bezahlen, ganz gleich ob Werktags-, Sonntags- oder Nacharbeit in Frage kam. Da eine Einigung auf solcher Grundlage nicht erfolgen konnte, traten die Arbeiter einmütig in den Ausstand. Es ist dies der erste größere Metallarbeiterstreik in Spandau, der sicher die weitgehendste moralische Unterstützung der Arbeiterschaft finden dürfte.

Der Streik der Lagerarbeiter bei der Ein- und Verkaufsgenossenschaft selbständiger Glasermeister ist beendet. In einer Verhandlung zwischen einem Vertreter des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter mit dem Direktorium des Betriebs wurde folgende Vereinbarung getroffen: Der Verband erhält eine schriftliche Erklärung, in der das Versprechen gegeben wird, daß während der Dauer des Ausstandes der Glasergehilfen die in Frage kommenden Hilfsarbeiter nicht gezwungen werden sollen, Arbeiten der Glasergehilfen zu verrichten. Außerdem erhalten die Hilfsarbeiter fortan je eine Mark Lohnzulage pro Woche. Sämtliche am Streik Beteiligten werden wieder eingestellt. Ueberstunden werden mit 50 Pfg. bezahlt. Auf Grund dieser Vereinbarung nehmen die Hilfsarbeiter am Donnerstag früh die Arbeit wieder auf.

Achtung, Holzbildhauer. Wir vertreiben die Kollegen nochmals auf die Annonce in gestriger Nummer und hoffen auf einen guten Besuch des heutigen Branchenabends. — Der Streik bei Pfaff dauert unverändert fort. Arbeitswillige haben sich noch nicht gefunden, jedoch wird versucht, die Arbeit anderweitig unterzubringen. Die Kollegen haben die Pflicht, überall die Augen offenzuhalten und Arbeit für Pfaff sofort und energisch zurückzugeben. Die Kommission muß vorkommendenfalls sogleich benachrichtigt werden. Ebenfalls ist der Streik bei Rimmel noch nicht beigelegt.

Die Agitationskommission der Bildhauer Berlins.

Achtung, Tischler! Am Montag, den 1. August, legten sämtliche Tischlergesellen der Genossenschaft Union, Fruchtstraße 35, die Arbeit nieder, nachdem der Ausschuss der Werkstatt 2/1, Stunden verhandelt hatte, ohne irgendwelche Zugeständnisse zu erzielen. Da wir nun in Erfahrung gebracht haben, daß die Firma gewillt ist, die Gesellen durch Genossen zu ersetzen, um so die Forderungen der Gesellen, halbwegs leidliche Zustände zu schaffen, illusorisch zu machen, so ersuchen wir alle Tischlergesellen, die Genosse werden wollen, die Möbelfabrik Union zu meiden, bis die Differenzen beigelegt sind. Der Fachverein der Tischler Berlins.

Deutsches Reich.

Die Briefträger ist nun auch über den Genossen Max Schiller in Grimmitzschau, der während der Aussperrung der Textilarbeiter leitend in der Bewegung tätig war, verhängt worden.

Ausland.

Militär gegen Streikende scheidt man auch in der „freien Schweiz! In Chaux-de-Fonds befinden sich die Maurer im Ausstand und der Staatsrat von Neuchâtel saß in außerordentlicher Sitzung den Beschluß, für Dienstag, den 2. August, ein Infanterie-Bataillon und eine Schwadron Reiterei in Chaux-de-Fonds zu konstatieren. Dies geschieht, obwohl bisher keinerlei Ausschreitungen irgendwelcher Art vorgekommen sind, obwohl die Streikenden sogar die unter höchsten Vorwänden erfolgte provokatorische Anweisung des Präsidenten der Maurergewerkschaft, Namens Monaldeschi, mit Ruhe hingenommen haben. — Man sieht wieder einmal: Kapitalistisches System bleibt kapitalistisches System, ob es nun in Monarchien oder in „Republiken“ beheimatet ist.

Der Ausstand der Bauarbeiter in Stockholm ist beendet. Die Arbeiter, die eine Lohnerhöhung erhalten haben, haben gestern die Arbeit wieder aufgenommen; außerdem wurde eine gleichmäßige Andigungsfrist vereinbart.

In den Anthrazit-Kohlenbezirken Amerikas sieht ein großer Ausstand bevor. Der Verwaltungsrat der Vereinigten Bergarbeiter des ersten Distrikts beschloß, sofort den Ausstand beginnen zu lassen, falls die Kohlegesellschaften nicht die Forderungen der Arbeiter bewilligen.

Gerichts-Zeitung.

Kautionschwindbelegen, die von der gewöhnlichen Art abwichen, führten gestern den früheren Chokoladen- und Zuckerwarenfabrikanten Hugo Lehmann unter der Anklage des wiederholten vollendeten und verjuchten Betrugs sowie der Unterschlagung vor die dritte Herrenkammer des Landgerichts I. In den letzten Jahren fiel es bei der zuständigen Zivilkammer auf, daß Lehmann unaufhörlich von seinem Personal verlagert wurde. In allen Fällen verlangten die Kläger Rückgabe ihrer Kautionen, die Lehmann ihnen vorbehielt unter der Begründung, daß seitens der Kläger die vertragmäßig vereinbarte Andigungsfrist nicht innegehalten worden sei. In allen Fällen wurde Lehmann verurteilt, doch dies war für die Kläger ohne praktischen Nutzen, denn die Zwangsvollstreckungen fielen stets fruchtlos aus. Schließlich mußte der Verdacht entstehen, daß Lehmann systematisch auf Ausbeutung seines Personals ausging. Er wurde in Haft genommen. Zum gestrigen Termine war eine große Anzahl Belastungszeugen geladen. Die Beweisaufnahme ergab folgendes Bild: Wenn sich auf die Annonce des Angeklagten ein Reisender meldete und angenommen wurde, so mußte er 100 M. Kautions stellen, die verfallen sein sollte, wenn er die 14tägige Andigungsfrist nicht innehielt. Er sollte 125 M. Monatsgehalt beziehen, aber nur, wenn er einen Mindestumsatz von 2000 M. monatlich erzielte. Andernfalls sollte der Reisende 8 Proz. des Umsatzes bekommen. Der Angeklagte übergab ihm dann ein langes Namensverzeichnis mit der Erklärung, daß dies alles seine Stunden seien, der Reisende brauche sich dort nur sehen zu lassen, um Aufträge zu erhalten. Und der Reisende ging, er ließ sich sehen, wiederholt, er öffnete die Schleusen seiner Verbedsamkeit, aber alles vergebens. Er erhielt keinen Auftrag. Die Kunden erklärten, daß sie keine „Stunden“ von der Firma Lehmann seien, andere, daß sie es früher vorübergehend gewesen seien, aber nichts mehr mit ihr zu tun haben wollten usw. Nach einigen Tagen erfolgloser Arbeit legte der Reisende dann die Stellung nieder, mußte die hinterlegte Kautions aber einbüßen. Ähnlich erging es mehreren Aufsehern, die 3 bis 500 M. Kautions zahlen mußten. Der Angeklagte behauptete, daß er früher sehr schlechte Erfahrungen mit den Reisenden gemacht habe und sich deshalb durch die Kautions habe sichern müssen. Er habe früher ein großes Geschäft gemacht, sei aber später in seinen Vermögensverhältnissen juristisch gekommen. Wenn die letzten Reisenden Kautions gehabt hätten, so würden sie auch Geschäfte gemacht haben, ebensooft wie seine früheren Reisenden monatlich über 200 M. verdient hätten.

Staatsanwalt Baumgart hielt den Angeklagten in sieben Fällen des Betrugs für überführt, denn es sei zweifellos, daß dieser lediglich durch falsche Vorspiegelungen sich in den Besitz der Kautions gesetzt habe. Erwägend sei es, daß der Angeklagte eine Anzahl Familienväter geschädigt habe, welche selbst in schwerer Weise ums Dasein kämpfen. Im Interesse der Sicherheit im kaufmännischen Verkehr müsse auf eine empfindliche Strafe erkannt werden. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von anderthalb Jahren.

Der Verteidiger, A. A. Krndt führte aus, daß der Angeklagte sich für berechtigt gehalten habe, die Kautions wegen Vertragsbruchs einzubehalten, seine Verschulungen verdienten nicht die beantragte harte Strafe.

Der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr Gefängnis.

Ein Bäckermeister als Frühstüchdieb! Vor dem Nizdorfer Schöffengericht hatte sich der Bäckermeister Otto Hader wegen Diebstahls in zwei Fällen zu verantworten. Zur Zeit des Bäckerstreiks hatte Hader wegen Nichtbewilligung der beschriebenen Gesellenforderungen nicht nur zahlreiche Kunden, sondern auch sein gesamtes Personal verloren; er war daher gezwungen, die ihm verbliebenen Kunden selbst zu bedienen. Eines Morgens sah nun eine Bewohnerin des Hauses Kaiser Friedrichstraße 31 zufällig, daß Hader, der nach dem Hause Frühstüd brachte, von der Korridorhür des Werkführers Franzke den gefüllten Frühstüchbeutel abnahm und mit demselben verschwand. Die Jungin teilte ihre Wahrnehmung dem Bestohlenen, der schon häufig auf gleiche Weise geschädigt worden war, mit, worauf H. sich am nächsten Morgen auf die Mauer legte. Wieder trat Hader an die Korridorhür des F. und entwendete den gefüllten Frühstüchbeutel, als er aber mit seinem Raube das Haus verlassen wollte, stellte sich Franzke ihm entgegen, sagte ihm den Diebstahl auf den Kopf zu und nahm ihm den gestohlenen Beutel wieder ab, worauf gegen den Dieb Anzeige erstattet wurde. — Der Angeklagte machte im Termin die faule Ausrede, er habe nicht das Frühstüd gestohlen, sondern auf dem am Beutel befestigten Zettel nur einmal nachsehen wollen, ob Franzke seinem bisherigen Lieferanten, dem Bäckermeister Ludwig, auch während des Streiks treu geblieben sei. Natürlich fand diese Ausrede keinen Glauben, vielmehr ward Hader wegen Diebstahls in zwei Fällen zu sechs Tagen Gefängnis verurteilt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Som südwestafrikanischen Kriegsschauplatz.

Berlin, 3. August. (B. Z. V.) General von Trotha meldet aus Erindi-Ongobere: Zweite Kompagnie des Feldregiments 2 am 2. August 8 Uhr vormittags von 150 Hereros bei Daiteliet angegriffen. Angriff abgeschlagen. 50 Hereros tot, diesseits schwer verwundet ein Unteroffizier, leicht verwundet zwei Mann; außerdem zwei Witwen tot, einer verwundet.

Som ostafrikanischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 3. August. (B. Z. V.) Ein Telegramm General Kuravatsins an den Kaiser vom 2. August besagt: Am 2. August gegen sich unsre Truppen von Ostafrika auf dem Wege nach Anshantichon zurück. Ungeachtet des sehr heißen Tages wurde der March in guter Ordnung zurückgelegt. Der Feind demütigte uns nicht. Es ist alles geistig, um unsrer Infanterie Erleichterung zu verschaffen. Jeder Compagnie sind einige Fuhrwerke zugeweiht zur Aufnahme der Mäntel und Tornister. Die Hitze ist indessen so groß, daß ungeachtet der getroffenen Maßregeln die Zahl der vom Hitzehitig Gefallenen bedeutend ist. Von den Truppen der Disfront sind heute keine zuverlässigen Nachrichten eingetroffen.

Speyer, 3. August. Bei der Herstellung von Sprengmunition erfolgte gestern abend in Ausdrüstungsraum des zweiten Pionier-Bataillons eine heftige Explosion, wobei ein Unteroffizier und zwei Pioniere schwer verwundet wurden.

Hannover, 3. August. (B. Z. V.) In Groß-Beiffers wurde der bei dem Landwirt Pape beschäftigten 16jährigen Dienstmagd Johanna Guß von einem gleichfalls bei Pape beschäftigten Knecht der Hals durchschneiden. Der Tod trat sofort ein. Der Mörder ist flüchtig.

Stettin, 3. August. (B. Z. V.) Wie die „Abendpost“ meldet, wurde heute in dem Ederberger Forst der Lehrer Max Krüger aus Sommerendorf erschlagen aufgefunden. Alle Verhältnisse fehlten. Die Polizei fahndet eifrig nach dem Thäter.

Kopenhagen, 3. August. (B. Z. V.) Die königliche Regierung spricht in der „Statistende“ ihre tiefe Dankbarkeit für die vielen Beweise der Hilfsbereitschaft des Auslandes anlässlich des Unterganges des Americalampfers „Korge“, sowie für die zahlreichen Andgebungen der Teilnahme an der Trauer des Landes, die im Auslande in der Presse oder auf andere Weise zu Tage treten sind, und dankt insbesondere für die große Sorgfalt und Aufmerksamkeit, mit der die Verretteten an Bord der Schiffe behandelt wurden, welche sie aufnehmen, u. a. an Bord des deutschen Dampfers „Energie“ aus Geestemünde. Das Ministerium des Meereswesens teilt mit, daß noch fortwährend Sympathieandgebungen anlässlich des Verlustes des „Korge“ eintreffen, so auch u. a. von den vereinigten deutschen Vereinen in New-York.

Partei-Nachrichten.

Saarabien vor Gericht.

Sachsen erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts: Bericht über den Prozeß Hilger gegen Krämer. 181 Seiten groß 8°. Preis 50 Pf. Porto 10 Pf. Im Parriebezug für Agitationszwecke billiger. Die Enthaltungen dieses Prozesses haben in ganz Deutschland ungeheures Aufsehen hervorgerufen: das System der Vergewaltigung, Rechtslosigkeit und Entrechtung der Arbeiter auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete ist allenmäßig entlarvt und in dem Bericht nach stenographischer Niederschrift festgehalten. Eine „Einleitung“ giebt die Vorgeschichte des Prozesses und zugleich einen Rückblick über die sozialpolitischen Verhältnisse des Saarreviers und die von Staats- und Privatkapital gemeinsam betriebene Ausbeutung und Knechtung der dortigen Arbeiterklasse und ihre bisher unternommenen Befreiungskämpfe.

Sum Parteitage.

Die Parteigenossen in Breslau haben in einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins die Frage der Parteiorganisation behandelt auf Grund eines vom Vereinsvorstande vorgelegten neuen Entwurfs zu einem Organisationsstatut. Die Verhandlung endete mit der Annahme folgender Resolution: „Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins zu Breslau und Umgegend erklärt sich im Prinzip mit dem vorgelegten Entwurf eines Organisationsstatuts einverstanden und begreift insbesondere den Vorschlag zur Zentralisation der Partei. Indem die Versammlung sich vorbehält, einzelne Abänderungsvorschläge in späterer Sitzung zu beraten, beschließt dieselbe, den Entwurf als Antrag dem Bremer Parteitag zu unterbreiten und dort fernernhin zu beantragen, daß, falls die Aenderung der Organisation zur Zeit noch nicht beschloffen werden kann, eine Kommission zur Ausarbeitung eines Organisationsstatuts auf der Grundlage der Zentralisation eingesetzt wird.“ Der neue Organisationsvorschlag will die sozialdemokratische Partei zu einem Centralverbande mit dem Sitze in Berlin zusammenschließen, der sich in Ortsvereine und Wahlkreisvereine gliedert. Ausnahmen sind nur zulässig für solche Reichsgebiete, wo gesetzliche Hindernisse der Vereinsbildung entgegenstehen. Die Vertretung auf dem Parteitage soll sich nach der Zahl der organisierten Genossen bestimmen. Der Entwurf sieht auch die Anstellung von Parteisekretären für einzelne Landesteile vor, die der Parteitag zu wählen habe.

Die Kreisversammlung des Kreises Oberbarnim findet am 21. August in Straußberg im Lokale des Herrn Franz Magnus statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Kreisvertrauensmannes. 2. Vortrag des Genossen Bruno: Ueberblick über den bisherigen Teil der Reichstagsession. 3. Agitation und Presse. 4. Aufstellung des Reichstagskandidaten. 5. Wahl des Kreisvertrauensmannes. 6. Wahl der Delegierten zur Provinzialkonferenz. 7. Endgültige Beschlußfassung über das Kreisstatut. Gustav Nowag, Kreisvertrauensmann.

Aus Industrie und Handel.

Kohlenmarkt und Börse.

Die Lage des rheinisch-westfälischen Kohlenmarktes hat sich in letzter Zeit noch mehr verschlechtert. Die Waggengestaltungsziffern sind in der zweiten Hälfte des letzten Monats weiter gefallen. Auf den Arbeitstag berechnet betrug die Riffer durchschnittlich nur 18 200 Doppelwagen gegen 18 318 Doppelwagen in der ersten Hälfte des Juli und 19 000 im Juni. Bei der Beurteilung dieser Zahlen muß allerdings die jetzige Jahreszeit und die Witterung berücksichtigt werden, doch ist eine starke Abschwächung des Marktes unverkennbar. Selbst das offizielle Wochenblatt, die „Rheinisch-Westfäl. Ztg.“, sieht sich denn auch zu dem Eingeständnis gezwungen, daß die Zeichen mehr als bislang unter Abwasch-Schwierigkeiten leiden und „Feierschichten auf den meisten Werken nichts seltenes“ sind. Die Gründe für die schlechte Beschäftigung der Riffer sind einerseits in dem vollständigen Fehlen der Bestellungen für Hausbrandzwecke zu suchen. Andererseits ist der Abwurf der Eisenwerke, von denen einige ebenfalls schon Feierschichten eingelegt haben, weiter zurückgegangen. Schließlich hat der Absatz nach den Rheinhäfen in verschiedenen Sorten, namentlich in Förder- und Feinkohlen, sehr zu wünschen übrig gelassen. Teils liegt dies daran, daß die oberrheinischen Läger ziemlich gefüllt sind, teils aber daran, daß der Wasserstand des Rheins andauernd zurückgegangen ist.

In einem bemerkenswerten Gegensatz zu dieser Lage des Kohlenmarktes steht das Hausfreiden in rheinisch-westfälischen Kohlenaktien, vornehmlich in Gelsenkirchner und Hapener Aktien, das seit einigen Tagen sich an der Berliner Börse abspielt. Die Verstaatlichungs-offerte der Regierung an die Ibernia-Gesellschaft hat die Börse geradezu in eine nervöse Aufregung versetzt, die keinerlei nähere Erwägungen aufkommen läßt. Wenn die Regierung den Wert der Ibernia-Aktien so viel höher einschätzt, als dies bisher von der Börse geschahen, dann müssen auch die Aktien der andern großen Kohlenbergwerks-Gesellschaften, so folgert man, mehr wert sein, als bisher ihr Kursstand anzeigte. Dazu kommt, daß man in einzelnen Börsenkreisen mit der Erwartung rechnet, der Verstaatlichung der Ibernia werde bald der staatliche Ankauf anderer Zehngesellschaften folgen, oder aber, falls es der Regierung mit der Ibernia nicht glücken sollte, werde sie sich bald ein anderes Objekt unter den großen rheinischen Zehngesellschaften aussuchen. Vielleicht wird dieser Trübel noch einige Tage dauern, bis die in Ostasien zu erwartenden Entscheidungen dazwischen fahren.

Proffite in der Kohlenindustrie. Wenn zwei sich streiten, kommt die Wahrheit an den Tag. Dies alte Sprichwort bewahrheitet sich auch jetzt wieder bei dem Streit um die Verstaatlichung der Ibernia. Während sonst die Unternehmerpresse zu beweisen sucht, daß die Rentabilität der Kohlenindustrie nur eine geringe ist, rechnet sie jetzt, wo es nachzuweisen gilt, daß die hohe Ankaufs-offerte der Regierung an die Ibernia-Gesellschaft noch zu niedrig ist, enorme Gewinne heraus. So bringt z. B. die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ folgende ihr aus „bergbaulichen Kreisen“ zugegangene Gewinnberechnung zum Ausdruck:

Trotz der schwierigen Lage, in welcher sich zur Zeit der Kohlenmarkt befindet, hat Ibernia 11 Proz. Dividenden verteilt. In den letzten sieben Jahren waren die Dividenden 12, 12, 12, 13, 10, 11 Proz., das sind durchschnittlich 12,15 Proz. — und das zu einer Zeit, wo auf unserm gesamten Wirtschaftsflecken eine jahrelange Krisis gelastet hat, deren Folgen noch heute zu verspüren sind. Man geht wohl nicht fehl mit der Ansicht, daß für die Kohlenindustrie heute vielleicht der größte Tiefstand eingetreten ist. Die Syndikatsbeschränkung beträgt für Kohle 22 Proz. Das macht für die Ibernia, die eine Beteiligung von rund 5,5 Millionen Tonnen hat, einen Fördererfall aus von circa 1,2 Millionen Tonnen. Bei einer Verringerung der Einschränkung um circa 10 Proz. würde die Ibernia bereits circa 600 000 Tonnen mehr fördern. Mit dieser Mehrförderung geht auch eine Verbilligung der Selbstkosten Hand in Hand, so daß man auf die

Zone Mehrförderung getrost 3 M. Gewinn rechnen kann, das ergibt einen Mehrüberschuß von 1,8 Millionen Mark. Fällt bei verbesserter Marktlage die Einschränkung von 22 Proz. vollständig, so würde der Mehrüberschuß betriebe 4 Millionen Mark betragen. Dazu kommen noch die Vorteile, die der Gesellschaft aus der Beteiligungsziffer der event. stillzuliegenden Zeche Alftaden entstehen werden. Eine bedeutende Steigerung werden die Leberschiffe aber noch erfahren, wenn eine auch nur mäßige Erhöhung der Kohlenpreise eintritt, wofür bekanntlich in bergbaulichen Kreisen eine lebhaftige Strömung besteht.“

Inr Geschäftslage der Textilindustrie. Wenn der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie während des laufenden Jahres bisher im allgemeinen befriedigend war, so ist das teilweise einer erheblichen Zunahme des inländischen Verbrauches von Textilwaren zuzuschreiben. Für einen großen Teil der Textilindustrie ergibt sich nämlich trotz seiner Abnahme des Exports noch eine Zunahme der Einfuhr von Rohstoffen gegenüber dem Vorjahre. Da nun aber mit Ausnahme der Seidenbranche der Geschäftsgang sich ziemlich normal gestaltet, der Absatz nirgends länger und erheblicher stockte, so geht daraus eine Erhöhung der Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes schlüssig hervor. Bezeichnenderweise schließt von allen Textilbranchen die internationale Baumwollindustrie gerade die deutsche Baumwollindustrie mit der günstigsten Halbjahresbilanz. Die Ausfuhr ist in vielen Warengruppen gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Vor allem gilt dies für die dichte Gewebe, von denen im ersten Halbjahre 1904 nur 124 203 Doppelcentner ausgeführt wurden gegen 13 246 im Vorjahre. In Cardinestoffen, Spitzen und Tricotstoffen ist die Ausfuhr ebenfalls zurückgegangen, während sie nur bei Handschuhen, Strumpfwaren und Stidereien, bei letzteren sogar erheblich, gestiegen ist. Die Ausfuhr von Baumwollgarnen ist seit 1902 von Jahr zu Jahr gefallen. Sie betrug 1902 86 016, im nächsten Jahre 61 765 und im laufenden Jahre gar nur noch 47 997 Doppelcentner. Umgekehrt betrug die Einfuhr von Baumwollgarnen im laufenden Jahre 112 312 Doppelcentner. Die Mehreinfuhr von Garnen hat sich seit 1902 demnach mehr als verdreifacht. Sie stellte sich 1902 auf 20 224, 1904 auf 64 315 Doppelcentner. Nun hat aber auch die Einfuhr von Baumwolle nur ganz unbedeutend gegenüber dem Vorjahre ab-, jedoch gegen 1902 nicht unbedeutend zugenommen. Die Mehreinfuhr, die für den industriellen Verbrauch innerhalb Deutschlands in Frage kommt, betrug im ersten Halbjahre 1904 2 067 060 Doppelcentner gegen 2 078 461 im Jahre 1903 und 1 790 731 im Jahre 1902. Es ist also der Import von Rohbaumwolle dem Vorjahre gegenüber ziemlich stabil geblieben, der Bezug ausländischer Garne ist beträchtlich gewachsen, der Export fertiger Waren hat dagegen abgenommen. Wenn trotzdem das Baumwollgewerbe bei steigender Erzeugung nicht in Absatzschwierigkeiten geriet, so war eben der inländische Markt ein kräftigerer Abnehmer als im Vorjahre.

Weniger deutlich tritt die Steigerung des inländischen Absatzes in der Leinen- und Juteindustrie hervor. Für die Besserung des Beschäftigungsgrades in der Juteindustrie spricht die starke Steigerung der Rohstoffeinfuhr, der gegenüber die Rohstoffausfuhr ziemlich zurückbleibt. Inr Wolllgewerbe ist die Rohstoffeinfuhr im Rückgang begriffen. Die Mehreinfuhr von Schaafwolle, Fabrikwolle, Kämmlingen und gefärbter Wolle stellte sich im ersten Halbjahre 1904 auf 1 242 955, 1903 auf 1 198 700 und 1904 nur auf 1 136 558 Doppelcentner. Die Ausfuhr von Fertigfabrikaten dagegen ist in den meisten Warengruppen gestiegen; auch die Einfuhr von Wollengarn bleibt weit hinter der Ausfuhr zurück. Für die Wollindustrie gestaltete sich demnach der Inlandmarkt weniger günstig.

Schiffahrtshörung. Die letzten Regengüsse sind auf den Wasserstand der Flüsse und damit auf die Lage der Binnen-schiffahrt ohne Einfluß geblieben. Die geringe Steigerung des Wasserstandes, die hier und da beobachtet wurde, ist angesichts der von neuem eingebrochenen Hitze wieder gänzlich geschwunden, und die schädigenden Störungen des Wasserverkehrs dauern ungemindert fort. Die Schiffahrt zwischen Berlin und Stettin, die durch den Finow-Kanal hergestellt wird, hat bisher immer noch aufrecht erhalten werden können; sie ist indes neuerdings gefährdet infolge von starken Verhandlungen, die sich in der Ober zwischen Hohenhausen und der Lahnower Fähre bemerkbar machen. Die zunehmenden Sandanhäufungen bilden schon jetzt ein ernstes Hindernis für die zwischen Stettin und Berlin verkehrenden Schleppzüge und lassen befürchten, daß eine Störung und möglicherweise eine folgenschwere Einschränkung der Schiffahrt eintritt, wenn nicht durch schnelles Eingreifen der zuständigen Behörden dieser Gefahr vorgebeugt und die vorerwähnten Verhandlungen sofort durch gründliche Vagierungen beseitigt werden. Auch auf den oberen Teilen der Elbe ruht fast der ganze Schiffahrtverkehr. Die Schiffschiffahrt hat ihren Verkehr jetzt ebenfalls gänzlich eingestellt. Seit dem Bestehen der Gesellschaft das erstmal, daß der Verkehr mit Wöhrnen hat aufhören müssen.

Außenhandel der Vereinigten Staaten von Amerika im letzten Fiskaljahr. In dem am 30. Juni zu Ende gegangenen amerikanischen Fiskaljahr 1903/04 — das Fiskaljahr läuft vom 1. Juli bis 30. Juni des nächsten Kalenderjahres — zeigte der Außenhandel der Vereinigten Staaten von Amerika einen sehr unregelmäßigen Verlauf. Während die Ausfuhr einiger Waren sich vermehrte und alle bisher erreichten Grenzen überstieg, sank der Export andrer auf einen tiefen Stand. Die Gesamtausfuhr von 1903/04 war dem Werte nach die zweitgrößte bisher von den Vereinigten Staaten verzeichnete Jahresausfuhr, da diejenige vom Jahre 1900/01 noch um 1 Proz. höher bewertet werden konnte. Die Einfuhr ging hingegen von der höchsten bisher erreichten Wertsumme des Jahres 1903 herunter. Der Gesamtwert aller ein- und ausgeführten Waren stellte sich für 1903/04 auf 2 451 574 623 Dollar, dagegen für 1902/03 auf 2 445 800 916 Dollar und für 1901/02 auf 2 285 040 340 Dollar.

Für das letzte Jahrzehnt ergeben sich folgende Waren-Ein- und Ausfuhrwerte:

Jahr bis zum 30. Juni	Ausfuhr Dollar	Einfuhr Dollar	Ausfuhr-überschuß Dollar
1904	1 460 829 530	990 745 084	470 084 455
1903	1 420 141 679	1 025 719 287	394 422 442
1902	1 351 719 401	903 320 948	478 398 453
1901	1 487 764 091	823 172 165	664 592 826
1900	1 394 483 092	840 941 184	544 541 898
1899	1 227 023 302	697 148 480	529 874 818
1898	1 231 482 330	616 049 654	615 432 676
1897	1 050 903 556	764 790 412	286 263 144
1896	882 606 938	779 724 674	102 882 264
1895	807 538 165	731 969 965	75 568 200

Der Ausfuhrwert vergrößerte sich also gegenüber dem vorjährigen um 2,8 Proz., war jedoch um 1,8 Proz. kleiner als für 1900/01.

Zu diesem relativ guten Exportresultat hat die Preissteigerung der Baumwolle durch den Comer wesentlich beigetragen. Es betrug nämlich im letzten Jahre der Wert der ausgeführten Rohbaumwolle rund 871 Millionen Dollar gegen 818 und 890 Millionen Dollar in den beiden Fiskaljahren 1902/03 und 1901/02.

Soziales.

Die Wirkungen der Grundsteuer nach dem gemeinen Werte. Das Ministerium des Innern veröffentlichte eine seiner Zeit den Behörden zugegangene Zusammenstellung typischer Beispiele für die Wirkungen der Grundwertsteuer. Daraus ist zu ersehen, wie vorteilhaft dieses Steuersystem gegenüber dem Zuschlags-

system auf die Heranziehung der Baupläne, aber auch auf die Heranziehung der besseren Wohnhäuser, der Villen und Fabrikgebäude wirkt. Es befinden sich darunter auch zahlreiche Beispiele aus Orten der Umgebung Berlins, die geradezu drastisch wirken. So werden aus Charlottenburg Beispiele angegeben, wonach ein Bauplan bei dem Zuschlagsystem 0,21 M., bei dem Wertsteuerystem 221,00 M. bezahlte, ein andrer bei dem ersten System 0,09 M., bei dem andern 134,81 M. Ein Bauplan in Köpenick zahlte nach dem Zuschlagsystem 16,63 M., nach dem Wertsteuerystem 2580,20 M. In Oberschöneweide ein Bauplan 1,38 M. oder 400,00 M., ein Bauplan in Lichtenberg 188,25 M. oder 4200,00 M., in Schmargendorf 1,66 M. oder 600,00 M., in Deutsch-Wilmersdorf ein Bauplan 3,83 oder 1520,00 M., ein andrer 278,21 M. oder 11 400,00 M., ein dritter 0,38 M. oder 1036,00 M. usw. Für Gemeindevertreter ist die Zusammenstellung, die im Ministerialblatte des Ministeriums des Innern vom 30. Juli enthalten ist und auf den Gemeindeämtern zu finden sein wird, informativ wertvoll.

Auf der Generalversammlung der internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz, die vom 25. bis 28. September in Basel stattfand, wird unter andrem über folgende Gegenstände verhandelt werden: Die Tätigkeit der Vereinigung auf dem Gebiete der Bleifrage. Ueber gewerbliche Gifte außer Blei und Phosphor. Die Belegschaft betreffend Nacharbeit der Jugendlichen. Veranlassung einer internationalen Enquete betreffend Arbeiterschutz in der Hausindustrie. Die Versicherung ausländischer Arbeiter.

Zum Arbeiterschutz in den Glashütten. Nach dem „Nachgenossen“ hatte die „Soziale Praxis“ vor einiger Zeit Uebelstände hinsichtlich der Beschäftigten in Glashütten, wodurch Gewerbeschäden verursacht werden, besprochen. Unter Hinweis darauf hat jetzt der Handelsminister an die Regierungspräsidenten eine Verfügung erlassen, daß sie die Gewerbeaufsichtsbeamten auf diese Mitteilungen aufmerksam machen sollen.

Von der Lehrlingszuchterei.

Gegen Herrn Jenisch, den Inhaber einer mechanischen Werkstatt, gegen die seinerzeit wegen Lehrlingszuchterei seitens der Behörden eingeschritten wurde, klagte Herr E. auf Lösung des Lehrvertrages seines Sohnes. Unter andrem machte er geltend, die Gesundheit des jungen Menschen sei ernstlich gefährdet, wenn er in dem Betriebe bleibe. Der Beklagte wollte den Vertrag nicht lösen, obwohl Kläger den Jungen schon fortgenommen hatte. Er befürchtete, daß er durch die nachträgliche Willigung der Fortnahme des Jungen die Konventionalstrafe von 200 M., die ihm augenscheinlich sehr am Herzen lag, verlieren würde. Das Gewerbegericht ließ die Werkstatt durch zwei Weisiger besichtigen und gab dem Kläger auf, ein ärztliches Attest beizubringen. Dies geschah. Der Arzt bescheinigte, daß der Junge einen linksseitigen Lungenemphysematact habe, an Blutarum und Neuraschenie leide und daß für ihn seine bisherige Tätigkeit schädlich sei. Er solle vorläufig überhaupt nicht arbeiten und aufs Land gehen. — Die Kammer 5 unter dem Vorsitz des Gewerbeberaters Dr. Schalhorn erkannte dahin: Das Lehrverhältnis ist als ordnungsmäßig gelöst zu betrachten. Es könne dahingestellt bleiben, ob in dem Betriebe, wie es nicht den Anschein habe, der Junge hätte richtig ausgebildet werden können. Selbst wenn dies der Fall wäre, sei doch die Lösung des Lehrverhältnisses gerechtfertigt, weil nach dem ärztlichen Attest durch Fortsetzung der Arbeit die Gesundheit des Lehrlings ernstlich gefährdet wäre. — Um seine Konventionalstrafe kommt nun Jenisch. Das Gericht legte übrigens die Verzugsbestimmung über die Konventionalstrafe so aus, daß sie nur zahlbar sei, wenn der austretende Lehrling in einem Betriebe gleicher Art wieder untergebracht wird.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Kreisversammlung für Nieder-Barnim.

Am Sonnabend, den 6. August, abends 8 Uhr, bei Weigelt, Dammleburg, Türckwimbi- und Goethestraßen- Ecke, findet die Kreisversammlung obigen Kreises mit folgender Tagesordnung statt:

1. Der internationale Kongress zu Amsterdam. Referent: A. Stadthagen. Anträge zu demselben und Wahl eines Delegierten.
 2. Die Brandenburger Provinzial-Konferenz. Referent: A. Taubmann. Anträge zu derselben und Wahl der Delegierten.
 3. Der Parteitag in Bremen. Referent: G. Freiwaldt. Anträge zu demselben und Wahl der Delegierten.
 4. Kreisangelegenheiten.
- NB. Da die Konferenz präzis eröffnet wird, so ist pünktliches Erscheinen der Delegierten notwendig. Die Genossen werden ersucht, bei den Delegiertenwahlen die §§ 5 bis 7 zu beachten.
- J. A.: Georg Freiwaldt, Kreisvertrauensmann.
Fankow, Florast. 60.

Reinickendorf. Am Donnerstag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Franke, West-Reinickendorf, ein außerordentlicher Disziplinier-Abend statt. Tagesordnung: Wahl von zwei Delegierten zur Kreis-Konferenz. Der Vorstand des Wahlvereins.

Erster. Heute, Donnerstagsabend 9 Uhr, findet eine kombinierte Versammlung der beiden Wahlvereine Erster und Woltersdorf bei Seifer, Königstr. 57, statt. Da wichtige Punkte der Kreis-Konferenz und die Delegiertenwahl zum Parteitag auf der Tagesordnung stehen, bittet der Vorstand um rege Beteiligung.

Wahlverein Potsdam. Donnerstags, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Ledwithin. Wichtige Tagesordnung. Zahlreicher Besuch erwünscht. Der Vorstand.

Lokales.

Dem treuen, fleißigen Gesellen. Am Dienstag wurde ein Maurer zu Grabe getragen. Unter den Arbeitsgenossen, die dem Verstorbenen das letzte Geleit gaben, erschien auch dessen Meister mit einem Kranz, der die Widmung trug: „Meinem treuen fleißigen Gesellen den letzten Schelbegruß.“ — Gewiß ein schönes Zeichen von gutem Einvernehmen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, werden die Harmonie-Apostel sagen. Persönliche Beziehungen sind wohl nirgends feltener zu finden, wie im Baugewerbe. Ob in diesem Falle ein näheres Verhältnis zwischen dem Maurer und seinem Meister bestanden hat, wissen wir nicht. Sollte das aber nicht der Fall gewesen sein, so giebt die Art, wie der Verstorbene ins Leben kam, ausreichenden Grund für die Beteiligung des Meisters an der Beerdigung seines Gesellen. Der Verstorbene, Schade ist sein Name, arbeitete am 29. Juli auf dem Neubau Hofsteinerstr. 27 in Wilmersdorf. Seine Arbeitsstelle auf dem kürzlich begonnenen Bau befand sich ungefähr auf ebener Erde. Unmittelbar daneben ragte ein ziemlich vollendeter Bau eines andren Unternehmers empor. Während Schade als treuer und fleißiger Geselle emsig arbeitete, stürzte vom Nebenbau

auf schwindelnder Höhe eine 4,70 Meter lange Gerüststange herunter. Sie traf den Maurer Schade im Gesicht, und bald darauf war derselbe eine Leiche.

Ein beklagenswerter Unfall, wie er auf dem Bau vorkommen kann, wird man vom Unternehmerstandpunkt aus sagen. — Ein Unfall, dessen Folgen auf das Conto bodenloser Leichtfertigkeit zu setzen ist, die es an den erforderlichen Sicherheitsvorrichtungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter fehlen lässt, sagen wir. Es muß schon eine große Unachtsamkeit vorliegen, wenn eine 4,70 Meter lange Stange vom Gerüst herabfallen kann. Aber ein Verstoß gegen die Sicherheitsvorschriften ist es, wenn an der Stelle, wo die Möglichkeit gegeben ist, daß Gegenstände auf unten beschäftigte Arbeiter herabfallen können, kein Schutzdach aufgestellt ist. Es braucht nicht gerade eine lange Stange zu sein, welche im Herabfallen einen Arbeiter tötet. Ein herabfallender Stein oder ein Stück Werkzeug kann ebenfalls den Tod eines Menschen herbeiführen, und der Zufall wollte es, daß an demselben Tage, wo am Vormittag der Maurer Schade durch eine herabfallende Stange getötet wurde, am Nachmittag ein Hammer aus beträchtlicher Höhe herabfiel, glücklicherweise ohne jemand zu verletzen. Wenn also an einer derart gefährdeten Stelle die Arbeiter nicht durch ein Schutzdach gesichert sind, so liegt ein großes Verschulden des Unternehmers vor, der die notwendige Schutzvorrichtung nicht anbringen ließ.

Es ist ja bekannt, wie viel hinsichtlich des Arbeiterschutzes gerade im Baugewerbe gesündigt wird. Täglich und stündlich schweben die Arbeiter in Lebensgefahr, die nicht etwa durch die Natur des Betriebes verursacht, sondern einzig und allein durch schändliche Nachlässigkeit der Schutzvorschriften verschuldet wird. Zahlreich sind die Fälle, wo im Interesse des Profits Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährdet, ja oft vernichtet wird. Wenn unter solchen Verhältnissen ein Unglück geschieht, dann findet wohl auch der Unternehmer Worte der Teilnahme für den verunglückten Arbeiter. Er folgt dem Sarge des Verunglückten, zerdrückt wohl gar eine Thräne der Rührung im Auge, ohne daran zu denken, daß er im Grunde genommen der Schuldige ist, durch dessen Leichtfertigkeit der Vater den Kindern, der Mann dem Weibe geraubt wurde.

An die Stelle, von der fielen der Arbeiter mit zerschmetterten Gliedern hinweggetragen wurde, tritt ein anderer. Wenn ihm keine Existenz lieb ist, darf er ja nicht fragen nach der Gefahr, die ihn umdroht, obgleich dieselbe durch eine entsprechende Schutzvorrichtung abgewendet werden könnte. Aber die Schutzvorrichtung bleibt aus, sie kostet immerhin etwas mehr wie ein Kranz, den man dem treuen fleißigen Gesellen, wenn er im Dienste des Arbeitgebers sein Leben gelassen hat, auf den Sarg legt.

Ein Krankenhaus!

Die moderne Krankenpflege verlangt für die Mehrzahl der Krankheiten Behandlung im Krankenhaus, weil hier noch am ehesten die Bedingungen für einen Erfolg der Tätigkeit des Arztes gegeben seien. Dabei wird allerdings an große, gut eingerichtete Anstalten gedacht, die von leistungsfähigen Kommunalen oder Kommunalverbänden geschaffen sind und unterhalten werden. Man weiß, wie gering die Zahl solcher Anstalten leider noch ist, wie sehr die Gemeinden noch angewiesen sind auf die Mitwirkung gewisser anderer Krankenhäuser, die von religiösen Körperschaften ins Leben gerufen sind und mit unzulänglichen Mitteln arbeiten. Auch Berlin hat solche Anstalten und weiß sie noch immer zur Ergänzung der kommunalen Krankenfürsorge als Notbehelf zu benutzen.

Wie es darin zugeht, das hat der „Vorwärts“ wiederholt an Einzelbeispielen gezeigt. Die böseste Sache, die wir dabei aufgedeckt haben, die im Elisabeth-Kinderhospital vorgekommenen Uebertragungen einer Geschlechtskrankheit auf etwa 40 Kinder, wird unsern Lesern noch in Erinnerung sein. Heute möchten wir die Aufmerksamkeit einmal auf eine andre, in einem vorort belegene Anstalt dieser Art lenken, auf das Krankenhaus in K u m m e l s b u r g. Krankenhaus kann man es eigentlich kaum nennen, es ist nicht mehr als eine bloße Krankenstation, die in zwei kleinen Sälen und einer Baracke Raum für ein paar Duzend Kranke bietet. Die bescheidenen Baulichkeiten liegen auf dem Terrain, dessen Mittelpunkt die Nummelsburger Erlöserkirche bildet, jenes Gotteshaus, dessen Errichtung vor 15 Jahren den Anfang des gottgefälligen Wirkens des Herrn v. Wichard bildete. Aus diesem unter kirchlichem Schutz stehenden Krankenhaus sind uns B e s c h w e r e n zugegangen, und bei einem Besuch, den wir zu unsrer Information dort machten, war unter den von uns befragten Personen keine, die nicht geklagt hätte. Mißsprüche hängen ja an den Wänden und auch das Gebet wird von den pflegenden Schwestern nicht vergessen, aber die Kranken verlangen andres als das.

Sie klagen besonders über die B a r t u n g. Eine der Schwestern soll den Kranken gegenüber, wenn sie etwas bemängeln, sich einer sehr energiegelassen Ausdrucksweise bedienen. „Wenn es Ihnen nicht paßt, dann usw.“ Die beiden Wärter, die jetzt da sind, sollen beide noch nicht 20 Jahre alt sein; ihr jugendliches Aussehen läßt das glaubhaft erscheinen. Der Lohn soll bei dem einen 25 M., bei dem andern 18 M. pro Monat betragen. Von ihren Leistungen wird versichert, daß sie kamentprechend seien. Einer von ihnen hat kürzlich einem Kranken, dem beide Füße abgenommen sind, den in der Heilung begriffenen Beinwund so gründlich gesalbt, daß der Arzt über die Wirkung den Kopf schüttelte. Der Kranke wird nun um so viel länger im Krankenhaus zubringen müssen. Die Wäglosigkeit, Schwestern oder Wärter herbeizurufen, ist in einem Saal dadurch erschwert, daß die Mängel streift. Da muß denn ein Kranker den andern bedienen, ihm das Strohbeden reichen und dergleichen mehr. Einer der jetzigen Wärter lag vorher selber als Patient in der Anstalt. Er war damals Aufseher und soll an einer nicht appetitlichen Krankheit gelitten haben. Auch er half schon als Patient flott mit, und nach seiner Genesung avancierte er dann zum Wärter.

G e s c h l e c h t s k r a n k e hier unterzubringen, ist sonst oft vergeblich versucht worden, z. B. von der Lichtenberger Ordenskrankenkasse, die leider ebenfalls auf diese Anstalt angewiesen ist. Man antwortete, solche Kranke nehme man nicht auf. Und doch liegt seit langem ein Geschlechtskranker in dem gemeinsamen Saal, ein Mann, der wegen eines Vubo operiert wurde. Das Durcheinander, das hier herrscht, erstreckt sich auch auf das E s s e n und T r i n k e s c h i c k. Da hat nicht etwa jeder sein reserviertes Geschirr, sondern jeder nimmt, was er kriegt, auch der Geschlechtskranker. Dabei sind Tische und Becher aus emailliertem Eisenblech und sind so stark beschädigt, daß vielfach selbst an den Händen die Emaille abgesprungen ist.

Wer in dieser allzu primitiven Anstalt das Kommando führt, das entzieht sich unsrer Kenntnis. Die Oberin ist eine Adlige, anders geht's ja nicht. Angestellt sind ein paar Ärzte, von denen einer den Geheimratstitel hat.

Der Prozeßbericht über die Privatklage G. Suhr im lokalen Teil der Nr. 179 des „Vorwärts“ enthält insofern einen Irrtum, als er es so darstellt, als ob der Rechtsanwalt Suhr erklärt hätte, er sei mangels entsprechender Vollmacht des Mörgers nicht in der Lage, das Vergleichsangebot des Angeklagten definitiv zu akzeptieren; richtig ist vielmehr, daß der Rechtsanwalt sowohl bei Beginn als auch im weiteren Verlauf der Verhandlung der ihm erteilten Instruktion gemäß wiederholt und ausdrücklich erklärt hat, er sei strikt angewiesen, jeden Vergleich abzulehnen.

Wer der städtischen Armenverwaltung in die Hände fällt, der bildet sich nur nicht ein, daß er dort auf eine individuelle Behandlung zu rechnen hat, die irgendwelche besonderen Verhältnisse eines Einzelfalles berücksichtigt. Wo Allen geschrieben werden, da ist der Mensch nicht mehr als eine unpersönliche Nummer, die von fühllosen Federn nach starren Paragraphen erledigt wird.

Von den Bedauernswerten, die die Organe der Armenverwaltung um bare Unterstützung bitten müssen, soll hier noch gar nicht gesprochen werden. Solche Leute haben ja überhaupt nichts zu verlangen; sie müssen froh sein, wenn man ihnen nicht kurzerhand zeigt, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Aber es giebt noch andre Leute, die zwar nie daran denken würden, sich direkt an die Armenpflege zu wenden, die aber trotzdem eines schönen Tages sich der Fürsorge der Armenverwaltung überweisen sehen. Das sind diejenigen, die für sich oder ihre Angehörigen Verpflegung in einem Krankenhaus in Anspruch nehmen, ohne daß eine Krankenkasse oder sie selber irgend für die Kosten aufkommen. Wer in diese Lage gerät, der verwandelt sich ohne weiteres in eine aus öffentlichen Mitteln unterstützte Person, auch wenn er raschzeitig mit der Abzahlung der entstandenen Unkosten beginnt. Wenn einem Vater ein Kind überfahren und ohne sein Wissen in ein Krankenhaus gebracht wird, so muß besagter Vater baldigst in die Tasche greifen — andernfalls darf er sich als öffentlichen Armen betrachten.

Das alles entspricht den Bestimmungen, und kein allenscheidender Beamter der Armenverwaltung könnte es ändern, auch wenn er Lust dazu hätte. Durchaus unnötig ist aber die Härte, mit der die Armenverwaltung sich zum Zweck der Kostendeckung an den Vermittlern oder Vertretungen eingelieferter Patienten schädlos zu halten sucht. Wenn z. B. jemand von der Polizei festgehalten und als geisteskrank in eine Irrenanstalt gesteckt wird (wozu man, nebenbei bemerkt, bei dem von der Polizei befolgten raschen Verfahren sehr leicht kommen kann), so nimmt man ihm in der Anstalt sein Geld usw. ab und überweist es dem Kosteneinzugs-Bureau zur Anrechnung auf die Unkosten. Wird dann der Kranke nach einiger Zeit als geheilt oder geheilt freigegeben und verlangt das Seine zurück, so bekommt er die Antwort: Dein Geld usw. liegt bei der Armenverwaltung; sieh zu, daß Du's wiederkriegst. Das Wiederkriegens ist aber nicht immer so leicht, wie es sich anhört — selbst dann nicht, wenn sich inzwischen herausgestellt hat, daß eine Krankenkasse erspählich und mithin die Kostendeckung gesichert ist.

Einen Fall, der hierher gehört, teilt uns jetzt wieder ein Arbeiter mit, der wegen angeblicher Verletzung von der Polizei festgehalten, dem Polizei-Arzt vorgeführt und von diesem als Trinker nach Herzberge überwiesen worden war. Schon auf der Polizei nahm man ihm Geld und Uhr ab. Beides wurde vermulich mit nach Herzberge gegeben und von dort an die Armenverwaltung geschickt. Als nach sechs Wochen der Patient aus Herzberge entlassen wurde und nach seinem Eigentum fragte, erwiderte man ihm, es sei an die Armenverwaltung abgeliefert. Da man aber den von allen Mitteln entblöhten Patienten nicht so auf die Straße setzen und seinem Schicksal überlassen konnte, so bewilligte man ihm eine kleine Unterstützung. Am zweiten Tage nach der Entlassung wandte sich der Mann an seine Krankenkasse, und er setzte dann die Armenverwaltung davon in Kenntnis, daß die Kasse zahle. Zwei Wochen nach der Entlassung fragte er bei der Armenverwaltung an, ob man nun nicht sein Eigentum zurückgeben wolle. Einstweilen hat er weitere drei Wochen warten müssen, ohne auch nur eine Antwort zu erhalten.

Der Mann wartet noch heute. Wer weiß, welcher Paragraph hier die Aktenscheiber der Armenverwaltung bisher gehindert hat, diese Nummer zu erledigen.

Berliner Kislverein für Obdachlose. Im Monat Juli nächstigen im Männer-Abt 21 377 Personen, wovon 10 831 badeten, im Frauen-Abt 4083 Personen, wovon 1282 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Wiesenstraße 55/59, für Frauen: Füllstraße 5.

Die natürliche Vermehrung der Berliner Bevölkerung ist in 1904 im ersten Halbjahre vorläufig geringer gewesen als in demselben Zeitraum des Jahres 1903. Im vorigen Jahr waren in den Monaten Januar bis Juni 24 388 Kinder lebend geboren worden und es waren 15 851 Personen gestorben (ungerechnet 879 tot geborene Kinder). In diesem Jahr dagegen brachten die ersten sechs Monate 24 126 Lebendgeburt und 16 184 Sterbefälle (ungerechnet 901 Totgeburt). Hiernach stellt sich der Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen im ersten Halbjahr von 1903 auf 8503, im ersten Halbjahre von 1904 dagegen auf nur 7942. Der Rückgang des Geburtenüberschusses, der in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, erklärt sich daraus, daß in den ersten sechs Monaten von 1904 die Zahl der Lebendgeburt wieder noch geringer gewesen ist als in demselben Zeitraum des vorigen Jahres, während zugleich die Zahl der Sterbefälle gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme aufweist. Es muß abgewartet werden, ob das zweite Halbjahr den Verlust wieder einbringen wird. An dem gesamten Bevölkerungszuwachs des ersten Halbjahres von 1904, rund 12 000 Personen, ist die natürliche Vermehrung mit etwa zwei Dritteln beteiligt. Das dritte Drittel kommt auf den Ueberschuß der Zugzüge über die Wegzüge.

Der Wasserstand der Spree ist nach kurzem Steigen nicht nur wieder auf den bisherigen niedrigsten Stand zurückgegangen, sondern in der letzten 24 Stunden noch um weitere 35 Millimeter gefallen, so daß nunmehr auch eine Gefährdung des bisher noch in vollem Umlaufe aufrecht erhaltenen Schiffahrtsverkehrs auf der mittleren Spree zu befürchten ist. Die Gefahr ist um so größer, als der niedrige Wasserstand und die damit verbundene schwache Strömung leider eine Verschlämmung auch der Fahrtrinne herbeiführen. Dazu kommt, daß gegenwärtig Schlinggewässer und Wasserperle sich entwickeln und ebenfalls zur Erschwerung der Schiffahrt beitragen. Der Wasserspiegel der Spree ist innerhalb des Reichbildes Berlins jetzt schon so weit gefallen, daß selbst die Uferbefestigungen stellenweise freiliegen und das Flußbett bis zu drei Meter weit vom Ufer aus wasserlos ist. Im Spandauer Schiffahrtskanal können teilweise die Willen nicht mehr unmittelbar an der Duaimauer anlegen, sondern es müssen Verbindungen zwischen Fahrzeug und Ufer durch Wohlengänge hergestellt werden.

Auch der Tegeler See ist um etwa 50 Centimeter gefallen und infolgedessen das Wasser weit von den Ufern zurückgetreten. In den Badeanstalten ist das Wasser so niedrig, daß es den Besuchern an den tiefsten Stellen nicht weit über die Brust geht. Die Baderden, die täglich zu Hunderten selbst aus Berlin kommen, sehen sich infolgedessen vielfach veranlaßt, den abgeschlossenen Teil zu verlassen und das hinter den Anstalten befindliche tiefere Wasser aufzusuchen. — Ferner wird uns mitgeteilt, daß der Mörgers ebenfalls ganz bedeutend gefallen ist und die Uferflächen beträchtlich verbreitert sind. Auf die Militär-Schwimmanstalt hat der Niedergang des Wasserspiegels jedoch keine Einwirkung, da an allen Sprungstellen eine ausreichende Tiefe vorhanden ist. — Ueber eine merkwürdige Entdeckung wird der „Friedenwälder Zeitung“ aus dem Spreevald gemeldet: Infolge der anhaltenden Dürre sind die Spreevald-Auflände vollständig ausgetrocknet. In der Nähe des Dorfes Trebatsch ist in einem der Wasserläufe ein umfangreicher Stein, der halb verlandet war, zu Tage getreten. Kinder, die an dem Steine umherpielten, trugten den Schlamm von demselben ab, wobei eine in das Fundobjekt eingemischte Inschrift sichtbar wurde. Dieselbe lautet: „Wenn Ihr diesen Stein wiedersehen werdet, werdet Ihr weinen; so flach war das Wasser im Jahre 1487.“ — Die bereits gemeldete Sperrung des Fehrbelliner Kanal bei Kilometer 14,0 ist nicht durch den niedrigen Wasserstand veranlaßt, sondern durch eine plötzlich erforderliche Reparaturarbeit notwendig geworden.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Dienstagmorgen 5 Uhr auf dem Neubau des Unternehmers Ruffin in Wilmersdorf, Postleitzahl 16/17. Als zu besagter Zeit der Steinträger G. Krich in Begriff war, eine halbe Tonne auf einer belasteten Kiste auszuwerfen, brach die Kiste unter ihm zusammen und

begrub ihn unter den Trümmern. Der so Verunglückte, welcher schwere innere Verletzungen davontrug, mußte mittels Krankenwagen dem städtischen Krankenhaus in Moabit zugeführt werden. Auch dieser Unglücksfall ist lediglich auf die Fahrlässigkeit der leitenden Personen des Baues zurückzuführen. Der Mann, welcher erst im Kellergerüst fertig gestellt ist, erweckt unter den dort waltenden Umständen für die Zukunft keine guten Hoffnungen. Die Unfallberichtsprotokolle belegen wohl, daß die Kisten aus nur gutem und gesundem Material hergerichtet werden sollen, welche letzteres noch vor der Verwendung auf seine Festigkeit geprüft werden soll. Das ist jedoch beides nicht geschehen. Die Gerüststange, welche bei der eingestürzten Kiste als Unterlage benutzt wurde, war veraltet und sehr morsch, daß sie sofort nach dem Unfall von der Polizei beschlagnahmt wurde. Ebenso verhält es sich mit den Abdeckungen. Zwar sollen auch diese eine der Belastung entsprechende Stärke besitzen, doch war dies hier nicht der Fall. Die ganze Abdeckung bestand aus einfachen drei Meter langen Schalbreitern. Es ist vorgekommen, daß ein Steinträger leergehend mit einem derartig dünnen Brett durchgebrochen ist. Eins fällt uns aber angeht dieses Unfalles auf: daß jetzt die Polizei diesem Bau ihre Aufmerksamkeit in sehr weitgehendem Maße widmet. Wäre dies auch früher der Fall gewesen, so wäre unserm Erachtens dieser Unfall vermieden worden. Doch, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man den Brunnen zu. Wann endlich wird man angehts dergleichen Fahrlässigkeit daran gehen und den Wünschen der Arbeiterschaft entsprechend für die Durchführung des Bauarbeiter-schutzes Sorge tragen?

Schwer verbrannt. Die Laubenkolonie „Japan“, Nizdorfs Wiesen, veranstaltete in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ein Erntefest, wozu der Musikverein „Pauenschwengel“ die Musik lieferte. Die Beleuchtung sollte durch Gasbatterien erfolgen. Die Lampen waren jedoch mit Benzin gefüllt worden, sodaß eine der Lampen explodierte und ihr Inhalt sich über den Musiker A l b r e c h t, Friedrichselderstraße, ergoß. Der vom brennenden Benzin Ueber-gossene rannte in seinem Schmerz verzweifelt umher, sodaß ihm keine Hilfe geleistet werden konnte. Erst als er schwer verletzt zusammenbrach, gelang es durch übergenossene Kleidungsstücke, die Flammen zu erlösen. Der Verunglückte, dem das Fleisch zum Teil vom Leibe fiel, wurde zunächst nach der Unfallstation in der Steinmetzstraße und von da nach dem Krankenhaus in der Cannerstraße gebracht, wo er schwer krank darniederliegt.

Seinen eignen Sohn totgefahren hat der Arbeiter Mehlig aus Weihensee, Lehderstraße 96. M., der mit Erdfahren beschäftigt war, bemerkte, als er mit seinem Fuhrwerk die Wilhelmstraße in Weihensee passierte, seinem auf dem Bürgersteig spielenden dreijährigen Sohn Willy, rief den Knaben an und nahm ihn mit auf den Wagen. Als die Pferde anrückten, verlor der Kleine plötzlich das Gleichgewicht, fiel von dem Fuhrwerk hinab und, obwohl M. die Pferde mit aller Gewalt zurücktrieb, konnte er doch nicht verhindern, daß das linke Vorderrad des schweren Gefährts über den Unterleib seines Sohnes hinwegging. Der unglückliche Vater brachte das Kind sofort zum nächsten Arzt, doch erwiesen sich alle Bemühungen, den Kleinen am Leben zu erhalten, als vergeblich. Wenige Stunden nach dem erlittenen Unfall starb der Knabe in der elterlichen Wohnung.

Das Gericht von einem Nord entstand heute vormittag aus Anlaß eines Leichenfindes, der vor dem Hause Burgstr. 9 gemacht wurde. Dort wurde ein Mann im Alter von etwa 25 Jahren aus dem Wasser gefischt, der eine spannvichte Verletzung im Nacken, eine andre am rechten Bein und verschiedene geringe Abschürfungen an der Brust aufwies und nur mit einer dunklen Hose, mit blauen Strümpfen und schwarzen Schnürstiefeln bekleidet war. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht und die Kriminalpolizei sofort benachrichtigt. Die nächsten Maßnahmen, die zu einem bestimmten Urteil führen mußten, erstreckten sich auf eine ärztliche Untersuchung der allerdings bedenklich genug aussehenden Wunden. Ein Gerichtsarzt konnte aber das beruhigende Ergebnis mitteilen, daß die Verletzungen an dem Toten erst nach dem Ableben entstanden sind, und daß die blutleeren, weichen Ränder der nicht tödlichen Fleischwunden von einer Dampfer-Schraube herrühren. Die Persönlichkeit des Mannes, der einen kleinen, blonden Schnurrbart hat, 1,70 Meter groß ist, starkes, nach oben gekämmtes blondes Haar und gut gepflegte Hände zeigt, konnte bisher mangels jeglichen Ausweises nicht festgestellt werden.

Konsumvereins-Zerfall. Der älteste Berliner Konsumverein, die „V i e n e“, gegründet im Jahre 1863, soll nach dem Willen der Verwaltung dem Untergang geweiht sein. Obwohl die Mitgliederzahl noch vor kurzem mehr als 4000 betrug und ein Vereinsvermögen vorhanden ist, das alle Schulden (einschließlich 28 000 M. Mitglieder-Guthaben) um mehr als 27 000 M. übersteigt, wollen die maßgebenden Personen die Auflösung des Vereins herbeiführen. Das ist die Konsequenz aus der ungenossenschaftlichen und konsumvereinsfeindlichen Haltung, deren der Geschäftsführer Krüger, einer der Getreuen Dr. Krüger und Direktor des Krügerischen Unter-verbands, seit geraumer Zeit, insbesondere bei dem Kreuznacher Gewaltstreik gegen 98 Konsumvereine „moderner“ Richtung sich schuldig gemacht hat. Die wirklichen Genossenschaftler unter den Mitgliedern aber, insbesondere die zahlreichen Arbeiter, die dem Verein angehören, sollten nicht dulden, daß in dieser Weise jahrzehntelange Arbeit zu nichts gemacht, genossenschaftliches Kapital unnütz verzettelt und die genossenschaftliche Warenversorgung den Sonderinteressen einzelner geopfert werde. Möge daher niemand in der heutigen Versammlung im Weddingpark fehlen, in der der Redakteur des „Genossenschafts-Pioniers“ Genosse K a y e n s t e i n zu der Frage: Wie stellen sich die Mitglieder zu der Auflösung des Vereins? sprechen wird.

Da die entscheidende Generalversammlung bereits am Sonntag, 7. August, stattfindet, so ist für die Segenaktion der mit der Auflösung nicht einverstandenem Mitglieder keine Zeit mehr zu verlieren.

Die Willkür eines Vorgesetzten. Aus den Reihen der Gasarbeiter der Kontinental-Gas-Association wird uns geschrieben: Es erscheint kaum glaublich, welche Mittel und Wege einige untern Vorgesetzte hervorgebracht haben, um die organisierten Arbeiter zu drangalieren. Mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, hat man in den Betrieben dieser englischen Gesellschaft einen Spionier- und Nachrichtendienst etabliert, der nicht nur Woche für Woche schwere Opfer in den Kreisen der Arbeiter erfordert, sondern der seine häßlichste Erscheinung dadurch bekundet, daß er das Denunziantenwesen zu einer immer größeren Vollkommenheit entwickelt. Und das alles nur, weil die Arbeiter das gesetzlich gewährleistete Kollektivrecht für sich in Anspruch nehmen. Bedauerlich ist nur, daß die Direktion diesem Gebahren nach wie vor den freiesten Spielraum gewährt, trotzdem der Generaldirektor D r o r y wiederholt sowohl mündlich wie schriftlich den Arbeitern, der Organisation und andern im öffentlichen Leben stehenden Personen erklärt hat, daß niemand wegen seiner Verbandszugehörigkeit entlassen werden soll. Es ist kaum anzunehmen, daß die Direktion in einer solchen zweifelhaften Weise mit ihren ehrenwörtlichen Versicherungen umzugehen beliebt und neigen die Arbeiter daher zu der Anschauung, daß diese unliebsamen Vorcommissen in erster Linie auf das Conto des Herrn Gas-Inspectors Rehopf, eines sehr „treuhafte“ Beamten, zu setzen sind. Bei diesem Herrn wirkt die Mitgliedschaft eines seiner „Leibeigenen“ zu einer wirtschaftlichen Organisation wie bei manchen Tieren das rote Tuch, und wie bei diesen ist auch hier das Bestreben vorhanden, das bestreiffende Opfer zu vernichten. Dafür zeugt der charakteristische Ausruf: „... Früher habt Ihr in Euren Versammlungen geschimpft und gehetzt, jetzt habe ich das Gese in Händen und nicht der Verband.“ Nachdem also der Herr Inspector gemerkt hat, daß es mit seiner früheren Nachvollkommenheit nicht mehr so weiter geht, daß die Arbeiter erwacht sind und sich nicht mehr in dem patriarchalischen Wirkungskreis auf Gnade und Ungnade den Raunen des Allmächtigen fügen, sondern eine anständige und vor allen Dingen gerechte Behandlung verlangen, da ist ihm jedes Mittel recht, um die gegen den Sackel ledenden Elemente mit dem Hunger zu strafen.

Bergehen, die kaum der Rede wert sind und über denen bei „Graben“ Arbeitern der Schleier der Begeisterung gezogen wird, müssen erhalten, um die Entlastung der Bergarbeiter, um so den Arbeitern fühlbar zu machen, daß der „Herr“ seine Position noch zu behaupten sucht. Das Urteil über ein solches Gebahren wollen wir der Öffentlichkeit überlassen, und wie wir sind überzeugt, jeden anständig denkenden Bürger auf unserer Seite zu finden. Ob es aber den Interessen der Gesellschaft frommt, wenn ein einzelner, sehr „gewissenhafter“ unterer Beamter systematisch die Unzufriedenheit der Arbeiter schürt, das sieht auf einem andern Blatt. Wir werden bestrebt sein, die „Opfer“ des Herrn Rehfuss über Wasser zu halten, und die werden es dann sein, die das Gebahren des Herrn nach Gebühr würdigen und verbreiten werden. Das Solidaritätsgefühl zu vernichten, soll ihm nicht gelingen, und es dürfte auch einmal die Zeit kommen, wo die Arbeiter triumphieren.

Der Vater der ermordeten Lucie Berlin schreibt uns: Allen denjenigen, die durch Teilnahme an der Beerdigung meines unglücklichen Töchterchens ihr Mitgefühl kundgegeben haben, sowie dem Sargfabrikanten und Fuhrwerksbesitzer spreche ich hiermit meinen herzlichsten Dank aus.

Genosse Paul Hellmann wurde gestern nachmittag auf dem neuen Sophien-Kirchhof zur letzten Ruhe gebettet. Der Verstorbene war seit dem Jahre 1885 als Maschinenmeister bei M. Bading tätig und siedelte im Jahre 1902 mit in den neuen Betrieb über. Neunzehn Jahre lang hat er in gewissenhafter Pflichterfüllung Nacht für Nacht seinen aufreibenden Beruf ausgeübt. Alle Fortschritte in der Herstellung unseres Mattes — von dem Druck der wenigen Tausend Exemplare auf der alten Schnellpresse, mit der in den sechziger Jahren die „Berliner Freie Presse“ hergestellt wurde, bis zur Einführung der Tiefen-Notationskolosse — sind unter Mitwirkung des nun Verstorbenen vor sich gegangen. Nach langem Krankenlager wurde der 51jährige am Sonnabend durch den Tod erlöst. Viele Freunde und Berufskollegen sowie ein großer Teil seiner früheren Mitarbeiter, Vertreter der Geschäftsleitung und Redaktion gaben ihm das letzte Geleit. Alle, die ihm nahe standen, betrauern in ihm einen guten Kameraden und treuen Anhänger unserer Sache.

Andenken an Kesslers Beerdigung. Den Gewerkschaften, welche dem Kessler angehörten, sowie allen interessierten Personen zur Kenntnis, daß die Kranzschleifen, welche dem verstorbenen Genossen Gustav Kessler an seinem Begräbnistage gewidmet worden sind, bis auf weiteres im Kartell-Bureau, Dragonerstraße 15; zur Ansicht ausgelegt sind.

Von einem Müllwagen überfahren wurde am Mittwochabend 8 1/2 Uhr in der Kleinen Auguststraße ein vier- bis fünfjähriger Knabe. Im katholischen Krankenhaus, wohin man das Kind gebracht, konnte nur der Tod festgestellt werden. Der Aufsicht des Müllwagens, der trotz der Warnungstafel „Schritt fahren“ in scharfem Tempo in die Straße eingebogen war, und so den Tod des Knaben verschuldet, wurde auf dem 22. Polizeirevierbureau in Haft genommen.

Bermittelt wird seit dem 13. Juni d. J. der 17jährige Gärtnerlehrling Leo Lippmann. Lippmann ist am genannten Tage von Hannover nach Berlin abgereist, hier aber nicht eingetroffen. Der Vermittler ist 1,70 Meter groß, hat blonde Haare und Anflug von Schnurrbart. Er schielt auf einem Auge und hat plombierte Zähne. Mitteilungen über den Vermittler nimmt jedes Polizeirevier und das Polizeipräsidium zu Nr. 5563 IV 18 04 entgegen.

Ein Feuerwehmann bei einem Brande schwer verunglückt. In der Ribbenstraße 5 kam gestern abend 8 Uhr aus noch nicht ermittelter Ursache ein Dachstuhlbrand aus, der zwar bald bemerkt wurde, aber mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Als die Feuerwehr in Stärke von sechs Jähren anrückte, schlugen bereits helle Flammen durch das Dach, die durch den Luftzug auch nach dem Hause Nr. 4 getrieben wurden und dort zündeten. Brandinspektor Rohlfeld ließ mit mehreren von Dampfstrahlen gespeisten Rohren über Treppen und zwei mechanische Leitern hinweg vorgehen und brachte das Feuer alsbald zum Stehen. Leider wurde bei den Löscharbeiten der Feuerwart Rudolf Schulze von der fünften Compagnie durch Stachlflammen und Rauch so schwer getroffen, daß er betäubt vom Dachboden herabgetragen werden mußte. Er wurde schleunigst nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht, wo eine schwere Rauchvergiftung konstatiert wurde. Durch das Feuer wurden die Dachstühle der beiden Häuser zerstört, so daß der entstandene Schaden erheblich ist.

Mit 2000 Mark flüchtig. Seit dem 1. d. Mts. nach Unterschlagung von 2000 Mark zum Nachteil des Kaufmanns L. Hoest, Schloßplatz 8, flüchtig ist der Vete Erwin Wachholz, am 9. Sep-

tember 1884 in Berlin geboren. Er sollte das Geld auf der Deutschen Bank einzahlen. Er ist 1,75 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, Augen blau, über dem linken Auge narbig, auffallend schmales Gesicht und dito Gestalt. Wangen an beiden Händen. In seiner Begleitung befindet sich die unverheiratete Elisabeth Franke, 23. Febr. 1884 hier geboren, ca. 1,60 Meter groß, dunkelblondes Haar, Augen schwarz, Gesicht rund, schlanke Gestalt. Nachricht über den Aufenthalt nehmen die Polizeireviere und die Kriminalpolizei zur J. Nr. 6865 IV/25. 04 entgegen.

Feuerbericht. In der letzten Nacht um 2 Uhr stand in der Seebrücke auf freiem Felde eine Laube in Flammen. Zur Löschung des Brandes mußte die Wehr eine lange Schlauchleitung vom Hydranten benutzen. Die Entsehung des Feuers konnte nicht ermittelt werden. Auf vorläufige Brandursprung wird ein Feuer zurückgeführt, das nachts in der Köthenerstraße 15 ausbrach. Bei Anbruch der Feuerwehr brannten dort mit Petroleum getränkte Lappen, eine Bretterwand am Mofett u. a. Der Täter ist noch nicht ermittelt. In der Schönebergerstraße 4 brannten Körbe von Glasballons u. a. und Steinwegstraße 27 ein Schornstein. Ferner wurde die Feuerwehr nach der Oranienstraße 73 gerufen, wo Schwefel brannte und der Dampf sich unangenehm bemerkbar machte. Die Feuerwehr entfernte die Schwefelkörbe aus der Wohnung und beseitigte jede Gefahr. In der Landsbergerstraße 39 war ein Hauptbahn der Gasleitung nicht geschlossen worden und Gas ausgeströmt. Die Gefahr einer Gasexplosion wurde zum Glück schnell von der Wehr beseitigt. Ferner hatte die Feuerwehr noch in der Salzweberstraße 2, Gütchinerstraße 82, an der Michaelstraße, in der Alten Jakobstraße 66 und andern Stellen zu tun.

Apollo-Theater. Das neue Programm weist verschiedene hübsche Piesen im Spezialitätenteil auf. Robert Steidl singt aktuelle Couplets von der Hise, vom Familienbad und von August Scherl. Die Hand-Vollgeure Gebrüder Darras leisten geradezu Wunderdinge an Kraft und Geschicklichkeit. Dressierte Kalabrus fahren auf einem quer über den Zuschauerraum gespannten Drahtseil Zweirad und Tandem. Die Stelling-Truppe, drei maskierte Herren und eine Dame, zeigen ihre gymnastischen Kunststücke auf dreifachen Red. Ein wenig groteske Würze erhöht das Reiz des Ganzen. Sogar Miss Duncan hat Schule gemacht. Eine flüssige Bildtänzerin, Miss Foy, produziert sich in farbig beleuchteten Schleiertänzen. Früher wurde das Serpentinanz genannt. Jetzt tanzt man in fünf Bildern. Die Pas und die Körperbewegungen heißen seit Miss Duncans Auftreten „Kassisch“. Man muß dem Kind einen Namen geben.

Paul Lindes nun halb dreihundertmal gegebene Operette „Venus auf Erden“, in teilweise neuer Fassung, machte den Schluß. Die neue Vertreterin der Titelrolle, Lucie Medlon, war sehr gut. Die phantastische, mit neuen, aktuellen Witz gezeichnete Vorlesung gefiel auch diesmal. Es wurde viel gelacht und applaudiert. — Kosmographische Bilder von der Weltausstellung in St. Louis und vom russisch-japanischen Kriegsschauplatz erweckten allgemein lebhaftes Interesse.

Cirrus Carrasani. Es ist wirklich nötig, daß ab und zu einmal ein reisender Zirkus nach der Reichshauptstadt kommt, um dem blasierten Berliner Publikum eindrucklich zu beweisen, daß auch in der Provinz auf dem Gebiete zirkusartiger Künste etwas geleistet wird, ja daß so ein Zirkus sogar reichhaltiger zu bieten vermag als die berühmten Institute der Herren Schumann und Busch. Wer objektiv die Vorstellungen miteinander vergleicht, die im Cirrus Carrasani einerseits und in den Riesenräumen in der Stadtstraße und am Spreerfer geboten werden, der wird zugestehen müssen, daß die Produktionen des bescheidenen Zirkus sich nicht nur qualitativ durchaus neben denen der pompösen reichshauptstädtischen Unternehmungen halten lassen können, sondern daß sie sogar quantitativ an bunter Mannigfaltigkeit den letzteren überlegen sind. Die manchmal wirklich etwas breit angelegten und kindlichen Pantomimen mit ihrem monotonen Gepränge geben doch schließlich nicht den Ausschlag. Etwas weniger Balletzauber und Wasserwerk könnte dem Programm der Herren Busch und Schumann nach unserem Dafürhalten gar nicht schaden!

Der Cirrus Carrasani weist in seinem großen Programm wirklich manche Prachtstücke auf, so die Matrosenspiele des Herrn Rezzon, die Hundedressuren der Frau Direktor Carrasani, die staunenswerten Jahn-Strafleistungen des Herrn Hoffland, die ungemein schwierigen und sicheren Produktionen der Drahtseilkünstlerin Gontard, die grotesk-verwegenen Künste der Radfahrer-Akrobaten Vogarh und Cartho, die phänomenalen Schießleistungen der Boerenschützen Riederl und du Plessis und die großartigen gymnastischen Akte der Gebrüder Vojon. Bei all diesen trefflichen Leistungen könnte gut und gern der Vorgesang der zwei Hengste, der einen Teil der brillanten

Dressuren des Direktors Carrasani darstellt, entbehrt werden. Diese Dressur-Knummer grenzt wirklich sehr bedenklich an Tierquälerei und sollte von dem Publikum abgelehnt werden. Die Bonny-Hengste heißen und schlugen sich denn doch betarrt realistisch, daß das Schauspiel alles eher als ästhetisch wirkt. Bisher überließ man Tierkämpfe dem robusten Geschmack der Erdmannen, so sollte es auch bleiben! Cirrus Carrasani bietet, um es nochmals zu betonen, so viel des Selbst für Berlin Sehenswerten, daß er auf diesen „Schlager“ wirklich verzichten kann!

Aus den Nachbarorten.

Pankow baut ein eigenes Krankenhaus. In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung der Gemeindevertretung referierte Professor Dr. Mendel. Derselbe führte unter anderem aus, daß die Berliner Krankenhäuser vom 1. April 1905 keine auswärtigen Kranken mehr aufnehmen und im Nieder-Barnimer Kreise nur wenige Gemeinden ein Krankenhaus hätten, welche, da sie vom Kreis subventioniert werden, von diesem abhängig sind. Die Gemeinde Pankow hätte ein eigenes Krankenhaus bauen und zwar mit einem sogenannten Korridor-Krankenhaus für 60 Betten anfangen, man könne später immer noch Pavillons anbauen. Unser Krankenhaus-Terrain, das wir bereits besitzen, ist 12 Morgen groß und sehr schön am königlichen Schloßpark gelegen. Redner behandelte ausführlich noch die finanzielle Seite dieser Frage und kommt zu dem Schluß, daß die Gemeinde einen Zuschuß von 12—15 000 M. zu leisten hätte. Pankow hätte eine gelegliche Pflicht zu erfüllen und es könne durch einen solchen Zuschuß aus der Gemeindefasse nicht abgehalten werden, für die Kranken einzutreten. Von sozialdemokratischer Seite wurde ausgeführt, daß wir nicht eine gelegliche Pflicht, wohl aber eine ständige Pflicht hätten, dieses Projekt in die Wirklichkeit umzusetzen. Der Staat komme dieser Pflicht nicht nach, der Kreis nur in beschränktem Maße, also müsse die Gemeinde eintreten. Gemeindeverordneter Neigel beantragte, 80 Betten aufzustellen, welcher Antrag der zu wählenden Kommission überwiesen wurde. Es wird nunmehr einstimmig der Beschluß gefaßt, ein Krankenhaus zu errichten, zu diesem Zwecke wird eine siebenköpfige Kommission gewählt.

Rixdorf. Von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen wurde der Tischlermeister Joseph Werner aus Rixdorf, der seit etwa einem Jahre wegen Wechselfälschungen steckbrieflich verfolgt wird. Werner hatte sich hier unter dem Namen „Franz Weimer“ angemeldet. — Weil er in Berlin einen Raub begangen haben soll, wurde auf einem Neubau in der Bekerstraße der Maurer Wilhelm Hildebrandt verhaftet und der Berliner Polizei überwiesen. — Gestohlene Schuhwaren suchten drei junge Burden hier zu verkaufen, fielen dabei aber der Kriminalpolizei in die Hände. Der in Berlin Kuehplatzstraße 18 wohnhafte „Arbeiter“ Franz Nikolajewicz hatte nachts in dem Hause Pantstraße 2 in Berlin ein Schuhwarengeschäft erbrochen und stark geplündert. Die Beute sollte mit Hilfe zweier beschäftigungsloser Leute in Rixdorf verschickt werden. Als das Altschiff mit Paketen schwer beladen in Rixdorf ankam, fiel es einigen zum Dienst gehenden Kriminalbeamten auf, welche die drei Verdächtigen anhielten und festnahmen. Nikolajewicz gestand den Einbruch, worauf alle drei dem Gerichtsgewandnis überwiesen wurden.

Wasserstand am 2. August. Elbe bei Kuffig — 0,84 Meter, bei Dresden — 2,22 Meter, bei Magdeburg + 0,06 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,70 Meter. — Oder bei Rathor + 0,60 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 4,38 Meter, bei Breslau Unter-Regel — 1,70 Meter, bei Frankfurt + 0,12 Meter. — Weichsel bei Braßmünde + 1,73 Meter. — Warthe bei Posen — 0,18 Meter.

Witterungsübersicht vom 3. August 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur °C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur °C
Stolpen	760 R	S	3	19	Haparanda	765 RR	S	2	15
Damburg	771 SH	—	—	18	Petersburg	767 W	—	—	18
Berlin	769 RR	2	Wolkenl	21	Cort	—	—	—	—
Frankfurt	769 R	2	Wolkenl	20	Aberdeen	765 S	—	—	16
München	771 SO	2	Wolkenl	18	Paris	768 SO	—	—	20
Wien	767 S	4	bedekt	20					

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 4. August 1904.
Heiß und schwül, vorwiegend heiter und trocken bei schwachen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein im 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Den Genossen zur Nachricht, daß das Mitglied, der Schuhmacher August Luhm, 24/16, nach schwerem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Donnerstagmorgen 5 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes (Friedrichsfelde) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein Bruder, der Schuhmacher August Luhm, am 2. August verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Donnerstagmorgen 5 Uhr, an dem Central-Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Um silbes Beileid bitte
Herm. Luhm, Schankwitz, 1606
Kottbuserstr. 14.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau geb. Raddatz nach langem, schwerem Leiden am Dienstag, den 2. August, um 2 1/2 Uhr, im Alter von 63 Jahren sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet Freitag, den 5. d. M., nachmittags 5 Uhr, auf dem Reichhof der Luther-Gemeinde in Landberg statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Daniel Oerttel
nebst Kindern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher Emil Zech am 28. Juli er. gestorben ist.
Seine Hinterbliebenen!
Seine Hinterbliebenen!
118/19 Die Ortsverwaltung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Begräbnis meines lieben Mannes, unfers unvergesslichen Vaters sage ich hiermit allen Beteiligten herzlichsten Dank.
147b
Frau Zimmer und Kinder.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Mannes August Schade sage ich allen Teilnehmern, insbesondere seinem Keifer und seinen Kollegen sowie dem Hängerverein „Transbaal“ und dem Lokalverein der Maurer Berlins meinen herzlichsten Dank.
59222
Die trauernde Witwe Bertha Schade.

Prinzipal-Str. 41.
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.
Alle Wanzen
werden nicht nur durch mein Mittel vollständig vertilgt. — 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Mücken, Krattfüßer, Blattläuse etc. 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00.
Zahlreiche Anerkennungen.
1000 Mark Belohnung
zahlt demjenigen, der mir einen Klagerfolg nachweist. Nur allein echt bei Hugo Barth, Droguerie, Segel Brunnstraße 14, Tröher Nr. 18.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Achtung! Modellischer.
Donnerstag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Schmidt, Gartenstr. 6:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Die Kommission.
Marmor-Stukkateure.

Sonabend, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr, bei W. Ständer, Hohentempelstraße 79:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Endgültige Beschlussfassung über unsern Tarif. 2. Wie bringen wir unsern Tarif zur Geltung? 3. Verschiedenes.
Jedes Mitglied der Gruppe B. des Zentralverbandes der Stukkateure Deutschlands ist verpflichtet, an dieser Versammlung teilzunehmen. Der verbleibende gedruckte Tarifentwurf gelangt nochmals zur Verteilung, und erwartet zahlreichen Besuch, um wichtige Beschlüsse zu fassen.
173/18 Die Ortsverwaltung.

Rabatt-Spar-Verein „Süd-Ost“.
Montag, den 8. August 1904, abends 8 Uhr:
Delegierten-Versammlung
im Lokal „Märtischer Hof“, Admiralsstr. 18c.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht vom 1. Halbjahr 1904.
2. Ergänzung des Vorstandes.
3. Statutenänderung.
4. Beschlussfassung über die Ausgabe von Anteilsscheinen.
5. Anschlag der Spar- und Produktiv-Genossenschaft Berlin-Rixdorf an unsern Verein.
6. Verschiedenes.
Der Vorstand.
Sparbuch und Einladungskarte dient als Legitimation.
Laden
mit kleiner Wohnung, passend zum Friseur-Geschäft, billig zu vermieten Friedenstraße 9, Stöngelstr. 1606

Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter Achtung!
Berlins und Umgegend.
Verband d. Bau-, Erd- u. gewerblich. Hilfsarbeiter Deutschlands.
Freitag, den 5. August, abends 8 Uhr, im Lokal Rosenhalestr. 57:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Renntaler.
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68 • Lindenstraße 69
Wir empfehlen den Genossen zum Abonnement:
Wider die Pfaffenherrschaft

aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts
Von Emil Rosenow
50 Vorträge reich illustriert
• 4. Lieferung 20 Pfennig •
Der Verfasser entwirft vom Standpunkt des historischen Materialismus das Bild der mittelalterlichen Pfaffenherrschaft. Er zeigt wie inmitten der zusammenstrebenden christlichen Weltanschauung die urchristlich-kommunistische Agitation bräutet, aus der sich die Pfaffenherrschaft entwickelt. Der Reiz liegt wie das Kapitalium entwirft und wie es den Geist seiner Macht bis zur Weichheit erheitert, bis die wachsende kapitalistische Wirtschaftsweise die Pfaffenherrschaft in Blut und Feigheit erstickt.
Das Werk ist ein dauerndes, wertvolles Bildungsmittel für die deutsche Arbeiterklasse.

Von der Reise zurück. 59212
Dr. Wallbach,
So., Mühlenerstr. 16.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
Hochentags 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 1/2.

Steppdecken
Gelegenheitskauf.
Kattun, buntfarbig, 2,05
Wollatlas, alle Farben, 4,85
Similiseide, alle Farben, 6,00
Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00
Special-Haus
Emil Lefèvre,
Berlin S., Oranienstrasse 150.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 4. August.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues König. Opern-Theater.
Der Botschafter.
Belle-Alliance. Lustspiel von Emil Winter & Ignaz Humoristen.
Zum Schluss: Unheimliche Gäste.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der Prophet.
Reifen. Liebesroman.
Berliner. Lustspiel.
Central. Die Kamellen. Lustspiel und Mischel. Ganze Rüstung. Schied. Hohen Vögel. Ein kleiner Beamter.
Neues. Einen Jux will er sich machen.
Reichens. Die 300 Tage.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Apollo. Venus auf Erden. Spezialitäten.
Sonnenfeld-Theater. Nur eine Nacht. Um andern Morgen.
Stadt-Theater Moabit. Der reiche Quackfrosch.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. Tera Semmeloff. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Die Weltausstellung in St. Louis.
Die Weltausstellung in St. Louis.
— Der Garbafsee.
Jubiläumstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater). Morwitz-Oper.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Prophet.
Große Oper in 5 Akten v. G. Meyerbeer.
Freitagabend 8 Uhr:
Lustspiel Heinrich Bötel.
Der Troubadour.
Sonnenabend 8 Uhr:
Zum 4. Male:
Der polnische Jude.
Der Sommergarten ist eröffnet.
Im Garten des Schiller-Theaters N. täglich großes Militär-Konzert.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Einen Jux will er sich machen
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Einen Jux will er sich machen.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Fräulein Julie.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: **Nachtschl.**

Residenz-Theater.
Heute u. folgende Tage:
Die 300 Tage.
Schmaus in 3 Akten von Paul Gerbault u. Robert Charney. Deutsch u. d. Dalm. Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater
Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Komödie in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollaender. Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
7 1/2 Uhr: Gr. Gartenkonzert.
8-9 1/2 Uhr:
Letztes Auftreten der Jull-Spezialitäten.
Robert Steidl
mit neuem Repertoire.
9 1/2 Uhr:
Venus auf Erden.
Operette von
Paul Lincke.

Sanssouci.
Kottbuser Thor — Plat. der Hochbahn
Täglich im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche
Sänger.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Nach der Vorstellung: Tanz.
Zum Schluss:
Hans Tapps.

Passage-Theater.
La belle Georgette,
Flammen- und Radium-Tänzerin.
Naniva, japanische Truppe.
Vierzehn erstklass. Nummern.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 7. August 1904:

Dreizehntes Sängerfest

Müggelschloß und Strandschloß, Friedrichshagen.

Vereine, die am Sänger-Festzug von Köpenick nach dem Müggelschloß sich beteiligen, versammeln sich im Restaurant Ruhwald, dicht am Bahnhof Spindlersfeld, Abmarsch von dort pünktlich 1 Uhr mittags.

Die Fahrverbindung nach dem Müggelschloß mit Dampfergesellschaft „Stern“ von der Jannowitzbrücke und vom Schleifischen Thor. Fahrpreis 35 Pf. Schulkinder bis zu 12 Jahren frei. — Dampfergesellschaft Rahm u. Herzog. Abfahrtsstelle Stralauerbrücke, Ecke Bausenbrücke. Vormittags 7, 9 und 11 Uhr, nachmittags 1, 3 und 5 Uhr. Kinder ebenfalls frei. — Rückfahrt mit Rahm u. Herzog von abends 6 Uhr ab, mit „Stern“-Gesellschaft von 7 1/2 Uhr ab.

Der Vorstand.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Weltausstellung in St. Louis.
Hierauf: **Der Garbafsee.**
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Der unverwundbare Fakir!
Italienisches Original-Orchester.
Damen und Herren.
Der Kampf um Port Arthur.
gr. akt. Spektakel-Schauspiel.

Passage-Panopticum.

Das Bärenweib, lebend.
Der 16jährige Riesenknaab
Der lange Josef
217 cm gross.
Nada und Monos, Gedankenleser.
Der Leichenfund.
Aga, die schwebende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

Etablissement Suggenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr. Mittagstisch.
Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Führmann-Walde-Sänger.
Sonnenabends
im Kaiseraal: **Tanz.**

Gebäude Herrnfeld-Theater.

(XIII. Berliner Winter-Saison.)
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Götze.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donald Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Stoffen-Eröffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Belle-Alliance-Theater.

Im Theater abends 7 1/2 Uhr:
Nur noch bis 11. August:
Winter-Tymians Humoristen
Vollständig neues unheimliches Progr. Zum Schluss: Unheimliche Gäste. Großes Verwandlungs-Ensemble von Winter-Tymian.
Im Sommergarten von 6 Uhr an:
Carl Goldmann-Konzert.
Von 8 Uhr an: Glanzvolles neues Spezialitäten-Programm.

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9
Täglich: **Vineta.**
Pantomime: Ein ruhiges Zimmer zu vermieten.
Satanella-Trio, Wärdin, Clown Staffl, Ball, Konzert, Spezialitäten. Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Rum. Pl. 50 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79.
Direkt Ringbahnstation.
Oh schön! Täglich Ob Regen! im herrlichen Garten od. gr. Saal:
Ah 1. August zum Todachen:
Vollständig neues, konkurrenzloses Riesenprogramm, ca. 35 Nummern.
U. a. mit köstlichem Beifall: Oleg: **Fritz Brand,** Humorist. Tho 2 **Herwoods,** American-Greentrie. Tom & **Blisy,** Unverwundliche Komikante zweier Jutats. Uto.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen. Bis 2 Uhr: **Ball.** Eintritt 50 Pf. Sonntags 30 Pf.

Central-Theater

8 Uhr: **Einakterabend aus Fritz Reuters Werken:** 1. Die Kamellen. 2. Räuschen und Nimmeln. 3. Hanna Rites Mischel. 4. Hohen Vögel. 5. Bräutigam letztes Ständlein. 6. Ein kleiner Beamter.
Emil Richard, Kap. Hofkapelle, a. B.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Sonnenstr. 16.
Abel und Nadel,
oder: **Berlin W. und Berlin N.**
Dazu die erstklassigen Spezialitäten. Anf. 8 Uhr. Kaffeeküche von 3 Uhr ab. Bei schlechtem Wetter Vorst. im Saal.
Sonnenabend, den 6. August:
Premieren-Abend.



QUINTESSENZGEMALDE aus dem 18. JAHRHUNDERT von C. SPINDLER. ILLUSTRIERT von J. DAMBERGER-MÜNCHEN.

Abonnements-Einladung!
Soeben beginnt ein neues Abonnement auf die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinende illustrierte Roman-Bibliothek

In Freien Stunden

Wöchentlich ein illustriertes Heft
24 Seiten stark, für 10 Pfg.
Mit dem großen Roman

Der Jesuit

von C. Spindler, illustriert von J. Damberger, beginnt das erste Heft des neuen Bandes. „Ein Charaktergemälde aus dem ersten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts“ nennt C. Spindler seinen Roman. In der Tat rollen sich vor dem geistigen Auge des Lesers scharf charakterisierte Bilder von Personen auf, die uns neben den wechselvollen Schicksalen der Betroffenen zugleich ein hochinteressantes Stück Zeitgeschichte anschaulich machen, um so interessanter, als infolge jüngster politischer Ereignisse die große Öffentlichkeit wiederholt Ursache hatte, sich mit jenen katholischen Orden zu beschäftigen, welcher sich die „Gesellschaft Jesu“ nennt. Bekannt ist, welchen großen Einfluß die Jesuiten Jahrhunderte lang auf allen Gebieten der Menschheitsgeschichte ausgeübt haben. Am unheilvollsten aber war wohl das geheime Wirken der „frommen Väter“ im Volke selbst, in den Familien, in den verschwiegenen Kammern der Privathäuser. Mit der päpstlichen Vollmacht ausgestattet, Sünden zu vergeben, schuldbelastete Menschen aller Verbrechen und Vergehen los und ledig zu sprechen, beeinflussten sie die ängstlichen Seelen und gewannen so zahlreiche gefällige Werkzeuge zu ihren nicht immer lauterer Zwecken. Diese Seite jesuitischen Wirkens führt unser Erzähler uns vor. — Neben dem Hauptroman gelangt zum Abdruck:

Ein Rekrut

Erzählung von Erdmann-Chatrion. Sie schildert die Erlebnisse eines jungen Offiziers, welcher trotz körperlicher Gebrechlichkeit zu der napoleonischen Armee ausgehoben, mehrere Schlachten und schließlich das große Völkermorden bei Leipzig mitmacht. Welchen Strapazen die Söhne des Volkes im bunten Rock ausgesetzt sind, welche Leiden und Qualen sie zu erdulden haben, wie rücksichtslos Gewalthaber ihrer Ruhm- und Herrschbegierde Tausende von jungen Leuten opfern, das ist der erschütternde Inhalt dieser Erzählung. In ihrer schlichten, lebenswahren Darstellung wirkt sie wie ein Protest gegen den Krieg selber. Ihre Lektüre ist besonders der

Arbeiterjugend

ans Herz zu legen. Sie regt zum Nachdenken an und ist geeignet, die in der Schule vom Kurrapatriotismus erzeugten Kriegsvorstellungen durch das ungeschminkte Bild der Wahrheit zu berichtigen. Prospekte und Probehefte sind durch alle Parteibuchhandlungen und Resporteurs zu beziehen.

Neue Freie Volksbühne.

Morwitz-Oper (Schiller-Theater O.)
Sonntag, den 7. August 1904, nachmittags 3 Uhr:
Die Entführung aus dem Serail.
Komische Oper von Mozart.
Billots für Mitglieder a 90 Pf., Gäste a 1,10 M. (Parkett-Fauteuil, I. Rang, I. Parkett und Logenplätze) sind an den Zahlstellen von **Hobben,** Kommandantenstr. 62; **Kaufhold,** Wrangelstr. 52; **Bocker,** Gotskowskystr. 9, sowie beim **Kassierer** zu haben.
150/15 I. A.: Heinrich Neft, Kassierer, Voterenstr. 6.

Max Kliem's Sommer-Theater

Hansendelde 13-15. — Artistische Leitung: Paul Mübitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebtesten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochgelegene Kegelbahnen, Würfelstuden, Sonditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Berliner Bock-Brauerei

Abteilung II, Chausseestr. 58.
Heute, Donnerstag (Elite-Tag):
Grosses Militär-Konzert.
Kapelle des Garde-Füs.-Regts. (Dir. H. Dippol). 145b
Im Saale: **Tanz-Reunion.**

ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena: **Der See-Elefant.**
Eintritt vom Garten 20 Pf., von der Straße 30 Pf., Kinder die Hälfte.

Reichshallen-Theater.

Nun wieder täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Cirkus

Sarrafani.
Grösster und elegantester
Zelt-Cirkus Europas.
Täglich:

Mr. Nelson

das menschliche
Känguruh.

Schweizer-Garten

am Königspl., am Friedrichshain 29/32.
Täglich: **Theater**
u. **Spezialitäten-Vorstellung,**
Volksbelustigungen und Ball.
Jeden Abend: **Liesecke in Italien.**
10 U.: **Gefangensposse m. Tanz v. v. Uto.**
Jeden Mittwoch: **Kinderspendenfest.**
Entree 30 Pf.
Sonntag, 13. August, ist für Vereine frei.

Victoria-Brauerei

Sützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Horsts
Norddeutsche
Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Bernhard Rose-Theater

Gefundbrunnen, Sackstraße 58.
Heute: **Elite-Tag.**
Frühe 7 1/2: **Busch-Liesl.**
Vollständig mit Gesang in 4 Akten von Willibrod.
Außerdem das Senf-August-Pragr.
Ein Neubaum mit Hindernissen
Große komische Pantomime. 20 Ver.
Im Saale: **Ball.** Anf. 4 1/2 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und **Spezialitäten-**
Vorstellung.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Pahlmann, Schönhauser Allee 148.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Vollständig neue Spielfolge.
Extra-Tanz, Kaffeeküche.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Avs! Sonnenabend, 27. August, für Vereine frei.

Luisenstädt. Konzerthaus

Alte Jacobstr. 37.
Telephon: Amt IV, No. 7687.
Grosser Saal mit Bühne, für Vereine und Gesellschaften, **Versammlungen** passend, ist zu vergeben. 59197.
Nur zu sprechen abends 8-10 Uhr.
A. Huxfeldt.

Voigt's Ritter-Säle

Ritterstrasse 75. Telephon Amt IV, Ritterstrasse 75. No. 7508.
Gewerkschaften, Vereinen und Fabriken bringe für die Herbsthalbjahr meine mit allem Komfort der Neuzeit versehenen **Festsäle** mit Bühne, circa 700 Personen fassend, in empfehlende Erinnerung.
Vereinszimmer in jeder gewünschten Größe stehen ebenfalls zu Verfügung, Besammlungen und Sitzungen jeder Art zur Verfügung.
Gleichzeitig erlaube mir, auf meine **zwei neuerbauten, 4 1/2 Meter hohen, 30 Meter langen, mit elektrischem Licht und vorzüglichster Ventilation versehenen Kegelbahnen** hinzuweisen. — Speisen und Getränke wie bisher in tadelloser Qualität zu billigen Preisen. 59202.
Um geneigten Aufbruch bitte!
Robert Voigt, Ritterstr. 75.

Nur noch einige Tage!

Mariendorfer Hochbau-Terrain!
200 Baustellen von M. 3000.— an, praktisch gezeichnet M. 3.— und M. 4.— pro Quadrat-Meter netto Baustelle, zur Straße nicht mehr abzutreten.
Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 3 Minuten vom Endpunkt der elektrischen Bahn Behrenstrasse-Mariendorfer.
Verkauf, auch Sonntags von 3-5 Uhr, auf dem Terrain.
Eigentümer **A. Lowrek, Berlin, Guelienaustr. 52.**

Achter Verbandstag des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen u. verwand. Berufsgenossen Deutschlands.

Dresden, 2. August. Zweiter Sitzungstag.

Nach Verlesung eines Begrüßungsgramms wird die Debatte über den Vorstandsbericht fortgesetzt. Die Diskussionsredner sprechen sich in ihrer Mehrheit für die Anstellung von Sachbeamten aus. Viele führen als Beweis für die Notwendigkeit dieser Einrichtung die Verhältnisse in ihren Orten an. Punkte-Düsseldorf bemerkt, daß in seinem Bezirk, der einen solchen Beamten habe, die Kollegen mit dessen Tätigkeit, wie auch mit dem, was erreicht worden sei, zufrieden seien. Sabath, Redakteur, äußert sich zu den gegen die Leitung des Fachblattes vorgebrachten Vorwürfen, daß der Ton, der das Fachblatt auszeichne, etwas gar zu friedfertig gegen die Unternehmer sei. Redner bemerkt dazu: Der Ton im Fachblatt müsse ein anderer sein, als der in Versammlungen, denn das, was dort geschrieben sei, bleibe dauernd, während das, was hier gesprochen werde, nach der Versammlung wieder vergessen werde. Wenn man sage, das Fachblatt sei einem Kampfforgan nicht mehr ähnlich, so würde zu wenig berücksichtigt, daß es nicht angängig sei, zu dem ohnehin unter den Kollegen vorhandenen Rindstich noch Öl durch die Fachpresse zuzugießen. Bisler-Vielzeil verteidigt sich gegen den Vorwurf, daß er für den Sonderverband der Wäschearbeiter agitiere und sich sogar als Delegierter zu dieser Konferenz habe wählen lassen. Redner macht dem Vorstand den Vorwurf, daß dieser zu wenig für die Wäschebranche thue. Die beiden Verbandsvorsitzenden Holzhäuser und Stühmer weisen den letzteren Vorwurf zurück. Der Vorstand habe alles getan, was nach Lage der Sache überhaupt zu leisten möglich gewesen sei. Letzterer führt dafür eine Reihe näherer Beweismomente vor. Zugleich verweist er auf die Agitation, die von christlicher Seite unter den Wäschearbeiterinnen entfaltet werde, welche Agitation Wäscher durch sein Verhalten indirekt unterstützt habe, statt dagegen anzukämpfen. In Wäschers Hand hätte es zum großen Teil gelegen, ob die Agitation der Christlichen von Erfolg gewesen oder nicht. Zu seiner sonderbaren Haltung habe dieser sich drängen lassen offenbar durch die von anderen Seiten mit unterstützten Bestrebungen, die auf Abtrennung einer selbständigen Wäschearbeiterorganisation hinführen. Aus diesen Gründen würde der Vorstand auch nicht mehr bekannte Agitatoren wie Frau Herz und Frau Zieh zur Agitation benötigen. In der zweiten Debatte wird ein Antrag auf Ausschluß Wäschers aus dem Verbands gestellt, worauf dieser sofort das Wort zu der Erklärung erhält, daß er seinen Fehler einstehe und danach in Zukunft sein Verhalten ändern werde. Man läßt es deshalb bei einer einfachen Rüge bewenden. Die meisten folgenden Redner verbreiten sich fast durchgängig über allgemeine örtliche Angelegenheiten, soweit sie durch den schriftlichen Geschäftsbericht berührt werden. Kritisiert wird die Haltung des Vorstandes zu den Ansperrungen in Jena, Weimar und Wilhelmshafen. Zu Anfang dieser Bewegung sei er zu schroff, dann wieder zu mild vorgegangen. Käming, Verbandsassistent, sucht dem entgegen das Verhalten des Vorstandes zu rechtfertigen. Dieser habe gar nicht anders handeln können, wie er gehandelt hätte. Joseph-Dresden berührt in seinen Ausführungen die Haltung des Fachblattes. Gegen die dargelegte Ansicht Sabaths bemerkt Redner, daß bei der schmerzlichen Haltung des Arbeitgeberorgans die übermäßige Zurückhaltung im Fachblatt nicht am Platze sei. Da das Unternehmerviertel bei allen Differenzfällen die schlimmsten Einstellungen produziere, müsse darauf auch energisch geantwortet werden. Dieser Redner tritt mit verschiedenen anderen Delegierten der Auffassung entgegen, daß die Anstellung der Sachbeamten vom Klassenstandpunkt beurteilt werde. Einige andere Redner stellen sich in dieser Frage auf den Standpunkt des Vorstandes und hielten die Anstellung von Sachbeamten für wichtiger. Diesen Beamten sei es in großen Orten viel eher möglich, eine größere Anzahl neuer Mitglieder für den Verband zu gewinnen, als den Sachbeamten. Als ein weiterer Grund für die Anstellung von Sachbeamten wird geltend gemacht, daß in den meisten Filialen es den betreffenden Filialleitern wegen fortwährender Maßregelungen und der dadurch verursachten Unsicherheit ihrer Existenz nicht möglich sei, auf das Gelingen der Filialen richtig fördernd zu wirken. Diese Argumente weist Mirus-Frankfurt a. M. nicht von der Hand, hält es aber für ebenso nötig, mittlere Provinzorte zu gewinnen, weil es sonst bei Differenzfällen den Unternehmern möglich sei, die durch Arbeitsniederlegungen liegen gelassene Arbeit in solchen kleineren Orten aufzulegen zu lassen. Deshalb seien die Sachbeamten eine unbedingte Notwendigkeit. Stühmer, Verbandsvorsitzender, giebt näheren Aufschluß über die Motive, welche den Vorstand bei seiner Haltung gegenüber den angezogenen Ansperrungen geleitet haben. Von weiteren Rednern äußert sich Heinrich-Drauschwitz als Vorstandsmittglied der Krankenunterstützungskasse des Schneiderbundes auch zu der angeregten Verschmelzung der Kasse mit dem Verbands und führt zu dieser Frage diejenigen Momente an, die gegen die Verschmelzung sprächen. Es sei zu befürchten, daß die Behörde Schwierigkeiten mache. Eine zwingende Notwendigkeit, sich aufzulösen, bestehe für die Kasse nicht, da deren Kassenverhältnisse nicht ungünstig ständen. Deshalb stehe Redner einer Verschmelzung vorläufig noch ablehnend gegenüber. Käming, Verbandsassistent, stellt demgegenüber richtig, daß der Vorstand zu der Verschmelzung nicht eine drängende Haltung, sondern eine neutrale einnehme. Für den Vorstand handle es sich nur darum, daß, wenn eine Verschmelzung auch angängig sein sollte, man nur vom Verband aus der Krankenunterstützung insofern ein Interesse entgegenbringen solle, als eine Veränderung bezüglich dessen, was jetzt im Verband besteht, dringend nötig sei. Nur in diesem Sinne sei die diesbezügliche vom Vorstand gemachte Anregung zu verstehen. In den Schlussworten bemerkt zunächst Stühmer, Verbandsvorsitzender, daß unter allen Umständen die Sachbeamten der Kontrolle des Vorstandes und nicht bloß der Generalversammlung zu unterstehen haben. Verwunderlich sei an der ganzen Diskussion gewesen, daß, wie noch nie auf einem vorhergehenden Verbandstag, über das Darniederliegen der Agitation Klage geführt worden sei. Das sei falsch. Es sei geschehen, was zu thun möglich war. Redner verbreitet sich nochmals über den Entwicklungsgang der vorgekommenen Lohnbewegungen. Zugleich weist er den Vorwurf zurück, daß vom Vorstand, beziehentlich der Redaktion des Fachblattes, durch das letztere die Angriffe des Unternehmervereins nicht energisch genug zurückgewiesen worden seien. Ueber die vorhandenen Ansperrungen denke man zu schwarz. Diese müßten, nach Lage der Sache, jedenfalls den Unternehmern noch mehr Kopfzerbrechen machen, als dem Schneiderverbande. In seinen weiteren Ausführungen bespricht Redner die verschiedenen Anregungen, die aus der Mitte der Generalversammlung gekommen sind, und vertritt, eine Statistik über die Verhältnisse im Schneidergewerbe sobald als möglich vorzunehmen. Die übrigen Schlussworte bieten nichts von besonderem Interesse, sondern enthalten nur Richtigstellungen. Bei der Abstimmung wird dem Gesamtvorstand (Kassierer usw.) Befehl erteilt. Die Abstimmung über die zum Geschäftsbericht gehörigen, allgemeinen Anträge wird ausgesetzt.

Versammlungen.

Mit dem internationalen Arbeiterkongress beschäftigt sich, wie wir schon kurz berichteten, am Dienstagabend eine stark besuchte Versammlung der Parteigenossen Berlins. Der Referent, Genosse Wollenbühr, besprach die Bedeutung internationaler Kongresse der Arbeiter im allgemeinen und äußerte sich dann kurz zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung des bevor-

stehenden Kongresses. Zum Schluß wandte sich der Redner zur Frage der Kasseier. Er führte hierzu aus, diese Angelegenheit stehe zwar nicht auf der provisorischen Tagesordnung, sie werde aber erörtert werden, da hierzu bezügliche Anträge vorliegen. Von Dänemark werde gewünscht, die Demonstration nur auf die Forderung des Achtstundentages zu beschränken. Von anderer Seite, auch von einzelnen Gewerkschaftsversammlungen in Deutschland, sei angeregt worden, die Arbeitsruhe nicht mehr in dem Maße wie bisher zur Bedingung zu machen. In manchen Kreisen betrachte man die Kasseier als eine politische, für welche die Gewerkschaften die Kosten zu tragen haben. Diese Auffassung sei falsch, denn an den internationalen Kongressen, welche Beschlüsse zur Kasseier fassen, seien nicht nur politische, sondern auch gewerkschaftliche Vertreter beteiligt gewesen. Der Redner ging auf die Entscheidungsgeschichte der Kasseier ein und führte aus, daß die für die deutschen Arbeiter maßgebenden Parteitagbeschlüsse, welche die Arbeitsruhe nur soweit fordern, als sie keine erhebliche wirtschaftliche Schädigung der Arbeiter zur Folge hat, in Widerspruch stehen mit dem Beschlusse des internationalen Kongresses in Zürich, der die Arbeitsruhe unbedingt fordert. Es frage sich nun, ob an der bisherigen Form der Kasseier nach der einen oder anderen Richtung etwas geändert werden kann. Wenn das nicht der Fall sei, dann müßten unsere Delegierten dahin wirken, daß die Feier in allen Ländern eine einheitliche werde. Die Arbeitsruhe werde nur in Deutschland und den skandinavischen Ländern durchgeführt, aber nicht in England und den romanischen Ländern. Die deutschen Delegierten würden kein Bedürfnis haben, an der Kasseier nach der einen oder anderen Richtung etwas zu ändern. Auch in den Ländern, die in Zürich für strikte Arbeitsruhe eintraten, habe man sich mit der Zeit auf den Standpunkt der deutschen Genossen gestellt. Zu langen Debatten auf dem Kongress werde die Kasseier keinen Anlaß geben. Aller Voraussicht nach werde auch dieser Kongress eine Etappe werden auf dem Wege zur internationalen Verbrüderung der Arbeiter. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Opper verlas hierauf die folgende von den Partei-Organisationen Berlins empfohlene Resolution:

Die Berliner Delegierten zum internationalen Arbeiterkongress in Amsterdam werden beauftragt, bei Stellungnahme der deutschen Delegation zur Frage der Kasseier dafür einzutreten, daß am 1. Mai für den Achtstundentag, die Ausdehnung der Arbeiterkassier-Gesetze, für den Völkerrfrieden und für die Durchführung der Forderungen der Socialdemokratie demonstriert wird. Die Demonstration soll in allen Kulturstaaten eine einheitliche sein. Die Arbeitsruhe wird als die würdigste Form der Demonstration betrachtet und soll überall dort stattfinden, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist. Eine zweite Resolution, die der Vorsitzende verlas, ist im Verbands der Wöbelpollerer angenommen und von dessen Vertreter der Versammlung vorgelegt. Diese Resolution wendet sich gegen jede Abschwächung der bisherigen Form der Kasseier. Rummel wurde die Diskussion eröffnet. Der erste Redner, Kabisli, trat für strikte Arbeitsruhe am 1. Mai ein. Wenn nur da die Arbeit ruhen solle, wo keine wirtschaftliche Schädigung eintritt, dann könnten wir die Kasseier begraben. (Zustimmung.) Ohne wirtschaftliche Schädigung könnten die Arbeiter überhaupt nicht feiern. (Sehr richtig!) Wer den 1. Mai aus Idealismus feiern wolle, der dürfe nicht nach der wirtschaftlichen Schädigung fragen. (Beifall.) Veranstaltungen am Abend könnten der Bedeutung der Kasseier nicht gerecht werden. Redner meint, er wolle nicht gegen die Resolution opponieren, aber in der vorliegenden Fassung gefalle sie ihm nicht. Die Gewerkschaften müßten zu der Kasseier Stellung nehmen. Die Befürchtung von Maßregelungen sei unbegründet, denn je mehr die Arbeitsruhe um sich greife, desto weniger Maßregelungen würden erfolgen. (Lebhafter Beifall.)

Wermuth sagte unter anderem: Die größeren Gewerkschaften müßten die Kasseier besitzigen. Die Gewerkschaften, welche die Verlegung der Kasseier auf den Abend fordern, hätten nur den augenblicklichen Vorteil ihrer Berufsgenossen, aber nicht die hohen Ziele der Arbeiterbewegung im Auge. Das sei aber nicht der richtige Standpunkt. Die Unternehmer würden sich ins Häuslein lachen, wenn die Arbeiter jetzt die Kasseier aufheben würden, weil sie ihnen keine praktischen Erfolge gebracht hat. Der 1. Mai müsse als Weltfeiertag bestehen bleiben und die Delegierten sollen für strikte Arbeitsruhe eintreten. (Beifall.)

Beifug trat für die Beibehaltung der bisherigen Form der Kasseier ein. Freyhafel bezeichnete es als unbegründet, wenn man bei Beurteilung der Frage der Kasseier einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften mache. Ein solcher Gegensatz bestehe nicht. Die Träger des Gedankens der modernen Arbeiterbewegung seien gleichzeitig in der Partei und in der Gewerkschaftsbewegung zu finden. Wenn hier gesagt werde, es werde ein Rückgang in der Kasseier erstrebt, so sei das ein Irrtum. Die Partei habe nie beschlossen, daß jeder Parteigenosse die Pflicht habe, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Obgleich ein solcher Beschluß nicht bestehe, habe doch die Arbeitsruhe von Jahr zu Jahr Fortschritte gemacht. Wollte man jeden Parteigenossen zur strikten Arbeitsruhe verpflichten, dann würde man denen in die Hände arbeiten, die Gegner der Arbeitsruhe sind. Gegenüber dem ersten Redner, der die Beratung der Resolution durch die Gewerkschaften wünschte, sei zu bemerken, daß sich nach einem Bericht im „Correspondenzblatt“ die Gewerkschaftsvorstände und die Generalcommission bereits vor längerer Zeit mit der Kasseierfrage beschäftigt haben. Jetzt dürfe sich also niemand darüber aufhalten, daß hier, wo Parteigenossen und Gewerkschaftler vereinigt seien, eine auf die Kasseier bezügliche Resolution vorgelegt wird. Wenn durch die Annahme der Resolution eine einheitliche Kasseier in allen Ländern erreicht werden könne, dann wäre das mit Frauen zu begrüßen. (Beifall.)

Stoboy führt aus, er sei nicht der Ansicht, daß die Resolution die Interessen des Proletariats am besten wahrnehme. Die Resolution sei nicht halb und nicht ganz. Man müsse entweder wirkliche Arbeitsruhe fordern oder für Verlegung der Kasseier auf einen Sonntag eintreten. (Unruhe.) Dieser Gedanke sei vielen unsympathisch, er werde aber in anderen Ländern trotz der entgegenstehenden internationalen Beschlüsse beharrlich. Nur kleine Kreise feiern heute den 1. Mai durch Arbeitsruhe. Die Arbeiter würden sich überlegen müssen, ob ihnen die gegenwärtige Form der Kasseier vorwärts hilft. Die Arbeiterkassier müsse darauf sehen, daß die Kosten einer Demonstration in richtigem Verhältnis zum Erfolge derselben stehen. Man möge sich das bis zum nächsten Kongress überlegen, dann werde man zu einer andern Meinung kommen. (Widerpruch.)

Kriebow bemerkte demgegenüber: Wer sich an den Kosten der Kasseier hohe, der übersehe, daß sich die Kosten verringern, je mehr die Arbeitsruhe zunimmt. Wenn wir jetzt einen Rückzug machen, dann würden die Unternehmer sagen, die Socialdemokratie sei nicht mehr dieselbe, sie habe sich gemauert. Der Rausch, daß wirtschaftliche Schädigung von der Arbeitsruhe entbunden, müsse fallen. Durch strikte Arbeitsruhe müsse der 1. Mai gefeiert werden, getreu der Lozung: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! (Starker Beifall.)

Schmidt befürwortete die Beibehaltung der Kasseier in der bisherigen Form.

Reiz führte aus, die Arbeiterbewegung werde dadurch geschädigt, daß der 1. Mai nicht so gefeiert werde wie es sein sollte. Man könne auch in anderer Weise als durch Arbeitsruhe demonstrieren. (Lebhafte Unruhe.) Redner führte weiter aus, er wolle nicht die Demonstration fallen lassen, aber die Kasseier. (Unruhe.) Eine Arbeitslosendemonstration im Dezember bei bitterer Kälte würde wirkungsvoller sein wie die Kasseier. (Große Unruhe.) Der Redner schloß: Wenn Sie mich nicht ausreden lassen, werde ich und meine Freunde gegen die Resolution stimmen.

Wollenbühr sagte in seinem Schlusswort: Die vorliegende Resolution drücke nichts anderes aus, als die Stellung der deutschen Parteitage zur Kasseier. Es handle sich nur darum, daß ein internationaler Kongressbeschluss herbeigeführt werden solle, der dem entspricht, was seit zehn Jahren auf Grund von Parteitagebeschlüssen für die deutschen Parteigenossen geltender Brauch ist. Das Verlangen unbedingter Arbeitsruhe widerspreche den Beschlüssen der deutschen Parteitage. Wollte man die strikte Arbeitsruhe zum Parteibeschluss erheben, dann wäre die Folge, daß jeder Genosse, der aus irgend welchen Gründen die Arbeit nicht ruhen läßt, aus der Partei ausgeschlossen werden müßte. Viele Parteigenossen, wie Arbeiter in Staatsbetrieben, auf Werften, im Bergbau, im Maschinenbau, in der Gastwirtschaft könnten ja gar nicht die Arbeit ruhen lassen. Unter den bisherigen Verhältnissen sei die Kasseier auf dem Wege zu einer würdigen Demonstration immer weiter gekommen. Die Resolution solle nur den Gegensatz zwischen der Kasseier in Deutschland und in andern Ländern beseitigen.

Zu der Resolution hatte Wermuth die Streichung des letzten Satzes, der von der wirtschaftlichen Schädigung spricht, beantragt. Er zog diesen Antrag jedoch vor der Abstimmung zurück. Dann wurde die Resolution fast einstimmig angenommen und Wermuth, Wähler und Ernst als Delegierte gewählt.

Berliner Tauchlehrer-Verband. Freitagabend 9 Uhr, Alte Jakobstraße 75: Monatsversammlung. Verband der Priuergesellen Deutschlands (Zweckverein Berlin). Donnerstag, den 4. d. M., abends 10 Uhr, bei Pfeffer, Rosenfelderstr. 57: Versammlung.

Zweigeverein Rixdorf. Donnerstag, den 4. d. M., abends 10 Uhr, bei Fr. Hoppe, Berlinerstraße 14: Mitglieder-Versammlung. Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands (Bezirk Berlin). Heute Donnerstagabend 9 Uhr in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 30: Sitzung. Gäste sind willkommen. Die Ortsverwaltung.

Eingegangene Druckschriften.

Der Arbeitsmarkt, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jastrup, Berlin, Verlag von G. Reimer). Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 21 des 7. Jahrganges unter anderem: Diagnose der wirtschaftlichen Lage. - Allgemeines: Internationaler Arbeitsmarkt. - Rechtsberatung für minderbemittelte Bevölkerungskreise. - Arbeitslöhne in Preußen. - Bergbau: Fördererbeschränkungen des Kohlenhandels. - Besoldung: Besoldungsprogramm im Landeshauptstadtverwalt. - Statistisches Monatsmaterial: Internationale Statistik. - Arbeiterbesoldung der Landesversicherungsanstalten April-Juni. - Vorkurs. - Haushaltungskosten. - Roman: Lebensmittelpresse im Juli. - Verwaltung der Arbeitsnachweise: Regelungsbemerkungen in Charlottenburg. - Facharbeitsnachweise. - Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeiter nach Sachsen durch die Landwirtschaftslammer Brandenburg. - Wanderarbeitskräfte in Belgien. - Nachbargelände der Arbeitsnachweise-Verwaltung: Denkschrift über die Wohnungsfürsorge im Reich und in den Bundesstaaten. - Arbeitslosen-Fürsorge: Staatliche Arbeitslosen-Versicherung und Gewerkschaften.

Das Gewerbegericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte. Herausgeber: Dr. Jakob Brinnow, Charlottenburg-Berlin, Dr. Fleiß (Stadtrat), Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Reimer in Berlin). Die Zeitschrift enthält in Nr. 11 des 9. Jahrganges außer der Rechtsprechung in deutschen Gewerbe- und Berufungsgerichten (Reichsgericht a. M., Düsseldorf, Gera, Stuttgart), andern deutschen Gerichten (Landgericht I Berlin u. a.; Die Speyer der Handlungskredenden. Von Rechtsanwältin Rudolf Gahn. - Befassung und Verfahren: Das neue Statut des Breslauer Gewerbegerichts. Von Gerichtsprofessor Dr. Glämann. - Die ersten Verhältnisse beim Gewerbegericht Freiburg. - Mitteilungen des Kaufmannsgerichts: Das Gesetz betr. Kaufmannsgerichte. - Einrechnung der Willkürpersonen in die Einwohnervorgabe für obligatorische Errichtung von Kaufmannsgerichten.

Briefkasten der Redaktion.

M. G., M. 23., M. 2. Selbstverständlich beruht die in Nr. 178 enthaltene Angabe, daß der von der Redaktion bestellte Armbinder-Dampfer 200 Seemellen in der Stunde zurücklegen soll, auf einem Druckfehler. Statt 200 muß es 20 Seemellen heißen.

Juristischer Teil.

Die juristische Ehrenrunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. Z. M. 33. Aussehen wegen Materialmangels befreit keineswegs von der Verpflichtung, Lohn zu zahlen, es sei denn, daß der Arbeiter sich damit einverstanden erklärt hat. Nach § 615 B. G. B. hat der Arbeitgeber zu zahlen, wenn er mit der Annahme des Arbeitsangebots in Verzug kommt. Zum Verzug ist ein Verschulden nicht erforderlich (§ 293 B. G. B.). Es kommt also auf die Ursache des Materialmangels nicht an. Erforderlich ist nur, daß der Arbeiter zur Weiterarbeit fähig und bereit ist und nicht etwa das Material zu liefern hat. - G. M. 3a. - M. 1. Der Tod des Mieters hebt den Mietvertrag nicht auf. Stirbt der Mieter, so ist sowohl der Erbe als der Vermieter berechtigt, das Mietverhältnis unter Einhaltung der gesetzlichen Frist zu kündigen. Die Kündigung kann nur für den ersten Termin erfolgen, für den sie zulässig ist. Es kann also der für längere Zeit abgeschlossenen Mietvertrag, falls der Mieter innerhalb der Zeit vom 1. Juli bis 30. September stirbt, bis spätestens am 3. Oktober zum 1. Januar gekündigt werden. 2. Der Nachlass haftet und soll die Erben die Erbschaft vorbehaltlos antreten auch die Erben persönlich. - M. 2. 11. 1. Das ist nur durch einen Adoptionsvertrag zu erreichen; dieser bedarf amtsgewärtiger Bestätigung. Kinder lassen sich nicht veräußern. 2. Rein. 3. Sie können den der Gesamtschuld entsprechenden Teil beanspruchen. - G. 2. 1. In 30 Jahren. 2. Leber nein. - G. 2. Rein, ein geschlossener Vertrag kann nur mit Zustimmung beider Teile aufgehoben werden. - C. 2. 1. Liegt kein Testament vor, so erben nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch die Kinder 1/2, die Mutter 1/4, des Nachlasses. 2. Ja. - Reinholdt. Sie müssen Ihren Sohn in die Schule schicken. Wegen Schulerkenntnis kann wiederholt gegen Sie auf Geldstrafe, eventuell auf Haft erkannt werden. Außerdem erhält Ihr Sohn kein Arbeitsbuch und muß auf der Stellung entlassen werden. Sie können um unentgeltliche Befreiung der Lehrmittel einkommen. - P. 78. Senden Sie sich an den Bezirksvorsteher oder an den Armenkommissionsvorsitzer. - P. 3. 42. Die Klage wäre leider aussichtslos, weil das Kind vor dem 1. Januar 1900 geboren ist und die Mutter vor seiner Geburt schon einmal außerehelich geboren hatte. - M. G. 37. Verjährung läßt nicht vor. Aber die Klage hätte wenig Aussicht auf Erfolg, weil Sie ohne Widerspruch die späteren Lohnzahlungen in Empfang nahmen und weil die Klage, ob und inwiefern eine militärische Leistung auf Grund des § 616 Bürgerlichen Gesetzbuchs zu verjähren ist, von der Länge des tatsächlichen Arbeitsverhältnisses, der Stellung, der Geschäftart usw. abhängt. - G. 2. 15. Das uneheliche Kind bezieht seine Mutter, nicht seinen Vater. Waschen Sie mit Ihrem Kinde ein wechsellüftendes Leinwand. - M. 2. Können Sie beweisen, was Sie beaupten, so ist es zu empfehlen, unter Schilderung des Sachverhalts Entlassung des Vormundes und Bestellung eines andern zu beantragen. Das Umstülpen des unehelichen, von Ihnen nicht erzeugten Kindes Ihrer Frau auf Ihren Namen ist zulässig. Erforderlich ist die Einwilligung des Vormundes und der Mutter. Die Erklärungen dieser beiden und Ihre Erklärung hat entweder vor dem Standesbeamten oder in geschlichter oder uotariell beglaubigter Urkunde zu erfolgen. Kostenpunkt: unter 10 Mark. - P. 9. 89. Rein. - M. 100. 1. Senden Sie sich an einen Arzt. 2. Ein wechsellüftendes Leinwand bedarf keiner Fingerringe, muß aber dattiert und eigenhändig ge- und unterschrieben sein. Anleitung und Beispiel finden Sie Seite 238 Nr. 55 bis 59 des Anhangs (Jahres) zu dem in den öffentlichen Verwaltungen „Arbeiterrecht“. - M. 3. 71. 1. Sie müssen auf Verlangen beim Ausgehen zahlen oder hinterlegen. 2. Amtsgericht Berlin II, Dallesches Ufer 29/31. - M. D. Rixdorf. Gegen den Pfändungsbeschluss können Sie Beschwerde einlegen. Diefelbe hätte Aussicht auf Erfolg, wenn Sie darlegen können, daß Ihr jährliches Lohnvermögen 1500 M. nicht übersteigt. Der 1500 M. überschreitende Teil ist pfändbar.

Marktpreise von Berlin am 2. August. Nach Ermittlungen des Igl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Gemmer: Weizen**), gute Sorte 17,65-17,63 M., mittel 17,61-17,59 M., geringe 17,57-17,55 M. Roggen**), gute Sorte 13,95-13,93 M., mittel 13,91-13,89 M., geringe 13,87-13,85 M. Hafer**), gute Sorte 14,60-14,58 M., mittel 14,56 bis 14,54 M., geringe 14,52-14,50 M. Hafer*, gute Sorte 16,00-15,98 M., mittel 15,96-15,94 M., geringe 14,50-14,48 M. Weizen, gelbe, zum Kochen 40,00-28,00 M. Speldeböden, weiße 50,00-26,00 M. Weizen 60,00-25,00 M. Kartoffeln, neue, 12,00-7,00 M. Rüböl 4,32-4,00 M. Benzin 7,80-5,80 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,60-2,00 M. Eier per Schock 4,00-2,40 M. *) Preis Wagon und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Zum Schul-Anfang

empfehlen wir in unübertrefflicher Auswahl und Preiswürdigkeit

Schulstiefel aller Art!

Besonders bewährt haben sich unsere:

Für Knaben:

Sandalen zum Schnallen,
Ia. Rindleder, schwarz, braun und rot
Grösse 25-26 27-29 30-32 33-35
Mk. **2.60 2.80 3.30 3.80**

Schnürstiefel mit Besatz,
in extra starker Ausführung
Grösse 27-28 29-30 31-33 34-35 36-37
Mk. **3.90 4.30 4.70 5.10 5.50**

Schnürstiefel mit Besatz,
Ia. Wildrossleder, sehr solide
25-26 27-28 29-30 31-33 34-35 36-37
3.90 4.50 5.10 5.70 6.30 6.90

Schnürstiefel mit Besatz,
Bestes Boxcalf, hochfein, sehr beliebt
No. 27 28-29 30-32 33-34 35-36 37-38
6.00 6.50 7.00 7.50 8.25 9.00

Für vorzügliches Tragen unserer Fabrikate leisten wir weitgehendste Gewähr!

Mädchen- und Knaben-Knopf- und Schnürstiefel:

aus dauerhaftem Rossleder, zum strapazieren
Grösse 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
Mk. **3.10 3.50 3.90 4.30 4.70**

aus feinem Gamsleder, leicht und dauerhaft
Grösse 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
Mk. **3.90 4.50 5.10 5.70 6.30**

aus echtem Ziegenleder, braun und rot, solide
Grösse 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
Mk. **3.90 4.50 5.10 5.70 6.30**

aus Prima Boxcalf, weiches, schmiegsames Leder
Grösse 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
Mk. **5.00 5.50 6.00 6.50 7.00**

aus Prima Chevreau, hochelegant
Grösse 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
Mk. **6.25 6.75 7.25 7.75 8.25**

Ein wirksames Mittel den leicht empfindlichen Kinderfuss vor Schäden zu bewahren, bieten unsere naturgemässen, der wirklichen Gestalt des Fusses sich adaptierenden, rationelle Formen.

Extra starke Schuhwaren für kleine Wildfänge!

SPECIALITÄT:
Rationelle Kinder-Fussbekleidungen.

Für Mädchen:

Knopf- und Schnürschuhe,
echt Ziegenleder, braun u. rot, sehr beliebt
Grösse 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
Mk. **2.80 3.20 3.60 4.00 4.40**

Schnür- und Spangenschuhe,
aus dauerhaftem Rossleder, bewährt für die Strasse
Grösse 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
Mk. **2.60 2.80 3.00 3.20 3.40**

Spangenschuhe,
Ia. Kalblack
Grösse 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
Mk. **3.20 3.70 4.20 4.70 5.20**

Turnschuhe für Mädchen u. Knaben
braun Segeltuch mit Gummisohle
Grösse 25-29 30-35
Mk. **1.40 1.70**

Conrad Tack & Cie.

Deutschlands bedeutendste SCHUHWAREN-FABRIKEN BURG bei Magdeburg.

Eigene Geschäfte in Berlin u. Umgegend:

- C. Rosenthaler Strasse 14
- C. Spittelmarkt 15
- W. Potsdamer Strasse 50
- S. Oranien-Strasse 65
- SW. Friedrich-Strasse 240-241
- NW. Beussel-Strasse 29
- NW. Thurm-Strasse 41
- NW. Wilsnacker Strasse 22
- O. Andreas-Strasse 50
- O. Gr. Frankfurter Str. 139
- N. Danziger Strasse 1
- N. Müller-Strasse 3
- Charlottenburg: Wilmersdorferstr. 122-123
- Rixdorf: Berg-Strasse 30-31
- Potsdam: Brandenburgerstr. 54.

Original-Entwurf. Nachdr. verboten!

Keine Konkurrenz ist imstande, solche reelle Ware auf den Markt zu bringen, wie ich dieselbe in meinen bewährten Käse-Post-Collis
Sortierungen I und III biete. Für Haushaltungen N. 7,07, für Restaurationen N. 7,35 franko Nachn. Ergänzliche Qualität, große Reichhaltigkeit. G. Malsch Nachf., Memmingen, Bayer. Allgäu.

Mühlhäuser Kautabak
von Hugo Carl Hagenbruch, Mühlhäuser i. Th. nur echt, wenn die Köstchen den beigedruckten Zettel enthalten, worauf gefälligst genau zu achten bitten.
Vertreter für Berlin und Umgegend:
August Kleinert, 58142*
Berlin SW., Grobköpenickerstr. 39.

Hausfrauen gebraucht
Kondensierte Alpenmilch Nestle
Voller Rahmgehalt. überall käuflich.

× Kücken × Kücken ×
September legend, ferngelundete große Tiere, Fühner, Lauben, Enten, Gänse, Puten offeriert R. Wegner, SO., Mariannenstraße 34. 197
Fludern, 50 Stück
frisch aus dem Koch nur 1,00 R. Post. fettreiche Matjes, D. 37, R. Ernst Napp Nachf., Zwinmünde Nr. 56.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Pfandleihhaus Weidenweg 19 verkauft (spottbillig) verfallene Pfänder. Ferner: Betten, Bettwäsche, Bettinletts, Herrenuhren, Damenuhren, Herrenketten, Damenketten, Schmuckstücke, Trauringe, Fackelanzüge, Damenstiefel, Steppdecken, Gardinen, Teppiche, Regulatoren, Freischwinger, Spiegel.
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*
Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dörfcher Markt 4, Bahnhofs Börs. 142/12*
Zofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35 b. 28618*
Fahrräder, Teilzahlungen, hunderteinfache Mark, Invalidenstr. 148 (Eingang Bergstraße), Ballhofstr. 46, Große Frankfurterstr. 50.
Teppiche mit Farbenleichenfabrik, niedrige Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*
Hochbornische Herren-Anzüge, Paletots, Bekleidungs, vorjährig, aus feinsten Stoffen, spottbillig. Deutsches Versandhaus, Bögerstraße 63, eines Trepp. 28588*
Spottbillig, Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Portieren, Remontieruhren, Uhrenten, Regulatoren, Möbel, Spiegel, Bilder, Leibhaus Reanderstraße 8. Teilzahlungen gestattet. 1837*
Bronzegastrolen! dreifach! 6,00. Goldhörn 17, Schaulenher-Gasbelenkung spottbillig. Wohlfahrer, Bahnerbatterstraße 32. 15*
Kinderbettstelle, Sportwagen, Kinderwagen, gebraucht, zurückgekauft, spottbillig. Schneider, Kurfürststr. 111 b. 1115*
Gutgehendes Gemüse, Holz- und Kohlengehalt zu verkaufen. Gneisenstr. 58. 1365***Steppdecken** billigt. Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*
Verantw. Redakteur

Wingelstischen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpenickerstr. 60/61, Prenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43 797*
1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiff, hochartig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre volle Garantie. Beckmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 2748*
Betten (gute), eleganten Teppich, Tischdecke, Bettdecke, zwei Steppdecken, Gardinen, Uebergardinen verkauft billig Hoffmann, Raunstr. 52.
Betten, hochfeine, 18,00, bessere spottbillig! Michel, Dresdenstr. 38.
Nähmaschinen aller Systeme, ohne Anzahlung, höchstens 1,00. Für 1 Jahre Garantie. Unterricht im Nähen, Stoffen gratis. Postkarte genügt. Bienerstraße 6, Adersstr. 113, Bellealliancestr. 78. 1566
Zofa wie neu, 16 Mk., Schmidt, Kamenstr. 50. 11526
Edelkation, Wogenmarkt-Gesellschaft, Familien- und transtischhalber sofort zu verkaufen. Kimmelsburg, Türschmidtstr. 37, Lindner. *
Möbel, Möbel, billig: Kleiderstühle, Verkle, Spiegel, Bettstellen, Stühle, Tische, Küchenschrank aller Art. Reichenbergerstr. 37, Nöler. 11496*
Zelten niedererfahrnde Gelegenheiten, Volkstische 3.-, Kleiderstanz 14.-, Spiegel 2.-, Wuschelstücken 14.-, Nähmaschine 14.-, Chaiselongue 16.-, elegante Salongarnitur 45.-, elegante Salongarnitur 95.-, Schränke, Bilder, Steppdecken, Teppich 5.-. Gelegenheits für Brautleute. Gelauertes kann Neben Wohnung vermietbar. Köpenickerstr. 120a, I. 11496*
Veroleum - Gas - Schnellkocher ohne Docht (amerikanische Bauart), kein Geruch, kein Rauch und billiger wie Spiritus, 12.-, Riemer, Körnerstr. 10a. 11626

Zwei Bettstellen, Federmatratzen, 30 Mk., verkauft Rantenschl. 75, II, Jannisch. 1556
Nähmaschinen, Vergüte bis 10 Mk. wer Teilzahlung Nähmaschine läuft oder nachweilt. Alle Systeme, Woche 1,00. Postkarte bitte. Lieferung sofort. Borchert, Yorndorferstr. 50. 1171*
Den Genossen liebere Nähmaschinen aller Systeme auf Teilzahlung, gebe höchste Vergütung ohne Anzahlung. Wittmann, Müllerstr. 129. 1635
Reparation, zehn Jahre bestehend, drei Vereine, billig. Kopenstr. 47. 744
Reparation zu verkaufen, passend für Parteilosen, guter Umsatz, erforderlich 1500-2000, Brauerei billigt. Zu erfragen: Kaiser, Schillingstr. 22.
Halbrenner und Damenrad, gut erhalten, für 40,00 veräußert. Große Frankfurterstr. 14, Hof geradeg. 1526

Verschiedenes.

Achtung! Kauf den Terrain der Drogenoffenheit „Freie Scholle“ in Waldmannslust findet Sonntag, den 7. dieses Monats, ein Erste- und Kinderfest statt, wozu alle Genossen und Freunde hierdurch eingeladen sind. Das Komitee. 1575*
Aufpostierung! Zofa 5,00, Matrache 4,00, auch anjem. Haufe. Bachmann, Blumenstraße 35 b. 23588*
Fahrräderkauf, Möbel, Pianino, Belebung, Kapplaff, Schönhauser Allee 163a. 29958*
Handwärmer mit Kopf, frisch in Spiritus eventuell Wasser, laufen a 2 Mark Limmaea, Invalidenstr. 103.
Schreibmaschine, Buchführung, Stenographie, Sprachen. Salomon, Karlsruherstr. 36. 29965*
Pfandleihe Karlsruherstr. 27. *
Rechtsbureau, Katerteilungen, Strafsachen, Eingabengeld, Unfall-sachen. Vetsch, Brunnstr. 97. *
Rechtsbureau! Brunnenstr. 127. Langjähriger Prozessbeistand, Eingabengeld, Katerteilung (alle-billig). 1345*

Rechtsbureau, Vorsteher, früherer, Vöcklerstr. 15 (Rauher Weg). 712*
Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grinerweg vierundneunzig. Lang-jähriges! Erfolgreiches! 1145*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kurze Str. 47, Gerichtsachen, Eingabengeld! Katerteilung! *
Platina, altes Gold, Silber, Bruchgold, Gebisse, alte Uhren, Pfand-scheine, alte Treffen, Blattgold, Kehr-gold läuft Goldschmelze Broh, Wrange-str. 4. 24318*
Schöne passende Kostüme für alle Sportklubs, Kibleten, Theater, Gelang, gefällige Vereine, Regel-bahn Stunde 0,80 Schwedterstr. 23.
Vereinzimmer mit Piano für 60 bis 100 Personen nach frei. Schöneberg, Reinigerstr. 13.
Patentanwalt Dammann, Oranienstr. 57, Roripplatz. Rat in Patent-sachen. 1435*
Wer Stoff hat, fertige Anzug, 20 Mark, feinste Huthaten, zwei An-kraden für guten Sitz belam goldene Medaille. Ludwig Engel, Prenzlauer-str. 23 II, Alexanderplatz. Ge-gründet 1892. 1585
Wäsche wird sauber gewaschen, im freien getrocknet. Großer Bezug 0,15, Laten, Leibwäsche 0,10. Ab-holung Sonnabends. Emil Bankath, Köpenick, Rüggeheimerstr. 40.
Fahrräderkauf, auch defekte. Große Frankfurterstr. 14, Stäm-mer. 744*

Vermietungen.

Lagerkeller, auch Werkstatt, hell, groß, Tüfstr. 25a, monatlich 7,50, 12,50. 1445*
Wohnungen.
Mühlenstr. 8, nahe Station Warschauerstr. und Stralauer Thor, sind vom 1. Oktober billige Woh-nungen von 2 und 1 Stube mit Zu-behör zu vermieten. Näheres da-selbst beim Verwalter. 8-10, 2-8. *

Schlafstellen.
Teilnehmer für möblierte Schlaf-stelle sucht Witwe Jacoben, Kolberger-str. 26.
Teilnehmer zur möblierten Schlaf-stelle gesucht. Schuster, Berlin, Berg-str. 63.
Fremdliche Schlafstelle, Herrn, vermietet sofort Stielbaum, Grüner Weg 87, vom II. 167b

Mietsgesuche.
Junges Mädchen sucht Schlafstelle, womöglich allein, nahe Heinrichsplatz. Gefällige Offerten mit Preisangabe an Dreimann, Mariannenstr. 27. 712

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Komiker Klödel, Gropluststr. 7.
Volkshumorist Schmelzer, Rügenstr. 10. 7103*
Volkstänzer Gesellschaft Leman-donsdt, Beusselstr. 28. 784*

Stellenangebote.
Treppenhauer, selbständige, und Schlossergefellen verlangt Schlosserei R. Blume, Charlottenburg, Schiller-str. 97. 1236*
Schlossergefellen auf Thürnenbau verlangt R. Blume, Charlottenburg, Schillerstr. 97. 1415*
Tüchtige Einleger werden verlangt. Zu melden beim Tischler Niede!, Dullstr. 4/5. 163b
Steinmetz, Sandstein-Baum-stämme, logisch verlangt. Parheine, Müllerstr. 38b, Seelstr. 151b
Bedearbeiter auf Treisen und Sporttaschen in und außer dem Hause verlangt Heinrich Lewin, Ritter-str. 45. 146b
Hierabzieher für dauernd sucht Paul Baumbaum, Kottboderstr. 28.
Marmorarbeiter und Verleger, tüchtiger, sofort gesucht. Koblmeß & Böttch, Steglitz, am Güterbahnhof.

Ein im Unterzooischenbau er-fahrener tüchtiger Bauhofbauer, welcher die Arbeit allein ausführen kann, wird sofort gesucht. Referenzen, mo möglich gewiesen, mit Angabe der Lohnanprüche an die Expedition unter Chiffre L 8 erbeten. 24358*
Arbeiterinnen für leichte Näh-arbeit bei hohem Lohn sofort gesucht. Emil Pinner Rühl, Dirschstr. 41.
Lehrfräulein sucht Richard Gott-schalt, Reimendorferstr. 17A. 11506

Im Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Gemeinschaftlicher Arbeitsnachweis der Goldschmiede
Berlin, Engel-Ufer 15.
Nach Trag 1 Silberpreffer auf Messerbest.
Nach Kolberg 1 Goldarbeiter, der etwas lassen und granieren kann. Gute Zeugnisse. Stellung dauernd.
Für Berlin 1 Goldarbeiter, der auch Hänge mitmacht. 1 Silber-arbeiter-Verding auf Hammer- und Montierungsarbeit. Tüchtiger Meister. 119/18

Musikinstrumenten-Arbeiter!
Die Pianino-Fabrik von
A. Gast & Co.
Frankfurter Allee 117a
ist wegen Lohnhöherungen für alle Branchen **gesperrt.** 144/17*
Zugzug streng fernzuhalten!
Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Achtung, Tischler!
In der Genossenschaft „Union“, Fruchtstraße 35, herrschen Differenzen. Zugzug fernzuhalten. 189/1*
Der Fachverein der Tischler Berlins.